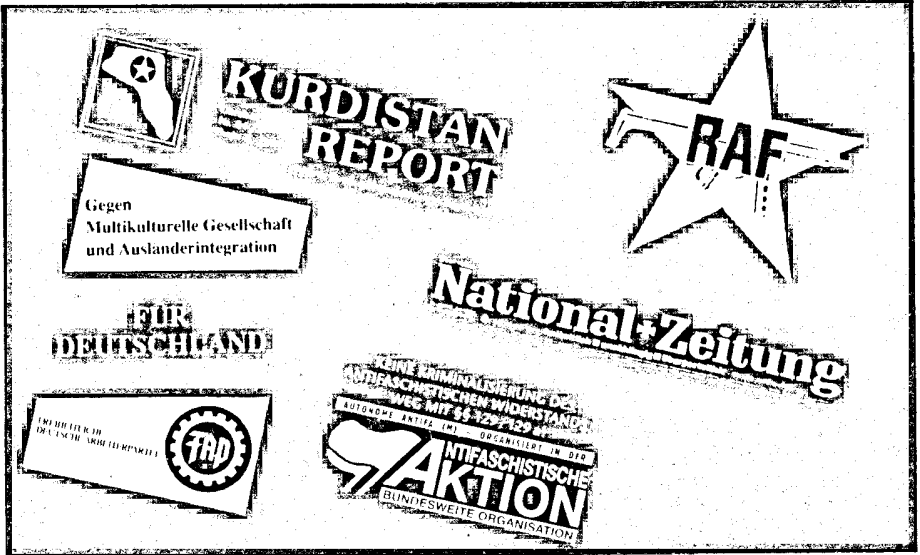


Niedersächsisches
Innenministerium



Verfassungsschutz-
bericht 1994

Vorwort

Mit dieser Schrift wird der Jahresbericht 1994 des niedersächsischen Verfassungsschutzes, den ich schon im Mai der Öffentlichkeit vorgestellt habe, allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch in gedruckter Form zugänglich gemacht. Aufgabe des Berichtes ist es, über Zielsetzungen, Zusammenhänge und Gefährdungspotentiale verfassungsfeindlicher Bestrebungen zu informieren und einen Beitrag zur Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu leisten. Der Überblick über die Lage auf den verschiedenen Gebieten des politischen Extremismus und der Spionageabwehr in einem zusammenfassenden jährlichen Bericht erscheint mir notwendig, um die Stabilität unserer demokratischen Grundordnung und ihre Gefährdung besser beurteilen zu können. Der Jahresbericht vermag auch sicherlich dazu beizutragen, daß der Leser die ihm nach seinem eigenen politischen Standort größer erscheinenden Gefahren des einen Extremis nicht überbewertet und die des anderen dagegen unterschätzt.



Die Landesregierung wird die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus von rechts wie von links mit Nachdruck führen. Dabei setzt sie grundsätzlich auf die Überzeugungskraft der geistig-politischen Auseinandersetzung. Wenn es aber notwendig ist, wird sie auch konsequent administrative und gerichtliche Maßnahmen gegen extremistische Gegner der freiheitlichen demokratischen Ordnung ergreifen.

Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats kann jedoch nicht allein von staatlichen Behörden geleistet werden. Sie ist vielmehr Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger. Deren Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und den Gegnern der freiheitlichen Demokratie mit Engagement entgegenzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gerhard Glogowski'.

Gerhard Glogowski
Niedersächsischer Innenminister

Inhaltsübersicht

Vorwort	3	
Einleitung	7	
Überblick in Zahlen	10	
Rechtsextremismus	13	
Überblick	13	Gesamtdeutscher Arbeitskreis (GAK)
Merkmale des Rechtsextremismus	15	Hann. Münden
Erscheinungsformen des Rechts- extremismus	16	Der Stahlhelm e.V., Ortsgruppe Jork
Gesetzesverletzungen	18	Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)
Analyse fremdenfeindlicher Straftäter	21	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
Rechtsextremistische Skinheads	22	Junge Nationaldemokraten (JN)
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	27	Deutsche Volksunion (DVU)
Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)	32	Die Republikaner (REP)
Wiking-Jugend e.V. (WJ)	32	
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	35	Linksextremismus
Neonazistische Zusammenschlüsse in Oldenburg und Aurich	37	Überblick
Rechtsextremistischer Treffpunkt in Hetendorf	38	Rote Armee Fraktion (RAF)
Neue Aktions- und Strukturmodelle bei Neonazis	40	Antiiperialistische Zelle (AIZ)
Nutzung moderner Kommunikations- mittel durch Rechtsextremisten	41	Revolutionäre Zellen (RZ) /
Verlage und Zeitschriften	44	Rote Zora
Internationaler rechtsextremistischer Revisionismus	46	Militante Autonome
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	47	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
		Sonstige linksextremistische Organisationen
		Ausländerextremismus
		Überblick
		Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)
		Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)
		Islamische Extremisten
		Muslimbruderschaft (MB)

Harakat Al-Muquawama Al-Islamiya (HAMAS)	93
Hizb Allah (Partei Gottes)	93
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB/A.F.I.D.)	94
„Union islamischer Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.)	95

Spionageabwehr 96

Überblick	96
Russische Nachrichtendienste	96
Nachrichtendienste Ost- und Südosteuropas	98
Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens	98
Nachrichtendienstliche Aufarbeitung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)	99
Hilfe für Betroffene	100

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen 101

Bedienstete	101
Haushalt	101
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	101
Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	102
Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern	104
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes	104
Öffentlichkeitsarbeit	105

Anhang 107

Niedersächsisches Verfassungs- schutzgesetz	107
--	-----

Einleitung

Rechtsextremismus

Neonazistische Aktivitäten und rechtsextremistisch motivierte Straftaten stellten auch 1994 die Sicherheits- und die Strafverfolgungsbehörden vor Herausforderungen, deren Ursachen Staat und Gesellschaft nur gemeinsam bewältigen können. Konsequente Sanktionen des Staates und vielfältige Aktionen gesellschaftlicher Gruppierungen trugen zur Ächtung der Täter und damit zum Rückgang der Gewalttaten bei. Auf Bundesebene ging die Zahl fremdenfeindlich motivierter Gesetzesverletzungen um 48 Prozent gegenüber dem Jahr 1993 zurück. In Niedersachsen verringerte sich die Zahl um 40 Prozent. So erfreulich im Bundes- und im Landesmaßstab der Rückgang bei den fremdenfeindlich motivierten Gesetzesverletzungen ist, so bereiten doch die hohen Zahlen bei den anderen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten (ohne fremdenfeindlichen Bezug) und die Zunahme bei rechtsextremistisch motivierten Gesetzesverletzungen wie Bedrohungen, Nötigungen und Propagandadelikten sowohl auf Bundes- aber auch auf Landesebene Sorge.

Mißt man die organisierten rechtsextremistischen Bestrebungen an ihren Mitgliederzahlen und bereinigt diese u.a. um Mehrfachmitgliedschaften, so ist sowohl auf Bundes- als auch auf der Landesebene ein deutlicher Abwärtstrend festzustellen. Schwierig gestaltet sich andererseits die Beobachtung der „unorganisierten Neonazis“, die verbotenen neonazistischen Vereinigungen angehörten.

Rechtsextremistische Parteien wie die „NPD“, die „DVU“, die „Deutsche Liga“ und die „REP“ mußten 1994 teil-

weise empfindliche Wahlniederlagen hinnehmen und sich mit finanziellen Problemen sowie einer starken Verunsicherung der Anhängerschaft auseinandersetzen. In rechtsextremistischen Parteien waren daher erneut Bemühungen zu beobachten, im Hinblick auf Wahlteilnahmen zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit zu kommen. Entsprechende Gesprächsansätze zwischen dem REP-Bundesvorsitzenden Schönhuber und dem DVU-Vorsitzenden Dr. Frey stellten die „REP“ vor eine Zerreißprobe und erzwangen Schönhubers Verzicht auf eine erneute Kandidatur für das Amt des REP-Bundesvorsitzenden.

Die Beobachtung und Bekämpfung neonazistischer Bestrebungen wurde im Rahmen der Bund-/Länder-„Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer, insbesondere fremdenfeindlicher Gewaltakte“ (IGR) nicht nur als nationale Aufgabe, sondern auch mit ihren internationalen Bezügen angepackt. Die in Dänemark erfolgte Festnahme des US-Bürgers Lauck, des „Propagandaleiters“ der „NSDAP-AO“, der Gesinnungsgenossen in aller Welt, aber insbesondere in Deutschland mit nationalsozialistischer Propaganda übelster Art überschwemmt hat, ist ein Beispiel für die erfolgreiche Arbeit der IGR. Am 23. 3. 1995 wurde eine unter maßgeblicher Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörden vorbereitete Exekutivmaßnahme gegen Besteller und Verteiler dieser Propagandamaterialien durchgeführt. Polizeibeamte des Bundes und der Länder durchsuchten 84 Objekte in 15 Bundesländern,

darunter vier in Niedersachsen. Neonazistisches Propagandamaterial wurde dabei in großem Umfang sichergestellt. Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für 1993 hatte Innenminister Gerhard Glogowski über die niedersächsischen Initiativen für ein Verbot der neonazistischen Organisationen „Wiking-Jugend“ und „FAP“ berichtet. Mit Befriedigung kann nunmehr festgestellt werden, daß das Bundesinnenministerium 1994 die „Wiking-Jugend“ und – nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Parteieigenschaft der „FAP“ zu verneinen – Anfang 1995 die „FAP“ verboten und so niedersächsischen Vorschlägen entsprochen hat. Damit dürften auch die neonazistischen Aktivitäten in dem rechtsextremistischen Treffpunkt in Hetendorf zurückgehen.

Die konsequente Politik der nachhaltigen Bekämpfung neonazistischer Bestrebungen durch die Landesregierung hat hier zu mehr innerer Sicherheit beigetragen. Die Ausweisung und Abschiebung des FAP-Vorsitzenden Polacek war ein erster Erfolg dieser Neuorientierung Niedersachsens.

Zum 50. Jahrestag der Befreiung Deutschlands von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft haben sich Wortführer der „Neuen Rechten“ mit einem Aufruf erneut zu Wort gemeldet, der politische Auseinandersetzungen auslösen soll. Als rechtsintellektuelle „Strömung“, die sich an der „Grenzlinie zum Rechtsextremismus“ bewegt, will die „Neue Rechte“ die

„geistig-politischen Herrschaftsverhältnisse“ brechen, um „die Basis für den Angriff auf die eigentliche politische Sphäre“ zu schaffen. Von ihr geht ein Modernisierungsschub aus, an dem auch rechtsextremistische Gruppierungen und Publikationsorgane teilnehmen möchten. Bindeglied sind dabei bedenkliche thematische Übereinstimmungen mit Agitationsfeldern des organisierten Rechtsextremismus wie die „zerstörerische Vergangenheitsbewältigung“, intellektuelle Infragestellung der Menschenrechte und „wissenschaftliche“ Begründungen von Fremdenfeindlichkeit als Ethnopluralismus. Diese Ansätze geben den Verfassungsschutzbehörden Anlaß, Publikationen der „Neuen Rechten“ aufmerksam zu lesen.

Linksextremismus

Linksextremistische Organisationen wie die „DKP“ und der „Bund Westdeutscher Kommunisten“ versprechen sich von einem Zusammenwirken mit den westdeutschen Landesverbänden der „PDS“ neue politische Perspektiven, die sie aus ihrer gegenwärtigen Isolierung und Stagnation herausführen sollen. Der Verfassungsschutz beobachtet diese Bündnisbemühungen der „DKP“ und des „BWK“. Anhand offenen Materials prüft er dabei, ob in der „PDS“ selbst und ihren Arbeitsgemeinschaften (wie der „Kommunistischen Plattform“ [KPF]) linksextremistische Positionen entwickelt werden. Eine planmäßige Beobachtung der „PDS“ findet in Niedersachsen nicht statt.

Auch nach dem Auseinanderbrechen der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) mit ihren bisherigen drei Ebenen (Kommandoebene, Inhaftierte aus der „RAF“ und Umfeld der „RAF“) sind die Weiterentwicklungen im Linksterroris-

mus ernsthafte Herausforderungen und Gefährdungen für den demokratischen Rechtsstaat, unsere Gesellschaft und unsere Sicherheitsbehörden. Insbesondere die jüngsten Anschläge der „Antiimperialistischen Zelle“ (AIZ), die für die Sprengstoffanschläge am 22. 1. 1995 auf das Wohnhaus des ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Köhler in Wolfsburg sowie am 23. 4. 1995 auf das Wohnhaus des Bundestagsabgeordneten Dr. Blank in Erkrath, NRW, verantwortlich ist, unterstreichen diese Bewertung. In ihren Taterklärungen spricht die „AIZ“ in menschenverachtender Weise davon, „... potentiell tödliche Aktionen dort durchzuführen, wo die brd-eliten wohnen/arbeiten ...“. Mit weiteren Anschlägen der „AIZ“ muß deshalb gerechnet werden.

Militante Autonome traten auch 1994 mit ihrer durch Gewalt- und Straftaten gekennzeichneten Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates in Erscheinung. Eine bedeutende Rolle bei der Organisation dieses linksextremistischen Spektrums spielt die „Autonome Antifa (M)“ in Göttingen. Die in dieser Gruppierung zusammengeschlossenen Autonomen scheinen gegenwärtig in ihren Aktivitäten durch Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden stark zurückgedrängt zu sein.

Ausländerextremismus

Nach dem Betätigungsverbot vom November 1993 gelang es der „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK), der im Bereich des Ausländerextremismus in der Bundesrepublik Deutschland bei den Sicherheitsbehörden die größte Bedeutung zukommt, ihre Strukturen und ihre Agitationsbasis, insbesondere durch konspirative Vorgehensweisen ihrer Kader im wesentlichen zu erhal-

ten bzw. zu erneuern. Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten hat offenbar zugenommen. Die „PKK“ verfügt über ein Anhängerpotential, das kurzfristig für bundesweite gewalttätige Aktionen mobilisiert werden kann. Die politische Entwicklung in der Türkei ist unverändert der Nährboden für die Akzeptanz der „PKK“ bei hier lebenden Kurden. Wenn die türkische Regierung das kurdische Problem weiterhin nur militärisch lösen will – und der Einmarsch der türkischen Armee am 20. 3. 1995 in den Irak spricht dafür – ist ernsthaft zu befürchten, daß die „PKK“ ihre gewalttätigen Aktivitäten fortsetzt. Damit wächst auch die Bereitschaft der PKK-Anhänger, die Auseinandersetzung mit dem „türkischen Gegner“ in der Bundesrepublik zu suchen.

Mittel- und langfristig werden militante islamistische Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, die Sicherheitsbehörden und unsere demokratische Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellen.

Spionageabwehr

Die Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland hat heute längst nicht mehr die Bedeutung wie in den Jahren vor 1989/90. Wegen der sich enger gestaltenden politischen Zusammenarbeit von West- und Osteuropa ist sie heute durch vorsichtiger Handlungsweisen osteuropäischer Nachrichtendienste gekennzeichnet. Nachrichtendienstliche Aktivitäten zur Beschaffung wirtschaftlicher sowie wissenschaftlich-technischer Informationen stehen im Vordergrund.

Überblick in Zahlen

1. Rechtsextremistische Organisationen und Gruppierungen

Bundesrepublik Deutschland

	1993	1994
DVU und Nebenorganisationen	26.000	20.000
REP	(23.000) *)	20.000
NPD und Nebenorganisationen	5.200	4.500
DLVH	900	900
Militante Rechtsextremisten, insbes. rechtsextremistische Skinheads	5.600	5.400
Neonazistische Gruppierungen	1.500 **)	3.740 ***)
Sonstige Gruppierungen	4.100	2.930
Summe	42.400 *)	57.470
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	41.500 **)	56.600 ***)

*) Hierbei wurden die etwa 23.000 Mitglieder der Partei „Die Republikaner“ (REP) vom BMI nicht berücksichtigt.

**) Zuzüglich der 650 Neonazis, die inzwischen verbotenen Gruppierungen angehörten, sowie weitere 300 Nichtorganisierte.

***) Davon 1.150 unorganisierte Neonazis

Niedersachsen

	1993	1994
DVU und Nebenorganisationen	2.400	2.000
REP	700	700
NPD und Nebenorganisationen	550	515
DLVH	60	50
Militante Rechtsextremisten, insbes. rechtsextremistische Skinheads	390 *)	290 ***)
Neonazistische Gruppierungen	150	95
Sonstige Gruppierungen	90	110
Summe **)	4.340	3.760

*) Einschließlich der 1993 nicht gesondert aufgeführten Anhänger inzwischen verbotener neonazistischer Organisationen.

**) Mehrfachmitgliedschaften sind nur auf Bundesebene abgezogen.

***) Zuzüglich der 120 Neonazis, die inzwischen verbotenen Gruppierungen angehörten.

2. Linksextremistische Organisationen

Bundesrepublik Deutschland

	1993	1994
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten *)	22.600	22.100
Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre **)	6.700	6.700
Summe	29.300	28.800
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	28.800	28.400

*) Die mehrere tausend Personen zählende Anhängerschaft der „Kommunistischen Plattform“ in der PDS ist in dieser Übersicht nicht berücksichtigt.

**) Das Mobilisierungspotential der „Szene“ umfaßt zusätzlich mehrere tausend Personen.

Niedersachsen

	1993	1994
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	710	655
Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre	450	570
Summe	1.160	1.225

3. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (Ausländerextremismus)

Bundesrepublik Deutschland

	1993	1994
Islamisch-extremistische Gruppen	21.200	26.380
Extrem-nationalistische Gruppen	4.200	5.610
Linksextremistische Gruppen	13.550	15.060
Summe	38.950	47.050

Niedersachsen

	1993	1994
Islamisch-extremistische Gruppen	2.156	2.590
Extrem-nationalistische Gruppen	270	210
Linksextremistische Gruppen	1.150	1.470
Summe	3.576	4.270

Rechts- extremismus

Überblick

Auf Bundesebene verringerte sich die Zahl der fremdenfeindlich motivierten Gesetzesverletzungen von 1993 auf 1994 um 48 Prozent (von 6.721 auf 3.491). In Niedersachsen konnte ein Rückgang von 40 Prozent (von 533 auf 318) festgestellt werden.

Angestiegen sind dagegen die anderen rechtsextremistischen Gesetzesverletzungen (wie Volksverhetzung, Beleidigung oder Propagandadelikte) im Bund um 20 Prozent (von 3.840 auf 4.614) und in Niedersachsen um 35 Prozent (von 280 auf 377). Die zuständigen Behörden setzten die konsequente Bekämpfung fremdenfeindlicher und neonazistischer Bestrebungen mit Organisations- und Veranstaltungsverböten, aber auch durch eine intensive Strafverfolgung fort. Antisemitische Straftaten, die sich aus rassistischen Motiven gegen jüdische bzw. israelische Ziele richten, sind 1994 bundesweit auf 1.366 Straftaten angestiegen.

Nach den Verböten der neonazistischen Organisationen

- „Nationalistische Front“ (NF)
- „Deutsche Alternative“ (DA),
- „Nationale Offensive“ (NO),
- „Deutscher Kameradschaftsbund (DKB), Wilhelmshaven“,
- „Nationaler Block“ (NB),
- „Heimatreue Vereinigung Deutschlands“ (HVD),
- „Freundeskreis Freiheit für Deutschland“ (FFD)

in den Jahren 1992/93 wurde aufgrund des nachhaltigen Drängens und der Initiative des Niedersächsischen Innenministers, die u.a. von den Innenministern und -senatoren der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hessen und Rheinland-Pfalz nachdrücklich unterstützt wurde, am 10. November die neonazistische „Wiking-Jugend“ (WJ) vom Bundesinnenminister verboten.

Darüber hinaus wurden 1993 Anträge zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit gegen die Parteien

- „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) und
- „Nationale Liste“ (NL)

beim Bundesverfassungsgericht gestellt. Die niedersächsische Landesregierung hatte auf Vorschlag des Innenministeriums im Bundesrat die Initiative ergriffen, der sich Bayern anschloß, beim Bundesverfassungsgericht ein Verbotsverfahren gegen die neonazistische FAP einzuleiten. Die Bundesregierung folgte dem niedersächsischen Vorstoß und stellte ihrerseits einen Verbotsantrag gegen die FAP.

Mit dem am 23. Februar 1995 bekanntgemachten Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 17. November 1994 hat das oberste deutsche Gericht die Parteieigenschaft der FAP (und der NL) verneint. Damit wurde der Weg für das hierfür zuständige Bundesinnenministerium frei, die FAP als neonazistische politische Vereinigung zu verbieten. Das Verbot der NL erfolgte zeitgleich durch die Hamburger Innenbehörde.

Durch neue Strategien und Taktiken, d.h. ohne feste Organisationsstrukturen, mit dem verstärkten Einsatz technischer Mittel wie Faxgeräte, Mobiltelefone, nationale Info-Telefone oder Mailboxen, sowie durch eine verstärkte Zusammenarbeit bemühten sich die Neonazis, die Verböte zu

unterlaufen und weiter politisch zu arbeiten. Auch wurden verstärkt Aufzüge und Kundgebungen angemeldet ohne das ernsthafte Bemühen, sie tatsächlich durchzuführen. Ziel war es, die Sicherheitsbehörden und den politischen Gegner zu verunsichern. Am Beispiel der medienwirksamen Demonstration vor der deutschen Botschaft in Luxemburg im Rahmen der „Rudolf-Hess-Aktionswoche“ wurde deutlich, in welch hohem Maße dieses Konzept bereits umgesetzt ist.

Den organisierten rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen gelang es 1994 nicht, ihre Mitgliederzahl zu halten. Die Bereitschaft zum Beitritt in rechtsextremistische Organisationen blieb gering. Besonders junge Menschen lehnen die rechtsextremistischen Parteien ab, da sie aktionsarm und somit unattraktiv sind. Neonazistische Gruppen üben auf rechtsradikal orientierte Jugendliche eine gewisse Faszination aus. Aufgrund der Verbote neonazistischer Vereine ist eine Zunahme der informellen Zusammenschlüsse festzustellen. Die Zahl der organisierten rechtsextremistischen Personenzusammenschlüsse ist dementsprechend rückläufig.

Rechtsextremistische Parteien wie „Die Republikaner“, die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ oder die „Deutsche Volksunion“ mußten 1994 empfindliche Wahlniederlagen hinnehmen. Finanzielle Probleme und Verunsicherung der Mitglieder werden diese Parteien auch 1995 nicht zu neuen Aufschwüngen führen.

Ob die von zahlreichen Rechtsextremisten aller politischen Lager gefor-

derte Bildung eines übergreifenden „Rechtsbündnisses“ Erfolg haben wird, erscheint zur Zeit noch fraglich. Ein solches Bündnis könnte zu einer politischen Herausforderung für die Demokratie werden.

Spätestens mit dem Aufruf „8. MAI 1945 – GEGEN DAS VERGESSEN“ ist die „Neue Rechte“ erneut Anlaß- und Stichwortgeber für politische Auseinandersetzungen. Die Selbstbezeichnung „Neue Rechte“ als einer rechtsintellektuellen „Strömung“ kam in Deutschland vor fast 30 Jahren auf. Das Ziel der „Neuen Rechten“ ist eine konservativ-revolutionäre Gegenauflärung, die die Machtstrukturen und die „geistig-politischen Herrschaftsverhältnisse“, die nach der „Kulturrevolution von 1968“ entstanden sind, brechen will. Dabei greift die „Neue Rechte“ in Deutschland auf demokratiekritisches Gedankengut der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik zurück und übernimmt von der französischen „Neuen Rechten“ („Nouvelle Droite“) die Theorie des „Ethnopluralismus“. Dieser neuformulierte „differentialistische“ Rassismus ist das ideologisch hervorstechendste Merkmal der „Neuen Rechten“*). Der politische Standort der „Neuen Rechten“ wird von einem ihrer heutigen Wortführer so beschrieben: „Von den Nischenkonservativen, die als politische Verhaltensmaxime gegenüber der Linken die Parole des ‚Appeasement‘ (Nachgiebigkeit, Beschwichtigung) ausgaben, unterscheidet sich die neue, demokratische Rechte durch Selbstbewußtsein und durch eine offensive ‚Mentalität‘“. Sie versteht sich als „Denkfabrik“ und Ideenlieferant für eine zukünftige „authentische“ rechte Bewegung. „Erst durch die Eroberung des kulturellen Überbaus, der die Men-

*) Uwe Backes, Eckhard Jesse, *Neue Linke und Neue Rechte – Ein Vergleich*, in: *Extremismus und Demokratie*, 1993, S. 20

talität und Wertewelt eines Volkes bestimmt, wird die Basis für den Angriff auf die eigentliche politische Sphäre geschaffen" (Junge Freiheit, Nr. 34/1994). Als rechtsintellektuelle „Strömung“ bewegt sie sich an der „Grenzlinie zum Rechtsextremismus“. Soweit ihr ideologisch-politisches Gedankengut in rechtsextremistischen Zeitschriften wie „Nation und Europa – Deutsche Rundschau“ und „Europa Vorn“ und Zirkeln wie der „Gesellschaft für Freie Publizistik“ und der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ Resonanz findet, nehmen Medien der „Neuen Rechten“ wie die Zeitschrift „Junge Freiheit“ (JF) Brückenfunktionen zwischen dem verfassungsfeindlichen, organisierten Rechtsextremismus und der „Neuen Rechten“ wahr. Diese vertritt dabei nach den Feststellungen der Verfassungsschutzbehörden Berlins, Nordrhein-Westfalens und Hamburgs teilweise auch Positionen, die Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung enthalten (insbesondere Mißachtung der Menschenwürde und der Gleichheitsgrundrechte, Bestrebungen gegen die parlamentarische Demokratie sowie Verharmlosung des Nationalsozialismus und Relativierung der NS-Verbrechen). Die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen beobachtet deshalb planmäßig die Medien der „Neuen Rechten“, „Junge Freiheit“ und „Staatsbriefe“.

In Niedersachsen wird gegenwärtig die „Junge Freiheit“ vom Verfassungsschutz gelesen und auf Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen überprüft.

Merkmale des Rechtsextremismus

Unter dem Begriff „Rechtsextremismus“ werden politisch motivierte Bestrebungen zusammengefaßt, die vorrangig im Nationalismus und Rassismus wurzeln und die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Nationalismus ist dabei die Überbewertung eigener nationaler Interessen zu Lasten der Interessen anderer Nationen sowie zu Lasten der Individualrechte von Angehörigen der eigenen Nation. Nationalismus und Rassismus sind eng verzahnte Begriffe, weil in der rechtsextremistischen Interpretation die Nation nur die Gemeinschaft derjenigen umfaßt, die aufgrund gemeinschaftlicher Abstammung – also einheitlicher „Rasse“ – zusammengehören („Rassenation“). Die nationalsozialistische Propaganda verkündete einen solchen von Volkstumsideologie und Rassenfanatismus beherrschten biologischen Nationenbegriff, der im Unterschied zu dem üblicherweise verwendeten Begriff der „Kulturnation“ steht.

Rechtsextremistische Bestrebungen richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Nationalistische Auffassungen stellen die Wertordnung des Grundgesetzes in Frage, weil sie Individualrechte hinter nationale Kollektivinteressen zurücktreten lassen. Der Rassismus ist zudem mit dem grundgesetzlich verbürgten Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbar.

Die wichtigsten Elemente des Rechtsextremismus sind:

- ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender, übersteigerter, aggressiver Nationalismus,

verbunden mit menschenverachtender Fremdenfeindlichkeit,

- die offene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus und anderer rassistischer Thesen, wie die Warnung vor einer „Rassenmischung“ als Gefährdung des „deutschen Volkscharakters“, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind,
- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des einzelnen, die auf eine Aushöhlung der Grundrechte abzielt (völkischer Kollektivismus),
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewalt Herrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des „Dritten Reiches“ zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder zu leugnen (Revisionismus),
- eine Überbetonung militärischer und soldatischer Werte sowie hierarchischer Prinzipien von „Führer“ und „Gefolgschaft“, verbunden mit der Propagierung einer autoritären und diktatorischen staatlichen und sozialen Ordnung sowie der Überbetonung eines nach innen und außen starken Staates.

Hinzu kommt die allen Extremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates und seiner Repräsentanten in der Absicht, die Demokratie in den Augen der Bevölkerung als Wert zu erschüttern.

Erscheinungsformen des Rechtsextremismus

Die genannten Merkmale sind bei den verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen nicht in gleicher Weise ausgeprägt. Bei einigen sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Mittel des Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich. Während Neonazis offen wesentliche demokratischen Verfassungsgrundsätze ablehnen, versuchen rechtsextremistische Parteien wie die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) oder die „Deutsche Volksunion“ (DVU) ihre extremistischen Ziele vielfach hinter tagespolitischen Forderungen zu verbergen. Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele lehnen sie verbal ab. Dagegen fordern nicht wenige Neonazis schon seit Jahren offen zur Gewaltanwendung auf. Seit einiger Zeit richtet sich diese überwiegend gegen Ausländer und deren Unterkünfte, aber auch gegen alles „Fremde“ und gegen politische Gegner.

Insgesamt lassen sich beim Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland vier große Bereiche unterscheiden:

- *Gewaltbereite Zusammenschlüsse*
Die weitaus überwiegende Zahl der militanten Rechtsextremisten gehört derzeit keiner festgefügtten Organisation an, sondern findet sich in losen Gruppierungen auf lokaler bzw. regionaler Ebene zusammen. Geprägt wird diese gewaltbereite „Szene“ in erheblichem Umfang von rechtsextremistischen Skinheads.

Dieser Personenkreis tritt nur in losen Zirkeln und Kleingruppen in Erscheinung. Hoher Alkoholkonsum und ein erhebliches Desinteresse, sich organisatorisch einbinden zu

lassen, stehen einer festen Einbindung grundsätzlich entgegen. Gleichwohl lassen sich unverändert überregionale Vernetzungstendenzen beobachten. Von auf Dauer angelegten organisatorischen Strukturen kann insbesondere in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene nicht gesprochen werden.

- *Neonazistische Bestrebungen*
Gruppen wie z.B. die NSDAP/AO streben eine nach dem Führerprinzip ausgerichtete totalitäre Staatsform und eine „Volksgemeinschaft“ auf der Grundlage des Parteiprogramms der ehemaligen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) aus dem Jahre 1920 an. Die aggressive Agitation und eine Neigung zu Gewaltakten erfordern gerade bei diesem Spektrum sowie den rechtsextremistischen Skinheads hohe Aufmerksamkeit.

Ein verstärktes Zusammenrücken neonazistischer Organisationen ist feststellbar – die gegenseitige Abgrenzung bisher miteinander konkurrierender Gruppen verringert sich zusehends. Dabei soll durch die Bildung organisationsübergreifender Aktionsgemeinschaften die Überwindung bestehender Strukturen bis hin zur Schaffung einer breiten Aktionsfront angestrebt werden („Volksfront von rechts“, „Anti-Antifa“).

- *Rechtsextremistische Parteien*
Diese Vereinigungen agieren nach außen sehr viel vorsichtiger als die zuvor genannten Gruppen. Aus taktischen Gründen vermeiden sie nach Möglichkeit öffentliche Diskussionen über das „Dritte Reich“ und

bevorzugen Aktivitäten, die sie – in angeblichem Gegensatz zu den „Bonner Parteien“ – als Wahrer nationaler „deutscher Interessen“ erscheinen lassen.

- *Sonstige rechtsextremistische Organisationen, Verlage und Vertriebsdienste*

Hierbei handelt es sich um eine Vielzahl kleinerer, insbesondere Kultur- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie selbständige Verlags- und Vertriebsdienste. Sie präsentieren sich unverfänglich und sind bestrebt, ihre eigentlichen Ziele und Absichten nicht deutlich darzulegen.

Derzeit agieren in der Bundesrepublik Deutschland rund 80 rechtsextremistische Organisationen mit rund 57.500 Mitgliedern. Die meisten organisierten Rechtsextremisten gehören einigen wenigen mitgliederstarken Parteien wie der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sowie der Partei „Die Republikaner“ (REP) an, bei denen die Verfassungsschutzbehörden erhebliche tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen festgestellt haben.

Der Rest verteilt sich auf zahlreiche kleine Gruppen und Zirkel. 3.740 Personen werden dem neonazistischen Lager zugerechnet. Diese Neonazis treffen sich häufig in informellen Gruppen, viele von ihnen gehörten zuvor Organisationen an, die vom Staat verboten wurden. Die Zahl der militanten Rechtsextremisten – unter Einschluß der rechtsextremistisch orientierten Skinheads – beläuft sich auf 5.400 Personen.

Fremdenfeindlich motivierte Gesetzesverletzungen 1994 *)
(Zahlen für 1993 in Klammern)

Gewalttaten

	Bund		Land	
Tötungsdelikte **)	8	(20)	–	(1 Vers.)
Sprengstoffanschläge	1	(3)	–	(–)
Brandanschläge	80	(284)	13	(31)
Landfriedensbrüche	27	(36)	–	(–)
Körperverletzungen	494	(727)	28	(56)
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	250	(539)	38	(44)
Gesamt	860	(1.609)	79	(132)

Weitere Gesetzesverletzungen

	Bund		Land	
Bedrohungen/Nötigungen	548	(1.414)	42	(109)
Propagandadelikte (u.a. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen sowie Zeigen des Hitlergrußes)	834	(1.437)	114	(131)
Sonstige Gesetzesverletzungen (z.B. Volksverhetzungen, Beleidigungen, Verunglimpfungen)	1.249	(2.261)	83	(161)
Gesamt	2.631	(5.112)	239	(401)
Insgesamt	3.491	(6.721)	318***)	(533)

*) Die Zahlen der Gesetzesverletzungen basieren auf Angaben des BKA und des LKA nach dem Stand vom 6. Februar 1995.
Sofern die Vergleichszahlen von früheren Statistiken abweichen, beruht dies auf einem aktuelleren Erkenntnisstand.

**) „Nur“ versuchte Tötungsdelikte.

***) Zuzüglich 23 sonstige Sachbeschädigungen.

Weitere rechtsextremistisch motivierte Gesetzesverletzungen – Bundesgebiet *)
(ohne fremdenfeindliche Straftaten)

Gewalttaten

	1994	1993
Tötungsdelikte	4	3
Sprengstoffanschläge	2	–
Brandanschläge	20	27
Landfriedensbrüche	52	57
Körperverletzungen	100	172
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	246	364
Gesamt	424	623

Weitere Gesetzesverletzungen

	1994	1993
Bedrohungen/Nötigungen	321	285
Propagandadelikte (u.a. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen sowie Zeigen des Hitlergrußes)	3.135	2.437
Sonstige Gesetzesverletzungen (z.B. Volksverhetzungen, Beleidigungen, Verunglimpfungen)	734	495
Gesamt	4.190	3.217
Insgesamt	4.614	3.840

*) Die Bundes- und Landeszahlen basieren auf einer Auswertung der Arbeitsdatei PIOS-Innere Sicherheit durch das LKA am 24. 4. 1995.
Diese Zahlen sind aufgrund anderer Erhebungsmodalitäten mit der PKS-S (Polizeiliche Kriminalstatistik – Staatsschutz) nicht direkt vergleichbar.

**Weitere rechtsextremistisch motivierte Gesetzesverletzungen – Niedersachsen
(ohne fremdenfeindliche Straftaten)**

Gewalttaten

	1994	1993
Tötungsdelikte	–	–
Sprengstoffanschläge	–	–
Brandanschläge	3	6
Landfriedensbrüche	3	2
Körperverletzungen	38	46
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	39	33
Gesamt	83	87

Weitere Gesetzesverletzungen

	1994	1993
Bedrohungen/Nötigungen	30	37
Propagandadelikte (u.a. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen sowie Zeigen des Hitlergrußes)	182	110
Sonstige Gesetzesverletzungen (z.B. Volksverhetzungen, Beleidigungen, Verunglimpfungen)	82	46
Gesamt	294	193
Insgesamt	377	280

Analyse fremdenfeindlicher Straftäter

Mit der „Analyse fremdenfeindlicher Straftäter“ haben die Autoren Willems, Eckert und Würtz (Universität Trier) ihren Forschungsbericht „Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen“ (im folgenden 1. Bericht genannt) fortgeschrieben und den Endbericht des vom Bundesministerium des Innern geförderten Projektes vorgelegt.

Analysiert wurden alle Tatverdächtigen (5.232), gegen die wegen einer fremdenfeindlich motivierten Gewalt- und sonstigen Straftat polizeilich ermittelt wurde, die zwischen dem 1. Mai 1992 und dem 31. Dezember 1993 begangen worden war. Es handelt sich somit im Gegensatz zum 1. Bericht, der für den Zeitraum vom 1. Januar 1991 bis zum 30. April 1992 nur einen Teil der Tatverdächtigen (1.398) umfaßte, um eine Vollerhebung.

In dem Forschungsbericht werden zu den Tatverdächtigen – in der Zusammenfassung des BfV – u.a. folgende Aussagen getroffen:

Altersstruktur und Arbeitslosigkeit

Zwar begehen nach wie vor Jugendliche und junge Erwachsene die meisten fremdenfeindlichen Gesetzesverletzungen. Der Anteil der Tatverdächtigen, die 20 Jahre und jünger waren, reduzierte sich jedoch von 75 Prozent auf rund 60 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der über 25 Jahre alten Tatverdächtigen von 8,3 auf 20,8 Prozent. Bei den über 30jährigen betrug der Anteil 1991/1992 nur 4,7 Prozent, während er sich jetzt auf 13,8 Prozent beläuft. Dies zeigt, daß „im Laufe der Eskalationen und Mobilisierungsphasen der Jahre 1992/1993 (Rostock, August 1992; Solingen, Mai 1993)

neue, ältere Tätergruppen in stärkerem Maße aktiv geworden sind als dies zu Beginn der fremdenfeindlichen Eskalationswellen 1991 der Fall war“.

Bei den älteren Tatverdächtigen ist auch die höchste Arbeitslosenquote festzustellen: rund 42 Prozent der 25- bis 29jährigen und rund 46 Prozent der 30- bis 45jährigen waren zum Tatzeitpunkt arbeitslos. Auf alle Tatverdächtigen bezogen waren 21 Prozent arbeitslos.

Da der Anteil der über 45jährigen Tatverdächtigen von zwei auf sechs Prozent zugenommen hat und bei dieser Altersgruppe auch die Zugehörigkeit zu einer rechtsextremistischen Gruppe am häufigsten ist, wird folgendes Resümee gezogen: „Die jugenddominierten fremdenfeindlichen Krawalle der Jahre 1991/92 erhielten im Laufe der Zeit zunehmend Unterstützung durch ältere Bürger, wobei neben marginalisierten (mittelalten) Problemgruppen (Arbeitslosigkeit, Kriminalität) wenigstens zum Teil auch ältere Rechtsradikale und Rechtsextremisten*) aktiv wurden“.

Formaler Bildungsabschluß

Auch der Endbericht zeigt, daß die Tatverdächtigen überwiegend einen niedrigen bis mittleren Bildungsabschluß haben. So haben rund 60 Prozent (1. Bericht: 62 Prozent) einen Hauptschulabschluß und 17,9 Prozent (1. Bericht: 20,1 Prozent) die Mittlere

*) Im Bericht wird hierfür der Begriff „Alt-Nazi“ verwendet.

Reife. Der Anteil der Tatverdächtigen mit Abitur oder Hochschulabschluß hat sich gegenüber 1991/1992 auf drei Prozent verdoppelt. Fast gleichgeblieben ist der Anteil der Tatverdächtigen ohne Schulabschluß: 13,7 Prozent gegenüber 12,2 Prozent. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß in den alten Bundesländern 1990 rund ein Drittel aller Schulabgänger Abitur bzw. Fachhochschulreife hatte, während nur weniger als ein Drittel lediglich den Hauptschulabschluß machte. Es wird deshalb ein Zusammenhang zwischen Fremdenfeindlichkeit und niedrigen Bildungsabschlüssen gesehen.

Soziale Milieus

Nach dem Ergebnis der Analyse stammen die Tatverdächtigen nicht vorwiegend aus deklassierten Randgruppen. Sie rekrutieren sich vielmehr aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Berufsgruppen, überwiegend allerdings aus dem Arbeiter- und kleinbürgerlichen Milieu.

Gruppenzugehörigkeit

Gegenüber dem 1. Bericht ist die Zugehörigkeit zu rechtsextremistischen Gruppen/Organisationen*) um 6,7 auf 18,5 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Skinheads ging sogar von 37,9 auf 21,8 Prozent zurück. Möglicherweise spielt hier eine Rolle, daß Skinheads nicht mehr unbedingt an ihrem äußeren Erscheinungsbild zu erkennen sind und sie deshalb anderen Gruppen zugeordnet werden.

Da zudem der Anteil der Zugehörigkeit zu einer fremdenfeindlichen Gruppe 21,4 Prozent (1. Bericht 19,1 Prozent) und zu sonstigen informellen Gruppen 51,2 Prozent (1. Bericht 9,8 Prozent) beträgt – Mehrfachnennungen waren möglich –, wird deutlich, daß fremdenfeindliche Gesetzesverletzungen vor allem aus wenig organisierten und formalisierten Gruppen heraus begangen werden.

Organisation, Steuerung oder spontane Entwicklung

Bei rund 92 Prozent der Gesetzesverletzungen lagen keine Hinweise auf planmäßig gesteuerte Aktionen vor. „Die Mehrzahl der fremdenfeindlichen Aktionen ist eher auf spontane Entschlüsse und situative Eskalationen ohne längere Planung und Vorbereitung oder gar Steuerung durch organisierte rechtsextremistische Gruppen zurückzuführen“.

Rechtsextremistische Skinheads)**

Staatliche Sanktionen und gewachsener öffentlicher Druck haben Gewalttaten von Skinheads und den Zulauf zu Skinheadgruppen zurückgedrängt. Dennoch blieben rechtsextremistische Skinheads 1994 mit ihrer höchst aggressiven Fremdenfeindlichkeit, ihren Angriffen gegen soziale Minder-

*) Die Zuordnung erfolgte insbesondere durch die Polizei. Die rechtsextremistischen Gruppen/Organisationen sind im einzelnen nicht bekannt. Es dürfte sich jedoch nicht ausschließlich um Beobachtungsobjekte der Verfassungsschutzbehörden handeln.

**) Dieser Abschnitt aktualisiert teilweise die Darstellung des Berichtes 1993.

heiten und ihren Attacken gegen politisch Andersdenkende eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Bundesweit werden rechtsextremistischen Skinheads rund 5.400 Personen zugerechnet. In Niedersachsen gibt es rund 300 rechtsextremistisch motivierte Skinheads. Der zahlenmäßige Rückgang gegenüber dem Jahr 1993 (5.600) ist durch Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden, durch gewachsenes gesellschaftliches Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und durch ausgebliebene neue Anhänger zu erklären.

Die Skinheadszene ist in Großbritannien entstanden. Diese Subkultur, der sich Anfang der 70er Jahre vorwiegend arbeitslose Jugendliche zugehörig fühlten, entstand aufgrund steigender Arbeitslosigkeit, umfangreicher Sanierungsmaßnahmen in den englischen Industriestandorten, des Wegfalls sozialer Bindungen und zunehmender Automatisierung in der Wirtschaft. Anfangs eher unpolitisch und vor allen Dingen in Fußballstadien aktiv, erhielt die britische Skinheadszene durch zunehmend enge Kontakte zur britischen National Front (NF) eine neonazistische Ausrichtung. Durch den vermehrten Ausländerzuzug aus Ländern des ehemaligen britischen Commonwealth sahen sich Teile der britischen Unterschicht in ihrer Existenz bedroht. Zentrales Thema ist seitdem die Fremdenfeindlichkeit.

Ende der 70er Jahre wurde das europäische Festland von der Skinheadbewegung erreicht.

Während die Skinheadszene in den alten Ländern der Bundesrepublik anfangs – anders als in den westeuropäischen Nachbarstaaten – eher unpolitisch war und auch heute die Politisierung nicht alle Gruppen erreicht hat, bildeten sich in der ehemaligen DDR bereits in den 70er Jahren Skinhead-Gruppen, die sich als nationalsozialistische Opposition zum kommunistischen System verstanden. Ihre Aktionen waren schon damals gegen Ausländer wie Schwarzafrikaner, Vietnamesen, Polen und Staatsangehörige der Sowjetunion gerichtet. Auch gegen politisch Andersdenkende gingen sie gewaltsam vor. In der Öffentlichkeit wurden sie kaum oder gar nicht erwähnt. Wenn in der SED-beherrschten Presse einmal über Gerichtsverfahren gegen sie berichtet wurde, war allenfalls von jugendlichem Rowdytum die Rede. Nach der Wende in der DDR entwickelte sich sehr rasch eine große Szene; ihr Politisierungsgrad und ihre Militanz sind höher als in Westdeutschland.

Merkmale der Skinhead-Bewegung

Skinheads verfügen nicht über bundes- oder landesweite Organisationsformen. Selbst in Großstädten gibt es keine fest verankerten Strukturen. Es sind vielmehr lokale oder stadtteilbezogene Personenzusammenschlüsse, deren Zahl abhängig von Führerpersönlichkeiten ist. Zusammenschlüsse bis zu 20 Personen sind die Regel. Zugang zur Szene suchen insbesondere junge Menschen, die Probleme in ihrem Elternhaus haben, schulische und berufliche Ausbildungsgänge nicht bewältigen und das Gruppenerlebnis als Halt in einer für sie schwierigen Umwelt empfinden. Das Alter liegt zu 70 Prozent bei unter 21 Jahren.

In Niedersachsen setzt sich die Altersstruktur der der Verfassungsschutzbehörde bekanntgewordenen Skinheads wie folgt zusammen: Der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden bis 18 Jahren beträgt (abgerundet) 15 Prozent, derjenigen zwischen 18 und 25 Jahren 80 Prozent. Der Altersgruppe über 25 Jahren gehören nur fünf Prozent an.

Typische Äußerlichkeiten der Skinheads sind Glatze oder millimeterkurz geschnittenes Haar (daher auch die Bezeichnung: „Glatzen“), uniform-ähnliche Kleidung wie Bomberjacken, hochgekrempelte Jeans mit breiten Hosenträgern, Doc-Martens-Arbeitsstiefel oder Springerstiefel. Engagiert sich die Bevölkerung gegen Skinheads wie z.B. nach der Tötung eines Bundeswehrsoldaten durch zwei Skinheads in der Silvesternacht 1990/91 in Rosdorf bei Göttingen, ändern Skins aus Gründen der eigenen Sicherheit ihr Äußeres. Göttinger Skins ließen sich lange Haare wachsen, um als Skins nicht erkannt zu werden.

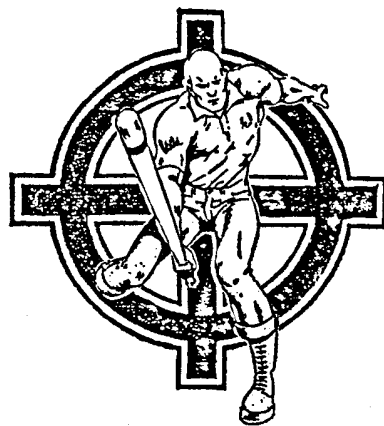
Besonders durch die Übernahme nationalsozialistischer Symbole provozieren Skins Staat und Gesellschaft. Während viele Äußerlichkeiten jugendlicher Subkultur (Rocker, Punker usw.) Eingang in die allgemeine Mode gefunden haben (bunte Haarsträhnen zum Beispiel, mit denen man sich Anfang der 80er Jahre von der bürgerlichen Umwelt absetzte und ältere Mitbürger provozierte, sind heute durchgängig akzeptiert und ziehen keine Proteste mehr auf sich), führt das Zeigen nationalsozialistischer Symbole unmittelbar zu starken Protesten. Auch das Keltenkreuz, mit dem das gemeinsame kulturelle Erbe der nordischen Rasse symbolisiert werden soll, gehört zu den Erkennungsmerkmalen der Skinheadszene. Dieses Kreuz ist Kennzeichen einer verfas-

sungswidrigen Organisation, seine Verwendung ist strafbar.

Insbesondere bei den westdeutschen Skinheads bleibt die Frage erlaubt, ob ihre Anhänger vollständig im Neonazismus verwurzelt sind oder ob ihre Szenezugehörigkeit von ihnen teilweise selbst lediglich als Provokation der bürgerlichen Umwelt verstanden wird. Ein Zurückholen insbesondere jugendlicher Skinheads aus der Szene erscheint möglich, allzu schnelles Ausgrenzen führt eher zum dauerhaften Verbleiben im organisierten Rechtsextremismus.

In der deutschen Skinheadszene gibt es zur Zeit in unterschiedlicher Stärke drei Richtungen:

KRAFT
DURCH
FROIDE



- Eine Minderheit in der Skinhead-Bewegung, deren Zahl sich allerdings im vergangenen Jahr vergrößert hat, stellen die „antifaschistischen Skins“ dar, die dem linken Spektrum zuzurechnen sind. Sie nennen sich Redskins (Rote Glatzen) oder S.H.A.R.P.s (Skin-Heads Against Racial Prejudice – Skinheads gegen rassistische Vorurteile).
- Einen zahlenmäßig großen Anteil stellen die sogenannten Oi-Skins. Der Begriff geht vermutlich auf die englische Übersetzung des Namens der nationalsozialistischen Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ (Strength through Joy) zurück. Er soll signalisieren, daß nicht die politische Agitation an erster Stelle steht, sondern der Spaß. Dessen ungeachtet bezeichnen sich die Oi-Skins als „Patrioten“ und lassen eine stark „reservierte“ Haltung gegenüber Ausländern erkennen. Nach eigenen Aussagen sind sie eher rechts als links orientiert, lehnen aber rechtsextremistische Zielvorstellungen sowie Denkweisen grundsätzlich ab.
- Vorherrschend in der Szene sind in den letzten Jahren die rechtsextremistisch orientierten Skinheads. Diese sogenannten White-Power-Skins, die auch Boneheads (Knochenköpfe) genannt werden, unterhalten – mit unterschiedlicher Intensität – Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen. Sie sind die das Image der Skinheads prägende „rassistische Prügelfraktion“ (Farin, Seidel-Pielen: Skinheads, München 1993).

Skinheads haben überwiegend kein Interesse an einer theoretischen Auseinandersetzung mit den Grundlagen rechtsextremistischer Ideologien. Ihr oberflächliches Wissen vom Nationalsozialismus beschränkt sich auf Bruchstücke von Rassismus sowie Antisemitismus. Ihre Haltung ist von einem übersteigerten Nationalismus geprägt. Alles Fremde wird abgelehnt. Insgesamt ist in der deutschen Skinheadszene ein Trend des Niederganges erkennbar.

Beispiele von Gesetzesverletzungen durch Skinheads in Niedersachsen

Dieser Trend dokumentiert sich auch bei der Entwicklung der Gesetzesverletzungen. In Niedersachsen wurden 1994 insgesamt 283 (1993: 372) durch Skinheads verübte Straftaten registriert. Die Polizei ermittelte dabei 325 (1993: 473) Tatverdächtige. Bei den Deliktsarten dominierten die einfache körperliche Gewalt, die gefährliche Körperverletzung und Propagandadelikte. Regionale Schwerpunkte von rechtsextremistisch orientierten Skinheads sind Stadt und Landkreis Hannover, die Räume Buchholz / Tostedt / Lüneburg sowie Landkreise im Harz und der Raum Northeim.

Folgende Vorfälle sind beispielhaft für Gesetzesverletzungen durch Skinheads:

- *Tostedt*
Am 1. April lieferten sich rechtsextremistische Skinheads und Mitglieder der örtlichen Antifa Tostedts gewalttätige Auseinandersetzungen.
- *Dannenberg*
Am 3. September kam es in Dannenberg zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und

politisch Andersdenkenden. Schwere Körperverletzungen waren die Folge.

– *Wiefelstede*

Am 6. November wurden in einer Gaststätte in Wiefelstede Gäste von alkoholisierten, rechtsextremistischen Skinheads mit Schlagwerkzeugen traktiert. Ein Täter benutzte einen Baseballschläger.

Fanzines

Die sogenannten Fanzines sind das wichtigste Kommunikationsmittel für Skinheads. Der Begriff „Fanzine“ stammt aus dem Englischen und steht als Abkürzung für die Wörter „fan“ und „magazine“. Damit wird ausgedrückt, daß es sich bei diesen Publikationen um interne Texte von und für Anhänger dieser Szene handelt. Nicht alle der bundesweit etwa 80 Skinhead-Magazine sind als rechtsextremistisch zu betrachten. Anfangs dienten die Fanzines lediglich dem Informationsaustausch über Skinheadkonzerte und -bands sowie verschiedene Veranstaltungen der jeweiligen örtlichen „Szene“, beispielsweise „Festgelage“ unter dem Motto „Saufen bis der Doktor kommt“. Politische Inhalte wurden entweder gar nicht oder nur am Rande vermittelt.

In Niedersachsen sind folgende Fanzines bekannt geworden:

Der Angriff, Uslar

Dieses Fanzine ist bisher mit sieben Ausgaben erschienen. Auch in diesen Fan-Magazinen werden die Mitglieder von Skinhead-Bands in Interviews vorgestellt und Konzerte einschlägiger Bands beschrieben. Die politische Zielrichtung des Fanzines ergibt sich aus den Abbildungen, die zum bewaffneten Kampf gegen Ausländer und Punks aufrufen. Die Ausgaben Nr. 5 und 6 des Fanzines wurden von der

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert.

Midgard, Barendorf, ab November 1993: Walküre

Dieses Fanzine ist eine Ausgabe für Skingirls in Deutschland und nimmt die Interessen der „Skingirl-Front Deutschland“ (SFD) wahr. Die Zielrichtung der bisherigen Ausgaben lag ganz in der Tradition der „NS-Frauenschaft“. Die Ausgaben wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert.

Der Aufbruch, Waddeweitz

Das Fanzine erschien erstmalig im Oktober 1994. Der inhaltliche Schwerpunkt dieser bislang einzigen Ausgabe lag auf der Verunglimpfung politischer Gegner. Es wurde zum Kampf gegen Ausländer und Andersdenkende aufgerufen.

Musikgruppen

Wegbereitend für die politische Einstellung der Skinheads sind vor allem die Skinhead-Musikgruppen, die mit ihrer Musik und ihren Texten starken Einfluß auf diese Subkultur haben.

In Liedertexten werden unverhüllt Rassismus und Nationalismus propagiert; der Skinhead wird als „politischer Soldat“ ermutigt, den „harten Kampf in diesem Rassenkrieg“ zu bestehen.

Die Botschaften der rechtsextremistisch orientierten Musikgruppen erreichen die gesamte Skinhead-Szene. Bei den deutschen Texten sind folgende Aussagen vorherrschend:

1. Die weiße Rasse, die Herrenrasse, sei zu bewahren, da sie durch Rassenvermischung, zionistische Machenschaften, Kommunismus, Kapitalismus und Gleichgültigkeit der herrschenden demokratischen Systeme akut bedroht sei.
2. Die Feinde der weißen Rasse, Kommunisten, Kapitalisten, Juden, seien zu beseitigen und das politische System durch einen „nationalen Sozialismus“ zu ersetzen.
3. Skinheads, „arische“ Jugendliche, hätten die „Gefahr für ihre Rasse erkannt“ und sähen sich als Kämpfer in einem bevorstehenden Rassenkrieg. Zum Teil werden Verbindungen zwischen Skins und der SA, also dem „politischen Soldaten“ des Nationalsozialismus, hergestellt. Der Kampf gegen die Feinde der Rasse und Nation tobe bereits auf der Straße.

Zahlreiche von Skinheads geplante Konzerte sind 1994 verboten worden und konnten damit nicht stattfinden. In Niedersachsen sind nur zwei solche Veranstaltungen durchgeführt worden. Am 19. November kamen rund 250 Personen zu einem Oi-Konzert in Wilhelmshaven zusammen. Es traten Bands aus Meppen und aus Delmenhorst auf. Organisiert worden war die Veranstaltung vom ehemaligen Vorsitzenden des verbotenen neonazistischen „Deutschen Kameradschaftsbundes“ (DKB), Thorsten de VRIES. Zu einem ähnlichen Konzert, zu dem ebenfalls de VRIES eingeladen hatte, waren am 1. Oktober im selben Veranstaltungsort 100 Personen erschienen.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Aufgrund der Initiative des Landes Niedersachsen beantragten die Bundesregierung am 16. September 1993 und der Bundesrat am 24. September 1993 beim Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 21 Grundgesetz die Feststellung, daß die FAP eine verfassungswidrige Partei ist („Parteiverbot“). Ungeachtet der Verbotsanträge trat die FAP auch 1994 weiterhin offen für den Nationalsozialismus ein. In ihrem Programm „Unser Weg in das neue Jahrtausend“ propagierte die FAP den „völkischen Sozialismus“ und orientierte sich in kaum verhüllter Weise an Grundzügen des NSDAP-Programms vom 24. Februar 1920. So erklärte der FAP-Vorsitzende BUSSE auf dem außerordentlichen Bundesparteitag in Reifenstein/Thüringen am 10. Juli 1993: Endziel der Partei sei es, die gesamte Macht in Deutschland zu übernehmen. Es werde dann zwar keine Konzentrationslager, dafür aber Arbeitslager geben, „wo die Feinde des deutschen Volkes und vor allem die Ausländer nutzbringende Arbeit verrichten“ sollen. Feinde der Partei, zu denen BUSSE Polizeipräsidenten, die jemals eine FAP-Veranstaltung verboten hätten, und Zeitungsverleger, die gegen rechte Parteien hetzten und die multikulturelle Gesellschaft propagierten, zählte, müßten nach der Machtübernahme mit dem Tod durch Erschießen rechnen.

Diese für das Gesamterscheinungsbild der FAP typische, die Verfassungswidrigkeit begründende Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zeigte sich sowohl in zahl-

reichen Verlautbarungen als auch im Bekenntnis ihrer Funktionäre zu Adolf HITLER und Rudolf HESS.

So wandte sich z.B. die FAP in ihrem Programm „Unser Weg in das neue Jahrtausend“ gegen eine „drohende massive Völkervermischung“ und unterstellte, daß die Mehrheit des deutschen Volkes für die Ausländerückführung sei. Offen drohte die FAP:

„Die Stunde hat geschlagen, da das ganze schaffende Deutschland die marxistischen Lumpen und Gauner, sowie die Unterwerfungslakaien und Verfassungsverächter aller Schattierungen von sich schütteln muß und sich wieder zusammenfindet in der Volksgemeinschaft eines freiheitlichen, anti-imperialistischen und klassenlosen Volksstaates.“



Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei wurde am 17. März 1979 von dem Rechtsextremisten Martin PAPE gegründet, der auch erster Bundesvorsitzender wurde. Ihre Aktivitäten beschränkten sich zunächst ausschließlich auf den Stuttgarter Raum. Erst ab 1984 erlangte die FAP eine bundesweite Bedeutung, als zahlreiche Mitglieder der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) sie nach deren Verbot durch den Bundesminister des Innern am 24. 11. 1983 als „legale Plattform“ und als „Vorfeldorganisation“ für die neonazistische „Bewegung“ für weitere Aktivitäten auswählten, ihr beitraten und auch leitende Funktionen übernahmen. Dabei tarnten sie sich vorübergehend als sogenannte „Leserkreise“, als „Kameradschaften“ und insbesondere als „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum hundertsten Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH). Zur Gründung von Landes- und Kreisverbänden der FAP war es bis zum Verbot der ANS/NA, die in der Tradition der nationalsozialistischen „Bewegung“ stand, nicht gekommen. Nachdem der Bundesrat (und die Bundesregierung) auf der Grundlage der Beobachtungsergebnisse der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern die Überzeugung gewonnen hatte, daß es sich bei der FAP um eine neonazistische verfassungswidrige Partei handelt, beantragte der Bundesrat aus folgenden Gründen die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der FAP beim Bundesverfassungsgericht:

- „– um einen Abschreckungs- und Signaleffekt, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende, die im FAP-Umfeld aktiv sind, zu bewirken,
- um Neonationalsozialisten, die bisherige und zukünftige Vereinsgebotsverbote unterlaufen, konsequent organisatorische Verfestigungen zu verwehren und
- um dem parteipolitisch organisierten Neonazismus, der die Beteiligung an demokratischen Wahlen zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausnutzt, diesen Mißbrauch des „Parteienprivilegs“ zu versagen.“

Auf die Verbotsanträge beim Bundesverfassungsgericht reagierten FAP-Aktivisten mit teilweise hektischer Betriebsamkeit. So wurden ein großer und ein kleiner „Krisenstab“ gegründet, um nach Wegen zum Unterlaufen des erwarteten Verbotes durch das Bundesverfassungsgericht zu suchen. Über Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen wurde diskutiert. Es wurden Anstrengungen unternommen, die Verbindungen zu verstärken.

Die FAP konnte 1994 ihren starken Mitgliederzuwachs von 1993 nicht halten. Nachdem es ihr 1993 gelungen war, ihre Mitgliederzahl von 220 auf 430 zu steigern, stagnierte diese Zahl 1994. Dem Landesverband Niedersachsen gehörten rund 30 Mitglieder an. Sie wurden geführt von dem Northeimer Neonazi Thorsten HEISE, der auch kommissarisch den Vorsitz des Landesverbandes Sachsen-Anhalt übernommen hat.

Weitere aktive Landesverbände bestanden in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen; der Landesverband Hamburg hat sich Ende 1994 aufgelöst. Führende Mitglieder haben sich anderen rechtsextremistischen Organisationen angeschlossen.

Bundesparteitag in Berlin

Die FAP veranstaltete am 9. April auf der Wannsee-Insel Lindwerder in Berlin ihren Bundesparteitag. Die FAP-Mitglieder unter den 250 bis 300 Parteitagsbesuchern bestätigten bei den im Mittelpunkt der Veranstaltung stehenden Vorstandswahlen den bisherigen Vorsitzenden Friedhelm BUSSE in seinem Amt.

Aktivitäten in Niedersachsen

Die Aktivitäten des Landesverbandes Niedersachsen werden maßgeblich durch den Landesvorsitzenden Thorsten HEISE bestimmt. Er wurde am 6. Juli in Untersuchungshaft genommen. Ihm wird vorgeworfen, am 11. Februar mit weiteren Personen uneingeladen auf einer Abiturfeier in Northeim erschienen zu sein und dort mit einer Gaspistole auf Anwesende geschossen zu haben. Nachdem HEISE diese Tat gestanden hatte, wurde der Haftbefehl am 22. Dezember außer Vollzug gesetzt.

Am 24. September wurde HEISE in Abwesenheit erneut zum Landesvorsitzenden der FAP gewählt. Die Veranstaltung war konspirativ vorbereitet worden und fand bei Wolfsburg statt. Unter den Anwesenden war auch der FAP-Vorsitzende Friedhelm BUSSE.

Am 4. Juni trafen sich in Northeim rund 150 Rechtsextremisten, überwiegend Anhänger der FAP unter Führung ihres Vorsitzenden BUSSE, auf dem Gelände des Wohnsitzes von HEISE. Es handelte sich dabei um eine Gegendemonstration zu einer gleichzeitig durchgeführten Protestveranstaltung unter dem Motto: „Dem

organisierten Neofaschismus entgegenzutreten – Kampf der FAP!“ von Anhängern der „Antifa“. Die Polizei konnte Zusammenstöße zwischen beiden Gruppen verhindern; bei den FAP-Anhängern wurden zahlreiche Schlagstöcke beschlagnahmt.

Verbot der FAP

Nachdem das Bundesverfassungsgericht mit seinem am 23. Februar 1995 mitgeteilten Beschluß vom 17. November 1994 (2 BvB 2 und 3/93) die Parteieigenschaft der FAP verneint hatte, war der Weg frei für eine Verbotsmaßnahme des Bundesinnenministeriums auf der Grundlage des Vereinsgesetzes.

Nachstehend werden die maßgeblichen Gründe der Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums dokumentiert:

„I. Die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) ist ein Verein im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 Grundgesetz (GG) und des § 2 Abs. 1 Vereinsgesetz (VereinsG).

Die am 17. März 1979 gegründete FAP ist trotz ihrer Bezeichnung nach den Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts keine Partei i.S. von Artikel 21 GG, § 2 Abs. 1 Parteienges. ...

II. Die FAP richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Art. 9 Abs. 2 GG i.V.m. § 3 Abs. 1 VereinsG. ...

2. Die FAP verfolgt das Ziel, mit ihrer Tätigkeit diese Ordnung fortlaufend zu untergraben und letztendlich zu beseitigen. Dies ergibt

sich ohne weiteres aus dem Umstand, daß die FAP nach ihrer Zielsetzung mit der NSDAP wesensverwandt ist. Sie ist schon aus diesem Grunde verfassungswidrig (vgl. BVerfGE 2, 1, 70).

a) In den Äußerungen führender Funktionäre der FAP wird dem Sprachgebrauch der Nationalsozialisten entsprechend eine „Machtübernahme“ angekündigt. Politisch Andersdenkende werden als „Feinde“ der FAP bezeichnet, die nach der „Machtübernahme“ zu erschießen seien. Auf diese Weise werden bei Mitgliedern und Anhängern der FAP Ressentiments erzeugt und Haßgefühle aufgebaut. ...

Schluß mit Spekulation und Wohnungsnot



Wohnraum her für deutsche Menschen!



Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei

b) Im Rahmen der Auseinandersetzungen mit der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die abgelehnt und in Anlehnung an nationalsozialistische Terminologie „System“ genannt wird, werden demokratische Institutionen herabgewürdigt. ...

c) Die FAP bekämpft die demokratischen Parteien der Bundesrepublik in einer Weise, die erkennen läßt, daß sie beabsichtigt, diese undemokratisch aus dem politischen Leben auszuschalten. ...

d) Die Ausrichtung am Nationalsozialismus und die daraus folgende Ablehnung des demokratischen Systems und seiner Institutionen und Repräsentanten bedingen die Zielsetzung der FAP, die freiheitliche demokratische Grundordnung letztendlich gewaltsam zu beseitigen und eine Ordnung zu errichten, die der grundgesetzlichen nicht entspricht. ...

e) Die FAP verharmlost die Gewalttaten des Nationalsozialismus. In einem Artikel über NS-Prozesse wird unterstellt, daß diese nicht den Gesetzen entsprechen. ...

f) Die FAP mißachtet die wesentlichen Menschenrechte, insbesondere die Würde des Menschen, das Recht der Persönlichkeit auf freie Entfaltung und den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Dem Gedankengut des Nationalsozialismus, das durch einen völkischen Nationalismus und eine elitäre Rassenideologie geprägt ist, wird durch eine propagandistische Hetze gegen Ausländer entsprochen. ...

3. Auch dem tatsächlichen Verhalten ihrer Mitglieder und Anhänger nach richtet sich die FAP an dem Ziel aus, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Sie orientiert sich auch dabei an nationalsozialistischem Sprachgebrauch, Formen und Riten der NSDAP, propagiert Rassismus und Antisemitismus nach nationalsozialistischem Vorbild und verehrt maßgebliche Repräsentanten des Nationalsozialismus. ...

4. Die personelle Zusammensetzung der FAP, in der Rechtsextremisten mit nationalsozialistischer Zielsetzung das Sagen haben, belegt ebenfalls die verfassungswidrige Zielsetzung. ...

5. Die FAP verfolgt ihre Zielsetzung in aktiv kämpferischer, aggressiver Form gegenüber der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung. ...

6. Der aufgeführte Sachverhalt erfüllt den Tatbestand des Art. 9 Abs. 2 GG i.V.m. § 3 Abs. 1 VereinsG. ...

Daß die ehemalige NSDAP nach ihrer Zielsetzung und politischen Tätigkeit als in der Gegenwart existierende Organisation Verbotstatbestände des Art. 21 Abs. 2 GG erfüllen würden, unterliegt keinem Zweifel.

Da die FAP als Verein im Programm, in Vorstellungswelt und in allen wesentlichen Formen diesen verfassungsfeindlichen Organisationen der Vergangenheit wesensverwandt ist, verwirklicht sie die gleichen oder doch gleichartige Ziele wie die NSDAP. ...“

Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)

Nach dem Tod des Neonaziführers Michael KÜHNEN am 25. April 1991 in Kassel besteht die einstmals als Sammelbecken von Neonazis mehrere 100 Mitglieder zählende GdNF nur noch als Zusammenschluß weniger Aktivisten. Über eine Kontaktadresse in den Niederlanden wird von ihnen die Schrift „Die Neue Front“ herausgegeben. In dieser Schrift (Ausgabe 82 [1993], Seite 21) wird offen der Nationalsozialismus unterstützt:

„Seit Ende der 70er Jahre kämpfen bekennende Nationalsozialisten in Deutschland für jene Ziele, die uns Führer und Partei vor Jahrzehnten auf den Weg gaben. In den letzten Wochen und Monaten erleben wir die massivste Verfolgungswelle überhaupt. Zionistisch gesteuerte Politiker spielen Hand in Hand mit den Verfolgungsmechanismen des Systems. Wir sind was wir immer waren: Kampforgan der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland.“

Der Hamburger Neonazi Christian WORCH wurde am 30. November vom Landgericht Frankfurt zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung wegen Fortführung der 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) verurteilt. WORCH hat dem Urteil zufolge als Chef der GdNF gegen das in der Ver-

fassung verankerte Verbot einer politischen Betätigung im Sinne des Nationalsozialismus verstoßen. Die GdNF war nach Überzeugung des Gerichts eine Nachfolgeorganisation der ANS/NA, die sich die Aufhebung des NS-Verbots und die Verwirklichung des Parteiprogramms der NSDAP von 1920 zum Ziel gesetzt hatte. Die Strafe wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt, weil nach Ansicht des Gerichts keine Aussicht besteht, daß WORCH sich künftig auf dem Boden der Verfassung und im Rahmen der Gesetze politisch betätigen werde. Er sei ein „unbelehrbarer politischer Überzeugungstäter“. Sein Eintreten für die Ideologie des Nationalsozialismus zeige eine „pathologische Rechtsblindheit“. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Wiking-Jugend e.V. (WJ)

Die WJ, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1952 zu einer neonazistischen Sammlungsbewegung entwickelt hatte, wurde am 10. November vom Bundesinnenministerium verboten. Aktueller Anlaß hierfür waren insbesondere provokative Aufmärsche der WJ während ihres Pfingsttreffens 1994 in Hetendorf und die dadurch veranlaßte Initiative des Niedersächsischen Innenministers gegenüber dem Bundesinnenminister, die WJ zu verbieten, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet.

Der Vorstoß Niedersachsens stützte sich auf ein Gutachten des niedersächsischen Innenministeriums und eine umfangreiche Materialzusammenstellung des niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Nachstehend wird die Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums vom 10. 11. 1994 auszugsweise dokumentiert:

„... Die WJ richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Art. 9 Abs. 2 GG i.V.m. § 3 Abs. 1 VereinsG. ...

Die WJ verfolgt das Ziel, mit ihrer Tätigkeit diese Ordnung fortlaufend zu untergraben und letztendlich zu beseitigen. Dies ergibt sich schon ohne weiteres aus dem Umstand, daß die WJ in Programm, Vorstellungswelt und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit der früheren NSDAP und ihrer Teilorganisation „Hitlerjugend“ (HJ) aufweist. ...

Programmatische Übereinstimmung der WJ mit „Hitlerjugend“ (HJ) und NSDAP und Propagieren der Überwindung des abgelehnten „staatlichen Systems“.

Die Organisationszwecke von „Hitlerjugend“ (HJ) und WJ sind weitgehend identisch. ...

Orientierung der WJ am nationalsozialistischen Sprachgebrauch und an den äußeren Formen der NSDAP; insbesondere der HJ. Die politische Orientierung der WJ an NSDAP und HJ ist bereits aus ihrem Namen und dem gewählten Kürzel ersichtlich. ... Propagieren von nationalsozialistischem Rassismus und Antisemitismus durch die WJ, sowie weitere programmatische Übereinstimmungen mit der NSDAP. In den Publikationen der WJ wird dem Thema „Volk und Rasse“ ein weiter Raum gewidmet, wobei die Begriffe „Art“ und „Artraum“ eine wesentliche Rolle spielen (Einladung für die „38. Tage volkstreuer Jugend“ in Hetendorf, Odalbrief

November/Nebelmond 1992-39). ... Bekenntnis der WJ zu maßgeblichen Repräsentanten des Nationalsozialismus. Die WJ zeigt ihre Bewunderung für maßgebliche Repräsentanten des Nationalsozialismus in Wort und Bild. ...

Aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung. Die Wesensverwandtschaft mit der NSDAP und ihrer Teilorganisation HJ beinhaltet und begründet die aktiv kämpferische, aggressive Haltung der WJ und ihrer Mitglieder gegenüber der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung und die Handlungsweisen, mit der die WJ und ihre Mitglieder ihre Zielsetzung verfolgen. ...

Der aufgeführte Sachverhalt erfüllt den Tatbestand des Art. 9 Abs. 2 GG i.V.m. § 3 Abs. 1 VereinsG.

Daß die ehemalige NSDAP und HJ nach ihrer Zielsetzung und politischen Tätigkeit als in der Gegenwart existierende Organisationen Verbotstatbestände des Art. 21 Abs. 2 GG erfüllen würden, unterliegt keinem Zweifel.

Da die WJ als Verein in Programm, in Vorstellungswelt und in allen wesentlichen Formen diesen verfassungsfeindlichen Organisationen der Vergangenheit wesensverwandt ist, wird sie auch, sofern sie sich weiter betätigen kann, die gleichen oder doch gleichartige Ziele von NSDAP und HJ zu verwirklichen suchen. ...“

Die WJ entstand am 2. Dezember 1952 in Wilhelmshaven aus dem Zusammenschluß der „Reichsjugend“, der „Deutschen Unitarier Jugend“ und dem „Vaterländischen Jugendbund“. Sie bezeichnete sich später in ihrer Bundessatzung als „volkstreue nordländische Jugendbewegung“. Erster WJ-Bundesführer wurde Walter MATTHAEI, der zuvor das Amt eines „Reichsjugendführers“ in der am 23. Oktober 1952 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) wahrgenommen hatte. Seit den 50er Jahren leitete die aus Varel (Niedersachsen) stammende und später nach Stolberg bei Aachen verzogene Familie NAHRATH die Organisation und den weiteren Aufbau der WJ.

Die WJ gliederte sich nach nationalsozialistischem HJ-Vorbild in folgende Organisationsstufen:

- *Bund:*
verantwortlich für die Gesamtorganisation im Inland und Ausland
- *Gau:*
verantwortlich für Gründung und Koordinierung der Arbeit von Horsten auf Landesebene
- *Horst:*
verantwortlich für die Organisation und Verwaltung im Kreis (mindestens 15 Mitglieder)
- *Fähnlein oder Mädelling:*
verantwortlich auf Orts- und Gemeindeebene
- *Gefährtschaft oder Mädelschar:*
drei Jungen- oder Mädelschaften
- *Jungenschaft oder Mädelschaft:*
etwa 10 Mitglieder

Am 6. Juli 1991 wurde Wolfram NAHRATH als Nachfolger seines Vaters Bundesführer der WJ. An der hierarchisch gegliederten Führungsstruktur der WJ änderte sich durch diesen Führungswechsel nichts. Sie blieb weiterhin eine nach dem elitären Führerprinzip geleitete, von einer „Nordland-Ideologie“ geprägte Organisation. Im Verständnis der WJ gründet die „Nordland-Ideologie“ auf einer Rassentheorie, nach der der nordische Mensch germanischer Abstammung allen anderen Rassen überlegen ist. Neben dem ersten und der zweiten Vorsitzenden wurden jeweils nach sechs Jahren auf einem „Bundesthing“ noch ein Bundesfahrtenführer (Schriftwart) und ein Bundesschatzmeister (Kassierer) in den Vorstand der Bundesführung gewählt. Dem Vorstand zuzurechnen war außerdem ein „Leiter der Beschäftigungsstelle“.

Im Auftrag der Bundesführung erschien seit 1976 vierteljährlich die Zeitschrift „Wikinger“ mit einer Auflage von 500 Exemplaren. Darüber hinaus wurden als Publikationen der WJ ein jährlich erscheinender „Fahrtenplan“, in einigen Gauen unregelmäßig „Odalbriefe“ sowie von der „Bundesmädelführerin“ der „Bauge-Mädelsbrief“ herausgegeben. In den Fahrtenplänen der WJ wurden die Veranstaltungen des Bundes und der Gauen für das jeweils neue Jahr vorgestellt. Dazu gehörten

- Reichsgründungsfeier,
- Osterlager,
- Tage volkstreuere Jugend/Pfingsttreffen,
- Sommer- und Wintersonnenwendfeier,
- Sommerlager,
- Volkstanzwochenenden,
- Heldengedenken,
- Winterlager,
- Mahnfeuer,
- Liederabende.

Insbesondere bei den Pfingsttreffen in Hetendorf im Landkreis Celle wurde auch zu Wehrsportübungen eingeladen:

„Wehrkampf: Dieser Dreikampf verlangt von einer Gruppe von vier Männern die schnellst- und bestmögliche Bewältigung eines 15 km Orientierungsmarsches, einer Hindernisbahn und einer Schießübung. Teilnahmeberechtigung besteht ab 15 Jahren.“

Das Pfingsttreffen unter dem Motto „40. Tage volkstreuer Jugend – Jugend will deutsche Zukunft“ vom 20. bis 22. Mai fand bundesweite Beachtung. Insbesondere ein Ausmarsch der WJ-Mitglieder in uniformähnlicher Kleidung, die dem äußeren Erscheinungsbild der Hitler-Jugend stark ähnelte, zog öffentliche Kritik nach sich.

Am 10. November wurde die WJ vom Bundesinnenministerium verboten. Zeitgleich wurden in zehn Bundesländern Wohnungen, Büros und Lager des Vereins durchsucht und dabei Uniformen, Zelte, Fahnen und Propagandamaterial beschlagnahmt. In Niedersachsen waren von den Maßnahmen der Gebäudekomplex des „Heide-Heim e.V.“ in Hetendorf Nr. 13 und das Haus des „Gauführers des WJ-Gaues Niedersachsen/Bremen“ in Handorf betroffen. In beiden Objekten wurden Propagandamaterial, Mitglieder- und Teilnehmerlisten, Uniformteile und Ausrüstungsgegenstände der WJ aufgefunden und sichergestellt.

Der WJ-Bundesführer Wolfram NAHRATH bezeichnete die Verbotsverfügung als „rechtswidrig“. Deren Anfechtung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin führte zu einer gerichtlichen Bestätigung des Verbotes.

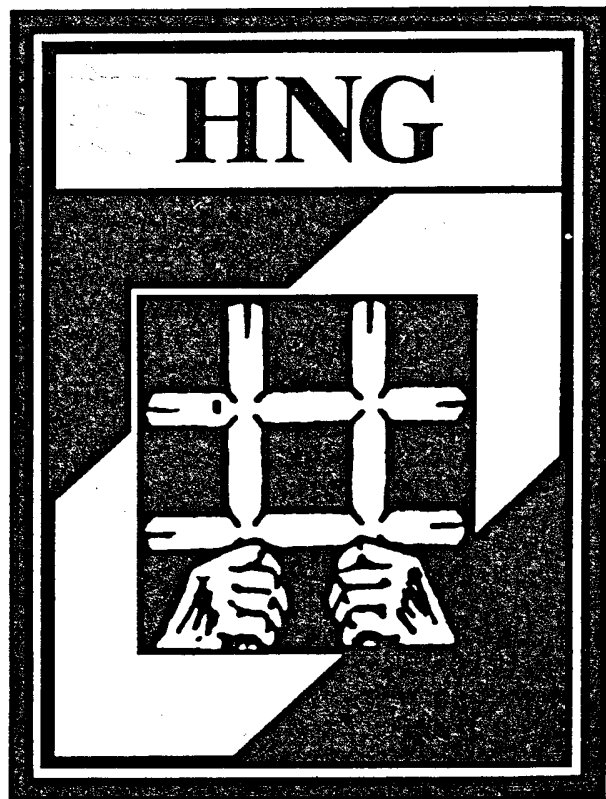
Betroffen von dem Verbot sind bundesweit etwa 400, in Niedersachsen rd. 30 Personen, die in der Vergangenheit Kontakte zu fast allen deutschen und zahlreichen ausländischen rechtsextremistischen Organisationen unterhielten. Nicht nur durch Kontaktpflege zu derartigen Vereinigungen, sondern auch durch Teilnahme an zum Teil gewalttätigen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene wie in Halbe, Rudolstadt, Fulda oder im belgischen Diksmuide traten WJ-Mitglieder öffentlich in Erscheinung.

Es gibt Hinweise, daß Mitglieder der verbotenen WJ anderen rechtsextremistischen Organisationen beitreten wollen. Durch die Wahl des langjährigen WJ-Führers Wolfgang NAHRATH in den Vorstand des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hatte sich bereits vor einigen Jahren eine Annäherung zwischen der WJ und der NPD abgezeichnet.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Die 1979 gegründete HNG hat bundesweit rund 340 Mitglieder(1993: rund 220) und zählt damit zu den zahlenmäßig stärksten Organisationen im neonazistischen Lager. Sie betreut inhaftierte Rechtsextremisten und deren Familienangehörige im In- und

NACHRICHTEN DER



März /April 1994
16. Jahrgang - Nr. 159

Herausgeber: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
e.V. (HNG).

Ausland. Verbindungen zwischen den Einsitzenden und anderen Rechtsextremisten werden aufrechterhalten. Publikationsorgan der HNG sind die „Nachrichten der HNG“, die regelmäßig eine „Gefangenenliste“ veröffentlichen.

In dieser Zeitschrift werden der demokratische Rechtsstaat und seine Justiz häufig angegriffen:

„Auf die Dauer gesehen wird der Justizterror des Systems nicht fruchtbar sein. Im Gegenteil ist es eher möglich, daß in wachsendem Maße sich aus Unzufriedenen und Geknechteten, ob sie nun im Knast sind oder nicht, eine Art rechte Terrorfront bilden wird. Je größer der Terror gegen das radikale und militante rechte Lager wird, desto höher steigen die Chancen für einen sich laufend stärker bemerkbar machenden Gegenterror. – Und das ist keine Drohung, sondern eine einfache Feststellung! Nichts ist so tot wie ein kaputter Staat!“
(„Nachrichten der HNG“ 148/93, S. 8)

Die HNG beteiligte sich auch an der Anti-Antifa-Kampagne und forderte zur Sammlung von Privatadressen von „Schergen des herrschenden Systems“ auf:

„Wir bitten alle unsere Leser, uns die Privatadressen von Schergen des herrschenden Systems (Kripo- und Vollzugsbeamte, Richter etc.) mitzuteilen. Wir werden sie dann zu gegebener Zeit publik machen, wenn unsere Leute durch etwaige rechtswidrige Übergriffe in Mitleidenschaft gezogen werden.“
(„Nachrichten der HNG“ 149/93, S. 19)

Die HNG führte am 16. April in Butzbach-Wiesental eine Jahreshaupt-

versammlung unter Leitung der Vorsitzenden Ursula MÜLLER durch. Unter den rund 60 Teilnehmern befanden sich auch der Bundesvorsitzende der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), Friedhelm BUSSE, und der Leiter der neonazistischen „Deutschen Nationalisten (DN), Michael PETRI. Der Einfluß der FAP auf die HNG ist seit 1993 spürbar gewachsen. In Niedersachsen sind etwa 30 HNG-Mitglieder vorhanden.

Neonazistische Zusammenschlüsse in Oldenburg und Aurich

Oldenburg

Nach dem Verbot des „Deutschen Kameradschaftsbundes“ (DKB) in Wilhelmshaven Ende 1992 kam es zum Zusammenschluß von ehemaligen DKB-Mitgliedern und anderen Rechtsextremisten in sogenannten Kameradschaften. Es wurde damit das von dem Hamburger Neonaziführer Christian WORCH propagierte Ziel verwirklicht, sich von festen Organisationsformen abzuwenden und informelle Zusammenschlüsse zu suchen. Zum einen soll damit die Vernetzung der Szene weiter verbessert, zum anderen soll dem Staat kein exekutives Eingreifen beispielsweise nach dem Vereinsrecht ermöglicht werden.

Bei Treffen der Oldenburger Kameradschaft, zu denen bis zu 20 Personen zusammenkamen, wurde in Referaten der Nationalsozialismus positiv dargestellt, seine Repräsentanten idealisiert und gegen „Überfremdung und Asylbetrug“ in der Bundesrepublik Deutschland polemisiert.

Von Mitgliedern der Oldenburger Kameradschaft wurden Kontakte zur Nationalen Liste Hamburg, zur Wiking-Jugend, zu den Jungen Nationaldemokraten und zur Deutschen Liga für Volk und Heimat unterhalten. Veranstaltungen der WJ in Hetendorf wurden regelmäßig besucht.

Oldenburger Neonazis unterstützen auch einen Informationsstand der Republikaner zur Landtagswahl in Niedersachsen am 5. März in Oldenburg. Diese Feststellung des Innenministeriums wurde zwar seitens des REP-Landesverbandes mit einem Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung angefochten, fand aber nach Feststellung des Verwaltungsgerichts Hannover (Beschuß vom 22. September, 6 B 4546/94) durch Zeugenaussagen ihre Bestätigung.

Wegen der Ausrichtung eines Teiles der Kameradschaft zur WJ brach diese auseinander. Mehrere Anhänger wandten sich der Deutschen Liga zu. Besondere Aktivitäten gehen von der Oldenburger Kameradschaft zur Zeit nicht mehr aus.

Aurich

Auch in Aurich sind ehemalige Angehörige des DKB in einem losen Zusammenschluß von Neonazis aktiv. Enge Kontakte werden zur Hamburger Neonaziszene, insbesondere zu Christian WORCH, unterhalten. Bei Veranstaltungen kommen 30 bis 35 Personen zusammen. Die Aktivitäten richten sich insbesondere gegen politische Gegner, die in der Auricher Antifa gesehen werden.

Rechtsextremistischer Treffpunkt in Hetendorf

Auch 1994 war die dem Heide-Heim e.V., Hamburg gehörende Tagungsstätte in Hetendorf wieder Treffpunkt von Rechtsextremisten aus dem ganzen Bundesgebiet. Die wichtigsten Veranstaltungen auf dem Anwesen Nr. 13 waren das Pfingsttreffen der Wiking-Jugend, zu dem am Pfingstsonntag 250 Personen zusammenkamen – neben WJ-Mitgliedern auch Anhänger anderer rechtsextremistischer Organisationen – und die „4. Hetendorfer Tagungswoche“ vom 17. bis 26. Juni. Zu der Tagungswoche hatten u.a.

- die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.,
- die Gesellschaft für Freie Publizistik,
- der Nordische Ring und
- der Heide-Heim e.V., Hamburg eingeladen. An den Veranstaltungen der Tagungswoche nahmen bis zu 100 Personen teil.

Eigentümer des Grundstückes Nr. 13 in Hetendorf im Landkreis Celle ist der Heide-Heim e.V. in Hamburg. Dieser wurde 1984 gegründet und 1985 in das Vereinsregister eingetragen. Sein Zweck ist, „ein Volksbildungs- und Jugendheim zu unterhalten“ sowie Veranstaltungen durchzuführen. Dabei handelt es sich um das Heim in Hetendorf, das 1992 von den Voreigentümern, unter ihnen die rechtsextremistische Gesellschaft für biologi-

sche Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung*), erworben worden war.

Neben dem Heide-Heim e.V., Hamburg besteht ein namensähnlicher Heideheim e.V. in Buchholz, Landkreis Harburg. Dieser wurde 1990 in das Vereinsregister eingetragen. Im Unterschied zu der ersten Organisation hat sich dieser Verein das Ziel gesetzt, „ein Volksbildungs- und Jugendheim zu fördern“. Daher ist dieser Verein bemüht, insbesondere Förderer zu gewinnen, um mit Beiträgen und Spenden die Kosten für den Betrieb

und den Ausbau der Anlage in Hetendorf finanzieren zu können. Das Niedersächsische Innenministerium hat im Hinblick auf die rechtsextremistischen Aktivitäten auf dem Gelände des Heide-Heim e.V. in Hetendorf eine Überprüfung der Gemeinnützigkeit durch die zuständige Hamburger Finanzbehörde angeregt.



Ausmarsch der Mitglieder der Wiking-Jugend in Hetendorf 1994

*) Im Mittelpunkt der Vereinsaktivitäten, die maßgeblich von dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen RIEGER bestimmt werden, stehen nicht wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern der Versuch, die eigene rassistische Ideologie mit pseudowissenschaftlichen Argumenten zu stützen: „Biopolitisch gesehen geschieht die Vernichtung des deutschen Volkes durch die bewußt gesteuerte Geburtenverminderung. ... Durch Heirat mit Ausländern, Adoption fremder Kinder, Einströmen von Asylanten und Familienzusammenführung bei Ausländern wird die Vermischung des deutschen Volkes mit fremdem Erbgut planmäßig vollzogen.“ (Neue Anthropologie, April/Juni 1988)

Vorstandsmitglied in beiden Vereinen ist der rechtsextremistische Hamburger Rechtsanwalt Jürgen RIEGER, der maßgeblich das Vereinsgeschehen beherrscht. Die Planung der Veranstaltungen und die Entscheidung über die Teilnahme rechtsextremistischer Organisationen obliegen ihm. An der Durchführung von Veranstaltungen in Hetendorf ist er beteiligt.

1994 fanden mehrere Treffen von Anhängern verschiedener rechtsextremistischer Organisationen auf dem Gelände in Hetendorf statt. Die größte Veranstaltung neben dem Pfingsttreffen der Wiking-Jugend und der Hetendorfer Tagungswoche war ein Treffen norddeutscher NPD-Landesverbände am 18. November, zu dem unter dem Motto „30 Jahre NPD – Arbeit und Kampf für Deutschland“ 200 NPD-Anhänger zusammengekommen waren.

Die Bedeutung der Tagungsstätte in Hetendorf lag in der Vergangenheit darin, daß sich hier Vernetzungen der rechtsextremistischen Szene in Deutschland bildeten. So wurde beispielsweise 1987 der ehemalige FAP-Generalsekretär und Neonazi Jürgen MOSLER auf dem „Bundesthing“ der Wiking-Jugend in deren Ältestenrat gewählt. Auf einer Veranstaltung der Hamburger neonazistischen Nationalen Liste (NL) trat der britische Revisio-nist David IRVING 1992 als Redner auf. Zu den Veranstaltungen der Wiking-Jugend, insbesondere zu den Pfingstlagern, trafen sich regelmäßig Mitglieder und Anhänger verschiedener rechtsextremistischer Vereinigungen und Parteien.

In den vergangenen Jahren wurden von Mitgliedern des Trägervereins große Anstrengungen unternommen, die Gebäude eines ehemaligen Kinderheimes, zu renovieren und instand zu setzen. Offenkundig wird damit das Ziel verfolgt, die Aufnahmekapazität zu vergrößern und weitere Gruppen für Veranstaltungen in Hetendorf zu gewinnen.

Neue Aktions- und Strukturmodelle bei Neonazis

Neonazis arbeiten unter dem Druck der staatlichen Abwehr- und Bekämpfungsmaßnahmen (Organisationsverbote, Parteiverbotsanträge, Strafurteile) am Aufbau neuer informeller Strukturen. Sie versuchen, die aus Gruppen- und Führungsegoismen resultierenden Rivalitäten zurückzustellen und organisationsübergreifend zu agieren.

Die Gründung neuer verbotsbedrohter Organisationen soll vermieden werden. Stattdessen propagieren Neonazis lockere Strukturen der Vernetzung von Gesinnungsgenossen. Sie lehnen sich dabei an Aktions- und Strukturmodelle der Linksextremisten an. Neonazis sprechen vom Aufbau „autonomer Strukturen“ und „autonomer Zellen“. Teilweise bezeichnen sie sich als „Nationale Autonome“. Ein „Autonomer Koordinierungskreis“ war z.B. an den Vorbereitungen für die – von den Sicherheitsbehörden verhin-derten – Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen beteiligt.

Neonazis streben den Aufbau informeller Gruppen an, d.h. den Zusammenschluß von Rechtsextremisten

ohne formale Mitgliedschaft und Vorstand, gegründet und angeleitet von regional anerkannten Führungsfiguren, die untereinander in Kontakt stehen („institutionalisierte Führungstreffen“). Nicht die völlige Auflösung organisatorischer Strukturierung ist das Ziel. Gefordert wird eine Neuzusammensetzung der Szene, die verbotsfähige überregionale Strukturen zu vermeiden bzw. zu verschleiern sucht. Diese aktionsgebundene, weitgehend organisationsunabhängige Politikform soll durch informationelle Vernetzung, Verflechtung und lose gruppenübergreifende Zusammensetzung geschaffen werden. Die bewußte Reduzierung organisatorischer Strukturen soll durch Informationsnetze kompensiert werden. Der Einsatz moderner Kommunikationsmittel (Mobiltelefone, Funkgeräte, Mailboxen und Infotelefone) soll die Zusammenarbeit sicherstellen. Eine kurzfristige Mobilisierung der Szene soll über Telefonketten erfolgen.

Ein Beispiel für die neuen organisationsübergreifenden Zusammenhänge ist die „Anti-Antifa-Arbeit“. Sie ist ein wichtiger Teil dieser tiefgreifenden organisatorischen Neuorientierung und hat eine Schrittmacher-Funktion für die weitere Zusammenarbeit der Neonazis. Weitere Aktionseinheiten werden durch eine Anti-Justiz-Kampagne sowie durch Demonstrationen und Kundgebungen hergestellt. „Autonome“ Stützpunkte an Stelle tradierter Organisationsformen wurden von der – offiziell aufgelösten – „Direkten Aktion/Mitteldeutschland“ (JF) und dem nordrhein-westfälischen Landesverband der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) geschaffen.

Auch der Neonazi Meinolf SCHÖNBORN strebt eine Reorganisierung seiner verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) durch eine Vielzahl von Kleinstgruppen nach dem Zellenprinzip an.

Die Zielvorstellung der neuen Strategie hat der Hamburger Neonazi Christian WORCH wie folgt formuliert:

„100 Gruppierungen, die zumindest einmal im Jahr bei einer Gelegenheit an einem Strang ziehen. Und das ist eine politische Macht, die läßt sich dann nur noch mit Panzerkraftwagen aufhalten.“

Nutzung moderner Kommunikationsmittel durch Rechtsextremisten

Mit der Weiterentwicklung der elektronischen Informationstechnik sind auch für Rechtsextremisten neue Möglichkeiten der Strukturierung und informationellen Vernetzung entstanden. Die Nutzung moderner Kommunikationsmittel, wie Info-Telefone, Mobil-Telefone, Funkgeräte, Faxgeräte und Mailboxen ermöglicht eine schnelle und zielgerichtete Verbreitung aller Informationen. Das steigert die Gefährlichkeit des rechtsextremistischen Personenkreises, der dadurch die Szene kurzfristig mobilisieren, größere Aktionen steuern und auf Maßnahmen der Sicherheitsbehörden flexibel reagieren kann. Es ist deshalb davon auszugehen, daß der Rechtsextremismus für die Zukunft eine weitere Verdichtung der Vernetzung anstreben wird.

*Mailboxen *)*

Derzeit versucht ein organisationsübergreifender Personenkreis ein „dezentrales Netz für nationale Datenfernübertragung“ aufzubauen. So entstand im März 1993 unter dem Namen „Deutsches National-Netz“ eine dem „rechten Spektrum“ zuzurechnende bundesdeutsche Mailbox-Szene, die sich zwischenzeitlich in „Thule-Netz“ umbenannt hat. Die Gründer des „Thule-Netzes“ fühlen sich mit den Ideen der sog. „Neuen Rechten“, bei der es sich in der Regel um intellektuelle Zirkel handelt, die sich an der „konservativen Revolution“ der Weimarer Republik orientieren, verbunden.

Über das „Thule-Netz“ sollen folgende Ziele und Aufgaben verwirklicht werden:

- Schaffung einer Gegenöffentlichkeit,
- Herstellung und Verfestigung der Kontakte zwischen nationalen Gruppen,
- Entwicklung einer Datenbank mit Informationen für nationale Aktivisten,
- Bereitstellung eines nicht oder nur mit erheblichem technischen Aufwand auszuspähenden Kommunikationssystems, um so den „Verfolgungsdruck durch das System“ zu mindern.

*) Es handelt sich hierbei um Computer, die – über das Telefonnetz verbunden – wie Briefkästen funktionieren. Mittels eines Personalcomputers und eines besonderen Zusatzgerätes (Modem) sind die Mailboxen rund um die Uhr ansteuerbar; die dort gespeicherten Informationen können gelesen werden und der Benutzer kann selbst Nachrichten eingeben.

Mittlerweile haben sich dem „Thule-Netz“ insgesamt 11 Mailboxen angeschlossen.

Am 24. Oktober hat sich die „nördlichste Mailbox im Thule-Netz – Werwolf BBS“ (BBS steht für „Bulletin Board System“) mit Sitz in Hameln vorgestellt. Die „Werwolf BBS“ ist die erste Box in Niedersachsen; sie bezeichnet sich selbst als „politische Mailbox der nationalen Opposition in Niedersachsen-Weserbergland“.

Info-Telefone

Die Einrichtung „Nationaler Info-Telefon“ (NIT) wird von Rechtsextremisten – in Anlehnung an die im linksextremistischen autonomen Spektrum bereits seit längerem betriebenen Info-Telefone – zur Informationsbündelung und Koordinierung von Veranstaltungen genutzt. Der Betrieb eines solchen Info-Telefons wurde erstmals im November 1992 bekannt. Damals hatte der Neonazi und Aktivist der verbotenen „Deutschen Alternative“ (DA), Stefan CUMIC (23), ein NIT in Wiesbaden installiert, das inzwischen nicht mehr aktiv ist.

Bei den Info-Telefonen werden den Anrufern über Anrufbeantworter kurzfristig aktuelle Meldungen zugänglich gemacht. Insbesondere werden Veranstaltungshinweise aus dem gesamten „nationalen Lager“, Informationen über Exekutivmaßnahmen und Hinweise auf mögliche Aktionen politischer Gegner verbreitet. Auch besteht die Gelegenheit, selbst Informationen auf Band zu sprechen.

Auch dem Einsatz der NIT kommt eine erhebliche Bedeutung bei der Koordination von größeren Veranstaltungen des rechtsextremistischen Lagers zu. So wurde bei den alljährlich Mitte August von Rechtsextremisten durchgeführten „Rudolf-Hess-Gedenkveranstaltungen“ über die NIT im Vorfeld zur Teilnahme aufgerufen. Dabei kamen 1994 auch zwei Telefone in den Niederlanden als Ausweichnummern der NIT Rheinland und Schleswig-Holstein zum Einsatz. Anschlußinhaber eines dieser Telefone ist ein niederländischer Neonazi.

Die Betreiber der NIT sind sich durchaus bewußt, daß der politische Gegner – womit sowohl das linke Spektrum als auch staatliche Stellen gemeint sind – die Informationen ebenfalls ohne Aufwand abrufen kann. Daher werden neben den NIT zunehmend weitere moderne Kommunikationsmittel zur logistischen Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen genutzt (Mobilfunk, mobile Telefone, Mailboxen).

Die Betreiber der NIT sind bemüht, die Ansagetexte so zu formulieren, daß die rechtsextremistische Grundeinstellung zwar erkennbar ist, jedoch möglichst kein Anlaß für eine strafrechtliche Verfolgung geboten wird. Dennoch wurden in der Vergangenheit wiederholt Info-Telefone – zum Teil nur vorübergehend – stillgelegt, da Passagen der Ansagetexte gegen strafrechtliche Bestimmungen verstießen. So kam es am 25. März beim NIT Hamburg zu einer Hausdurchsuchung wegen Verstoßes gegen § 186 StGB. Der Verdacht gründete sich auf den Ansagetext vom 22. März, in dem zu dem Spielberg-Film „Schindlers Liste“ Stellung bezogen wurde:

„Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Hollywood-Seifenoper des Juden Steven Spielberg ‚Schindlers Liste‘ mit Oscar-Auszeichnungen überhäuft worden. Ein Film von Spielberg erhält grundsätzlich einen Oscar, richtet er sich gegen Nazi-Deutschland, kommen weitere dazu, und hält er den Auschwitz-Mythos am Leben, wird er mit sieben Oscars zum Film des Jahres. In Deutschland haben trotz Medienpropaganda erst 300.000 Manipulierte den Film gesehen. Vor allem viele Schulkinder wurden gezwungen, das Machwerk anzuschauen. Zum Vergleich ‚Otto, der Film‘ kam auf drei Millionen Besucher.“

Der Anrufbeantworter, schriftliche Unterlagen, ein PC sowie Disketten wurden beschlagnahmt. Die nächste Ansage erfolgte jedoch bereits am 28. März *).

Die Betreiber der neonazistischen NIT sind zum Teil Angehörige der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). Die Ansagetexte einiger NIT weisen identische Grundinformationen – ergänzt um regionale Themen – auf; daran zeigt sich eine Koordinierung.

**) Am 1. Februar 1995 wurden zwei Betreiber des Info-Telefons von dem Vorwurf der Verleumdung, Volksverhetzung sowie der Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener freigesprochen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.*

Derzeit existieren „Nationale Info-Telefone“: in Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland (Düsseldorf), Schwaben (Gundelfingen/Bayern), Franken (Pommersfelden/Bayern).

Der Betreiber des NIT Schleswig-Holstein, André GÖRTZ, ein ehemaliger Aktivist der FAP in Hamburg, übt innerhalb der NIT eine koordinierende Funktion aus.

Im neonazistischen Bereich werden darüber hinaus von der „Nationalen Liste“ (NL) in Hamburg (nur Möglichkeit der Nachrichtenhinterlassung auf Band) und der „Internationalen Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (IHV e.V.) in Ludwigshafen Info-Telefone betrieben, die sich nicht als „Nationale-Info-Telefone“ bezeichnen. Außerdem betreibt in Frankfurt/M. die der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) nahestehende „Freie Wählergemeinschaft Frankfurt“ (FWF) ebenfalls ein Info-Telefon. Im Bereich der Partei „Die Republikaner“ (REP) wurden insgesamt fünf Info-Telefone in Berlin, Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz), Düsseldorf, Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) und Stuttgart bekannt.

Das Einschreiten gegen den Mißbrauch moderner Kommunikationsmittel stellt die Sicherheitsbehörden vor erhebliche Schwierigkeiten. Während Info-Telefone bereits wegen des Verdachts der Volksverhetzung sowie der Aufstachelung zum Rassenhaß wiederholt stillgelegt worden sind, stößt die strafrechtliche Verfolgung eines Mailbox-Betreibers nicht zuletzt auf Schwierigkeiten des Nachweises, daß der Text, der Strafgesetze verletzt, auch von ihm selbst und nicht von

außen in die Mailbox eingestellt worden ist. Erstmals wurden im Oktober gegen rechtsextremistische Betreiber von Mailboxen in Hessen und Baden-Württemberg Exekutivmaßnahmen eingeleitet. Alle drei betroffenen Mailboxen waren dem „Thule-Netz“ angeschlossen.

Verlage und Zeitschriften

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 15 organisationsunabhängige Buchverlage und Vertriebsdienste, die mit rechtsextremistischer Literatur und sonstigen Publikationen in Erscheinung treten. In Niedersachsen ist bedeutend der „Verlag und Buchdienst – Versandantiquariat Wissenschaft und Unterhaltung Berg“, der seinen Sitz in Toppenstedt bei Winsen/Luhe hat. Der Verlag ist seit 1970 bekannt. Er wirbt in seinem Katalog für NS-Literatur wie z.B. Hitlers „Mein Kampf“ und zahlreiche rechtsextremistische Bücher. Darunter befinden sich u.a. „Der erzwungene Krieg“ von David L. HOGGAN und das von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indizierte Werk „Adolf Hitler und das Dritte Reich“ von Erich KERN.

Der „Buchdienst Göttingen“ mit Sitz in Preußisch Oldendorf (Nordrhein-Westfalen) verbreitet Werke, die die nationalsozialistische Kriegsführung und die SS verherrlichen. Daneben werden „Historische Ton- und Filmdokumente zur Zeitgeschichte“ wie z.B. „Einigkeit und Recht und Freiheit – Hitlers Antwort an Roosevelt“ und „Josef Goebbels: Die vollständige Rede vom 28. Februar 1945“ angeboten.

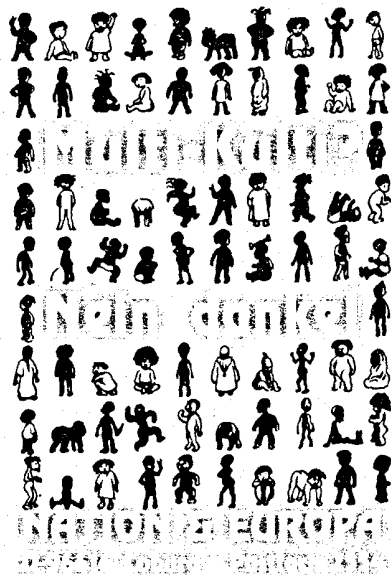
Zwei Motive, mit denen Sie Flagge zeigen können! Je zweifarbiger Druck auf weißem Papier. Klebt überall bombenstark! Unsere Mitmachpreise:

je
1 Muster: gratis
10 Stck. 2,50
50 Stck. 11,50
100 Stck. 22,-
500 Stck. 100,-
1000 Stck. 185,-
ca. 75 X 105 mm
groß, wasser-
abstoßend.

**WER ZU SPÄT KLEBT,
DEN BESTRAFT DAS LEBEN!**

MOTIV 1:
"Wir schämen
uns NICHT,
deutsch zu sein!"

1



**Wir
schämen uns**

NICHT!

**deutsch
zu sein!**

NATION & EUROPA

VERLAG GMBH

PF. 2554 · 96414 COBURG

2

MOTIV 2:
"Multi-Kulti?
Nein Danke!"

**JETZT KLEBEN!
SOFORT BESTELLEN!**

BESTELLEN BEI:

**NATION EUROPA
VERLAG GMBH
POSTFACH 2554
96414 COBURG**

Die Zahl organisationsunabhängiger Zeitschriftenverlage, die rechtsextremistische Publikationen herausgeben, liegt auf Bundesebene bei 18. Nennenswert sind der „Verlag Diagnosen“, der „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur“, der „Nation Europa-Verlag“ und der Eigenverlag des Manfred ROUHS.

Seit Dezember wird in Niedersachsen eine neue rechtsextremistische Zeitschrift mit dem Titel „Aufbruch“ im Raum Hildesheim herausgegeben. Nach eigenen Angaben beträgt ihre Auflagenhöhe 10.000 Exemplare. Sie wird von Tschechien aus in die Bundesrepublik vertrieben. Herausgeber ist ein bekannter Rechtsextremist. In dem Editorial zur 1. Ausgabe heißt es:

„Verbote, Meinungseinschränkungen sowie drakonische Strafen sind keine Lösung zur Bekämpfung von sogenannten Extremisten. Staaten, die keine Ordnung, kein Vertrauen und keine Geborgenheit geben, können nur Macht ausüben, die auf Gewehren beruht und auf Lügen aufbaut. Niemals aber wird ein solcher Staat das Herz seines Volkes gewinnen oder gar behalten. Gerade weil der freiheitsliebende deutsche Mensch seine Heimat findet im völkischen Staat der sozialen Gerechtigkeit, wird er sich nicht identifizieren oder aussprechen können für eine fremde Rechtsverfassung oder faschistoide Strukturen.“

Internationaler rechtsextremistischer Revisionismus

Ein fester Bestandteil rechtsextremistischer Agitation ist der Versuch, die Geschichte des NS-Regimes und des Zweiten Weltkrieges umzudeuten und zugunsten des Nationalsozialismus zu

korrigieren. Eine zentrale Bedeutung hat dabei die Leugnung der systematische Ermordung europäischer Juden in deutschen Konzentrationslagern während des Zweiten Weltkrieges. Die Versuche, das Bild der jüngsten deutschen Geschichte zu revidieren, werden von rechten Ideologen wie David IRVING (Großbritannien), Ernst ZÜNDEL (Kanada) und Fred A. LEUCHTER (USA) als Revisionismus bezeichnet.

Der Revisionismus ist in den letzten Jahren immer stärker in das Zentrum rechtsextremistischer Agitation gerückt und inzwischen zu einem den gesamten Rechtsextremismus verbindenden Agitationsthema geworden.

Zur revisionistischen Bewegung gehören regelmäßig erscheinende NS-Agitationsschriften in deutscher Sprache, die aus dem Ausland auch nach Niedersachsen eingeführt werden. Hierbei handelt es sich u.a. um die Vierteljahresschrift „Die Bauernschaft“, die der in Dänemark lebende Thies CHRISTOPHERSEN bisher herausgegeben hat, und um die „Germania“-Rundbriefe des in Kanada lebenden Ernst ZÜNDEL.

In seinem „Germania“-Rundbrief Nr. 182 vom 26. Mai initiierte ZÜNDEL erneut eine Kampagne gegen die Erweiterung der Paragraphen 130 (Volksverhetzung) und 131 (Verherrlichung von Gewalt, Aufstachelung zum Rassenhaß) des Strafgesetzbuches. Diese Erweiterung, durch die das Bestreiten der massenhaften Ermordung europäischer Juden in deutschen Konzentrationslagern strafbar wurde, ist auch von der niedersächsischen Landesregierung initiiert worden.

Unter der Überschrift „Die Diktatur der Umerzieher durch die Umerzogenen! Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ führte ZÜNDEL aus: „Das „Rumpfdeutsche Parlament“ hat laut kanadischen Radiosendungen und Presseberichten am 20. Mai einstimmig für ein besonders brutales und repressives Anti-Revisionsstengengesetz in Deutschland gestimmt, das Schriftsteller, Bürger und Historiker zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, wenn sie den Massenmord an Juden in Auschwitz und anderswo in Frage stellen, auch wenn diese Kritik auf unumstößlichen wissenschaftlichen Untersuchungen aufbauen sollte“.

Weiter heißt es: „Man sagt mir, der Bundesrat könne vielleicht in letzter Minute doch noch dieses Gesetz stoppen, deshalb werde ich meinen Freundeskreis bitten, noch einmal alle Bundesratsmitglieder anschreiben! ... Alle sollten an die Mitglieder des Bundesrates schreiben. Alle – auch diejenigen, die mich nicht mögen, oder aus anderen Gründen mir gegenüber feindlich gesinnt sind! Ihr müßt Euch dessen bewußt sein oder endlich bewußt werden! Nur durch die Negierung der Feindespropaganda über Auschwitz kann sich unser Volk befreien und vor der Welt rehabilitieren!“

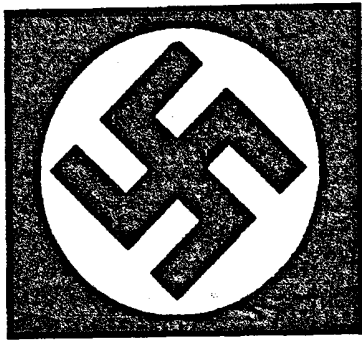
Sowohl der Niedersächsische Ministerpräsident als auch andere Mitglieder der Landesregierung erhielten im Rahmen einer bundesweiten Kampagne daraufhin zahlreiche Schmähbriefe von Rechtsextremisten aus aller Welt.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO), die sich selbst als „größte nationalsozialistische Untergrundorganisation im heutigen Deutschland“ bezeichnet, „kämpft entschlossen gegen das NS-Verbot“ und „strebt die Zulassung der NSDAP als eine wahlberechtigte Partei in Deutschland und in der Ostmark an“.

Das neonazistische Propagandamaterial wird in den USA straffrei von Gary Rex LAUCK hergestellt und geht von der „Auslandszentrale“ in Lincoln/Nebraska den oft nur aus einer Person bestehenden Stützpunkten der NSDAP/AO im Bundesgebiet zu. Diese sorgen für die Weiterverbreitung. In der alle zwei Monate von Garry Rex LAUCK herausgegebenen Zeitschrift „NS-Kampfzettel“ werden u.a. antisemitische und fremdenfeindliche Artikel veröffentlicht. Als Endziel der NSDAP/AO wird dabei die „Schaffung eines nationalsozialistischen Staates in einem freien, souveränen und neuvereinigten Großdeutschen Reich und die Errichtung einer Neuen Ordnung auf einer rassistischen Grundlage in der ganzen arischen Welt“ propagiert.

Die NSDAP/AO ist nicht nur in den USA und in Deutschland tätig. Der „NS-Kampfzettel“ wird auch in englischer, ungarischer und schwedischer Sprache herausgegeben. Das unregelmäßig erscheinende „NS-Nachrichtenblatt“ wird publiziert in französischer, holländischer, italienischer, spanischer und portugiesischer Sprache.



**KAMPF DEN
JEDENPARTEIEN
KPD SPD CDU
CSU FDP**

Im Oktober setzte sich LAUCK in seinem „NS-Kampfzettel“ Nr. 109 erneut mit der Frage auseinander, ob der bewaffnete Kampf ein geeignetes Mittel sei, um die politischen Ziele seiner Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen. Er distanzierte sich nicht grundsätzlich von der Überlegung, einen Umsturz mit Waffengewalt zu erzwingen, sondern wies lediglich auf die geringe Erfolgsaussicht hin.

Als wirkungsvollere Möglichkeit, „die Entfremdung zwischen dem Volk und dem Bonner Regime zu fördern“, sieht er die „massenhafte Überschwemmung“ Deutschlands mit nationalsozialistischem Propagandamaterial an. Dabei empfiehlt er, zu einer neuen Taktik überzugehen und „gerade die rabiatesten Verteidiger des Bonner Besatzungsregimes“ mit diesen „Kampfmitteln anzugreifen“. Insbesondere sollten Politiker, Staatsanwälte und Polizisten, die sich bei der

Bekämpfung neonazistischer Aktivitäten besonders hervorgetan hätten, mittels überregional agierender Aktivisten in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich, aber auch in ihrer engsten Umgebung massiv mit Propagandamaterial konfrontiert werden.

Die auch 1994 in Niedersachsen festgestellten Hakenkreuzaufkleber der NSDAP/AO enthielten Aufschriften wie „Rotfront verrecke“, „Wir sind wieder da“, „Kauft nicht bei Juden“ oder „Jetzt NSDAP“.

Am 23. März 1995 wurde eine unter maßgeblicher Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörden vorbereitete Exekutivmaßnahme gegen Besteller und Verteiler von NSDAP-AO-Propagandamaterialien durchgeführt. Im Rahmen eines von der Staatsanwaltschaft Hamburg gegen den Neonazi LAUCK und andere geführte Ermittlungsverfahrens durchsuchten Polizeibeamte des Bundes und der Länder 84 Objekte in 15 Bundesländern, darunter vier in Niedersachsen. Umfangreiches rechtsextremistisches Schriftgut und neonazistisches Propagandamaterial wurden sichergestellt.

LAUCK selbst war am 20. März 1995 in Dänemark verhaftet worden. Seine Festnahme erfolgte aufgrund eines internationalen Haftbefehls und eines von der Staatsanwaltschaft Hamburg gestellten Auslieferungsersuchens.

Gesamtdeutscher Arbeitskreis (GAK) Hann. Münden

Der GAK Hann.-Münden ist ein Zusammenschluß von etwa 20 jungen Rechtsextremisten, die den GAK als „Forum der rechten Bewegung“ verstehen.

Er trat erstmals 1988 in Erscheinung. Der GAK hat den Charakter eines „rechten Sammlungskreises“, der Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen wie NPD und DVU sowie u.a. zu dem FAP-Vorsitzenden HEISE unterhält. Zu Veranstaltungen des Arbeitskreises werden Referenten aus dem rechtsextremistischen Lager eingeladen.

Neben internen Veranstaltungen erstreckten sich die Aktivitäten des GAK 1994 auf gelegentliches Verteilen von Propagandamaterialien der rechten Szene und Kranzniederlegungen sowie auf Teilnahme an Sommer- und Wintersonnenwendfeiern rechtsextremistischer Gruppierungen.

GAK-Mitglieder unterhielten persönliche Kontakte zu dem am 22. Januar 1992 nach Österreich abgeschobenen ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden Niedersachsens Karl POLACEK.

Der Stahlhelm e.V., Ortsgruppe Jork

Die seit 1983 bestehende und rund 20 Mitglieder umfassende Ortsgruppe Jork des Stahlhelm e.V. veranstaltete 1994 eine Kranzniederlegung am 13. November in der Ortschaft Jork. Daran nahmen 35 Personen teil. Reichskriegsflagge und Reichsflagge wurden zur Schau gestellt.


Andere Veranstaltungen wie die regelmäßigen Kameradschaftsabende, gelegentliche Biwaks, Nachtmärsche blieben von der Öffentlichkeit un bemerkt.

Der Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten wurde 1918 in Magdeburg als Vereinigung von Teilnehmern des Ersten Weltkrieges gegründet. Nach einer vorübergehenden Auflösung erfolgte 1951 eine Neugründung. In seiner Zeitschrift „Der Frontsoldat“ wird in rassistischer Weise gegen Ausländer agitiert.

DEUTSCHE !!

Fordert Volksabstimmung!

Der Deutsche Osten
WAR IST
und BLEIBT
DEUTSCH!



Niemals Verzichten

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Die seit 1991 bestehende Deutsche Liga für Volk und Heimat versuchte auch 1994 vergeblich, zu einer Sammlungsbewegung für Rechtsextremisten in Deutschland zu werden. Der Mitgliederstand stagnierte bei 900, darunter etwa 50 in Niedersachsen.

Die DLVH betreibt ihre Agitation mit der Monatszeitschrift „Nation und Europa – Deutsche Rundschau“ und in Norddeutschland mit der Publikation „DIE NORDLICHTER“ auf der Basis nationalistischer, rassistischer und völkisch-kollektivistischer Vorstellungen.

Im Mittelpunkt der DLVH-Propaganda steht die Ausländerpolitik. Sie agitiert gegen Ausländer, vor allem gegen Asylbewerber. In der Deutschen Rundschau heißt es:

„Jedes Volk hat seine eigene ökologische Nische auf seinem angestammten Siedlungsraum bezogen, aus dem es ohne Schaden nicht ent-

weichen und in welchem ohne Schaden für die eigene Substanz fremde nicht eindringen dürfen ... Gegenwärtig erfährt die Überflutung Deutschlands durch Raum- und Volksfremde ihre absurde Steigerung ins Unkontrollierbare durch sogenannte 'Asylanten' (Deutsche Rundschau 5/93).

In einem bundesweit verbreiteten Flugblatt wird unter der Überschrift „Inländer-Feindlichkeit“ behauptet:

„Fortwährend beschimpfen Politiker und Medien die Deutschen als Ausländerfeinde, als ein Volk von Rassisten und Schlägetots. Dies ist unwahr und infam. Richtig ist vielmehr: Wer nichts dagegen unternimmt, daß 240.000 Asylbewerber innerhalb eines einzigen Jahres nach Deutschland kommen, macht sich mitschuldig an sozialer Unruhe, an Krawallen und Überfremdung. Mit pauschalen Schuldzuweisungen an die einheimische Bevölkerung ist niemandem gedient. Werden sie aktiv! Bleiben sie nicht ruhig, wenn sie Zeuge inländerfeindlicher Aktionen werden!“

Die DLVH beteiligt sich auch an der vorwiegend von Neonazis betriebenen Anti-Antifa-Arbeit. In Niedersachsen unterhält sie Kontakte zu Neonazis verschiedener Organisationen. In der April-Ausgabe der „Nordlichter“ wird vor einem „berüchtigten Denunziations-Journalisten“ gewarnt, den „das Netzwerk der Deutschen Rechten ... geortet“ habe. Dieser „Schmierfink“ sei jetzt „im Visier der Anti-Antifa“.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Den ältesten noch bestehenden Teil des deutschen Rechtsextremismus bilden die sich selbst nationaldemokratisch nennenden Organisationen: Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) und deren Studentenorganisation „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB). Obwohl die Wurzeln der Nationaldemokraten bis zu Vorgängerorganisationen in die Zeit kurz nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs zurückgehen und an der Gründung der Partei NPD im Jahre 1964 ehemalige Nationalsozialisten beteiligt waren, berufen sich die Nationaldemokraten ideologisch nicht auf den Nationalsozialismus. Allerdings verharmlosen sie dessen Verbrechen. Sie vertreten einen Staatsbegriff, der sich auf eine rassistisch geprägte Volkstumsideologie gründet. Konstitutiv ist ferner die Weigerung, die historisch-politischen Gegebenheiten nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs anzuerkennen.

Nach Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts darf die NPD als „eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung, als rechtsextrem, als Feindin der Freiheit und als Gefahr für die freiheitliche Grundordnung“ bezeichnet werden. Diese verfassungsfeindliche Zielsetzung wird deutlich an Äußerungen des NPD-Landesgeschäftsführers in Niedersachsen, der im Hinblick auf die Bundesrepublik erklärte: „Das System kann nicht ‚verbessern‘, es muß abgelöst werden! Die

Die Patrioten müssen die Zeichen der Zeit erkennen:

Jetzt: „BÜNDNIS DEUTSCHLAND“!

München - plätsche Die seit der Teilwiedervereinigung verstärkte staatliche und mediale Verleumdung rechter Parteien in Deutschland, die ungeheuerlich florierenden, verbrecherischen Machenschaften bundesdeutscher und ausländischer Geheimdienste, etwa mit dem Ziel, „rechte Gewalt“ zu provozieren oder vorzutäuschen, die ständigen, staatlich organisierten Verfolgungsmaßnahmen und Rechtsbrüche gegen national denkende Bürger etc. machen überaus deutlich, daß die politischen Machthaber in Deutschland nicht wägen und auch nicht fähig sind, eine gemäßigte und systemkonforme, bürgerlich orientierte rechte Opposition überhaupt zu dulden, geschweige denn, die Einbindung einer solchen Opposition in das vorhandene Parteiengescheße zu unterstützen.

Kriminalisierungs-kampagne:

Erst die NPD, dann die REP, dann ...

Wenn die 30-jährigen Erfahrungen der NPD nicht genügen, um diesen Sachverhalt zu erkennen, der schau auf Franz Schönhubers Republikaner, die im Vorfeld der letzten Wahlen einer beispiellosen Hetze und einer nur noch als kriminel zu bezeichnenden staatlichen Verleumdungs- und Terrorkampagne ausgesetzt waren. Das Ziel der Machthaber in Deutschland ist ganz offensichtlich die Vernichtung dieser gesunden bürgerlich-konservativen Partei, ein Ziel, das durch die systematische Fortsetzung des Terrors gegen Funktionäre und Mandatsträger der Partei ohne Zweifel auch erreicht werden wird. Denn letztere sind in ihre großen Mehrzahl normale, politisch engagierte Bürger, aber keine Revolutionäre und sicher auch keine geeigneten Märtyrer. Die Machthaber wissen, daß diese Leute einer mit staatlichen Mitteln betriebenen, kriminellen, Ausgrenzungs- und Vernichtungsstrategie nicht gewachsen sind. Was sie jedoch nicht zu wissen scheinen, ist die Tatsache, daß eine solche Strategie letztlich weit mehr als einen politischen

Gegner vernichtet, nämlich den sozialen und gesellschaftlichen Konsens und die Bereitschaft, existentielle Anliegen der Staatsmacht in politische und weltanschauliche Überlegungen miteinzubeziehen.

Ein Staat, der gegen Teile seiner Bevölkerung eine Vernichtungspolitik betreibt, betreibt auf längere Sicht auch seine eigene Zerstörung.

Die Folgerungen für die nationale Opposition

Da die Machthaber eine deutsch-nationale, bürgerlich-konservative, Wahlpartei mit allen verfügbaren, auch kriminellen und verfassungswidrigen Mitteln zu verhindern entschlossen sind und dies auch wieder bewiesen haben, und die, andererseits, die Fortsetzung der gegenwärtigen staatlichen Politik eine Auslöschung des deutschen Volkes und der deutschen Nation binnen zweier Generationen zur Folge haben muß, sind die nationalen Kräfte im deutschen Volk nicht nur legitimiert, sondern geradezu verpflichtet, sich zu einer Fundamentalsoption zur Rettung völkischer und natürlicher Lebensgrundlagen zusammenzuschließen. Was könnten nun die Leitgedanken einer solchen parteienübergreifenden Opposition sein?

- Der Staat existiert nicht aufgrund eines „Gesellschaftsvertrages“ zwischen zufällig zusammengewürfelten „Bürgern“, „Mitbürgern“ oder Wirtschafts- und Kapitalinteressen. Die Legitimationsgrundlage eines jeden deutschen Staates ist vielmehr das deutsche Volk, dessen Sicherung in physischer und geistig-kultureller Hinsicht die vorrangigste staatliche Aufgabe darstellt. Wird diese Aufgabe nicht wahrgenommen, so verliert der Staat seine Existenzberechtigung und jeden Anspruch auf Gefolgsschaft.
- Menschenwürde, Freiheitsrechte und Demokratie sind Funktionen der sozialen, kulturellen

und völkischen Identität und ohne diese auf die Dauer nicht existenzfähig. Deswegen können sie langfristig nur von Staaten gewährleistet werden, die auf intakten völkischen Grundlagen basieren, zu deren Schutz sie errichtet sind. „Multi-Kulti“ dagegen zerstört den inneren Frieden und damit die Grundlage für Menschenwürde und Menschen-

rechte. Die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte bedeuten somit nicht nur eine einseitige Gewährung von Individualrechten, sondern in ebenso hohem Maße eine verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Wahr-

Fortsetzung Seite D

Michel Friedman
Präsidiums-Mitglied im
Zentrirat der Juden in Deutschland
Försterberger Str. 143

60322 Frankfurt/M.

Offener Brief

Herr Friedman!

Sie sind mir in der letzten Zeit mehrmals durch Ihre überhebliche und selbstgefällige Art in der Medienöffentlichkeit sehr unangenehm aufgefallen. Daß Sie sich zum Judentum bekennen, ist Ihr gutes Recht. Ich achte das hoch und erkenne es voll und ganz an. Doch... die Heimat, das Land der Juden ist schon seit Jahrzehnten Israel und nicht Deutschland! Was suchen Sie also noch hier in unserem Land? Sie sind (lt. Focus-Gespräch)...

- In Paris geboren. Also sind Sie, nach derzeit noch gültigem französischem Recht, Franzose;
- Ihre Eltern stammen aus Krakau, Polen (Schindlers Liste?). Also sind Ihre Eltern Juden aus Polen. Hätten sich Ihre Eltern als polnische Juden oder jüdische Polen - was immer man darunter verstehen darf - verstanden, dann wären sie in Polen geblieben und nicht nach Frankreich gegangen.
- Unklar bleibt in besagtem Focus-Gespräch, warum Ihre Eltern mit Ihnen nach Frankfurt gekommen sind.
- Unklar bleibt, wieso und warum Sie einen BRD-Paß beantragt und auch bekommen haben.

Da Sie sich hier, wie es den Anschein hat, nicht wohlfühlen, sich sogar bedroht fühlen, wäre es doch das Natürlichste und Nächste liegende, wenn Sie und Ihre Ihren Ihre Koffer packen und dort hingehen würden, wo sie hingehören.

Nach Israel - Siehe dazu anliegende Ablichtung aus FAZ v. 27.4.93; die Ausführungen Ihres Mit-Juden oder Mit-Israelis Arie L. Karnon, Tel Aviv. Sie können dort (!) Ihre Empörung, Ihre Entrüstung und sonstwas äußern, wobei auch erwarte, daß Sie sich ständig bei den Arabern entschuldigen. Auch Ihre Vorstellung von „Menschenwürde“ u. a. mehr - Siehe Ihre Auslassungen unlängst bei der Runde in der Alten Oper, Frankfurt - können Sie in Ihrem (!) Land voll und ganz ausleben und zu höchster Blüte bringen. Versuchen Sie jedoch künftig uns Deutsche damit! Und... Herr Röhl hatte recht: Sie und Ihresgleichen, die sich ständig ungefragt in alles einmischen, sorgen dafür (Absicht oder Zufall), daß man Sie und Ihresgleichen hiezu und immer weniger mag. Die Alliierten Hochkommissare und Bevormunder und wir, zumindest offiziell, endlich los. Wir wollen nicht, daß diese Herrschaften durch einen „Jüdischen Hochkommissar“ ersetzt werden.

Mit dem Ausdruck der Hochachtung, die ihnen gebührt

gez.: Günter Deckert

Lesen Sie die Antwort auf Seite B: unglaublich

Zerstörung des Systems kann nur von Kräften kommen, die als seine Feinde heranwuchsen." (Niedersachsen-Spiegel, 3/93).

Die Partei, die ihren Höhepunkt 1969 mit etwa 28.000 Mitgliedern hatte und damals nur knapp den Einzug in den Bundestag verfehlte, hat 1994 den vorläufigen Tiefpunkt ihrer Geschichte erreicht. Weiterhin sinkende Mitgliederzahlen, schwere Finanzprobleme und keinerlei Wahlerfolge kennzeichnen die Situation dieser Partei. Ihr gehören Anfang 1995 noch 4.500 Mitglieder an, in Niedersachsen ca. 500.

Bei den Wahlen zum Niedersächsischen Landtag am 13. März erhielt die NPD 9.430 Stimmen = 0,2 Prozent. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 2. Juni entfielen nur noch 5.573 Stimmen auf die Kandidaten der NPD in Niedersachsen. Diese die Partei enttäuschenden und die Mitglieder demotivierenden Wahlergebnisse führten zur Entscheidung des Bundesvorstandes, an der Bundestagswahl nicht teilzunehmen.

Auch im Hinblick auf die Zukunftschancen seiner Partei richtete der Parteivorsitzende DECKERT am 23. September an die Vorsitzenden von DVU und Republikaner einen „Offenen Brief“, in dem ein „Bündnis Deutschland“ vorgeschlagen wird:

*„Sehr geehrter Herr Dr. Frey!
Sehr geehrter Herr Schönhuber!
Auf Grund der neuesten politischen
Entwicklung und ihrer entsprechenden
Rahmenbedingungen, die eine
'Sonderrolle' der Republikaner
überflüssig macht – nun auch im
„Bericht“, Abmahnungen u.a.*

*mehr –, bringen wir erneut und
nunmehr zum dritten Male unsere
Überlegung eines „Bündnisses
Deutschland“ ins Gespräch.
Wir meinen, daß die Zeit dafür nun
reif ist. – Man muß kein Hellseher
sein, um zu der Auffassung zu kommen,
daß die REP am 16. Okt. weniger
Prozente einfahren werden als
1969 die NPD, die auf Grund der
Medienhetze mit 4,3 Prozent scheiterte.*

*Auch wenn uns die derzeitigen
inneren Schwierigkeiten der REP
nicht unbekannt sind, so gehen wir
doch von der Annahme aus, daß der
Vorsitzende Schönhuber noch
immer „Gewicht“ hat.*

*Unabhängig davon betrachten wir
diesen Brief als „Offenen Brief“ und
werden ihn möglichst vielen Personen
in den Reihen von DVU und REP
zugänglich machen, um eine
entsprechende Aussprache einzuleiten
und voranzutreiben.*

*Für eine erste Gesprächsrunde schlagen wir jeweils ein Dreiergremium
aus den drei in Frage kommenden
politikfähigen Gruppen vor. – Über
Termin wie Örtlichkeit wird man
sich sicher schnell klar.*

*Wir sind für jede sinnvolle Überlegung
mit entsprechender Umsetzung
offen und nehmen jede sinnvolle
Anregung auf.*

In Erwartung einer Antwort verbleibe ich

*Mit freundlichen Grüßen
Günter Deckert“*

Zum 30. Jahrestag der Gründung der NPD (28. November 1964 in Hannover) kamen am 26. November 350 NPD-Mitglieder und -Anhänger in Schmiedefeld (Thüringen) zusammen. Bereits 10 Tage vorher trafen sich unter dem Motto: „30 Jahre NPD – Arbeit und Kampf für Deutschland“ 200 NPD-Mitglieder aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen auf dem Anwesen des Heide-Heim e.V. in Hetendorf.

Bundesweites Aufsehen und Proteste im In- und Ausland löste am 22. Juni ein Urteil des Landgerichts Mannheim gegen den NPD-Vorsitzenden DECKERT aus. Er war wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer einjährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung und zur Zahlung einer Geldbuße von 10.000 DM verurteilt worden. DECKERT hatte am 10. November 1991 in Weinheim (Baden-Württemberg) eine Revisionismustagung mit dem US-Amerikaner Fred LEUCHTER veranstaltet und dessen Vortrag, in dem der Referent den Massenmord an Juden in den Gaskammern der Konzentrationslager geleugnet hatte, übersetzt und zustimmend kommentiert.

Nicht das Urteil an sich, sondern die gerichtliche Kennzeichnung des Angeklagten als „charakterstarke Persönlichkeit“, der „seine politische Überzeugung ... mit großem Engagement“ verfechte, löste die Proteste aus. Im Gegensatz dazu äußerten sich Rechtsextremisten im In- und Ausland äußerst zufrieden über die Urteilsbegründung.

Der Bundesgerichtshof hat am 15. Dezember das Urteil im Strafmaß und hinsichtlich der Strafaussetzung zur Bewährung aufgehoben. Die strafmildernden Erwägungen des Landgerichts beanstandete der Bundesgerichtshof u.a. aus folgenden Gründen: Der Massenmord an Juden in den Gaskammern von Konzentrationslagern sei als geschichtliche Tatsache offenkundig. Wenn sich der Angeklagte bei seiner politischen Agitation über historische Wahrheiten hinwegsetze, so sei das nicht geeignet, sein Tun in milderem Licht erscheinen zu lassen. Das Landgericht habe auch bei der von ihm erwogenen „Uneigennützigkeit“ der Tat verkannt, daß das Bestreben des Angeklagten letztlich darauf beruhe, daß er aus politisch motivierter Unbelehrbarkeit von der Tatsache des Massenmordes an Juden nicht Kenntnis nehmen will. Politische Verblendung sei nicht geeignet, strafrechtliche Schuld zu mindern. Am 21. April 1995 verurteilte das Landgericht Karlsruhe DECKERT u.a. wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu zwei Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, verstehen sich als „nationale Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft“, die „nicht Bestandteil des Systems sein will, sondern gegen dieses System kämpft.“ Keine der Zukunftsfragen unseres Volkes, Europas, ja der ganzen Welt könne durch dieses System gelöst werden. Von dem maßgeblichen JN-Funk-

tionär Holger APFEL wurden Kontakte zu neonazistischen Organisationen unterhalten; APFEL ist seit dem 3. September Bundesvorsitzender. Die Abgrenzungsbeschlüsse der „Mutterpartei“ NPD werden insoweit nicht beachtet. Den JN gehören auf Bundesebene ca. 200, in Niedersachsen rd. 45 Mitglieder an *).



Die Ausgabe 2-3/94 des rechtsextremistischen Szene- und Infoblatts „Einheit und Kampf – Stimme des jungen Deutschlands“ **) veröffentlicht im Leitartikel der Redaktion folgende Handlungsperspektiven junger „revolutionärer Nationalisten“:

*) Der Bundesvorsitzende APFEL bestreitet in einem Schreiben an den niedersächsischen Verfassungsschutz öffentliche Berichte, nach denen Mitglieder der verbotenen Wiking-Jugend in seine Organisation eingetreten seien. Die JN sind nach seinen Angaben eine „Kaderorganisation“, in der über Mitgliedschaften erst nach einer halbjährigen Probezeit der Interessenten entschieden wird.

**) Das Blatt war bis Anfang 1994 offizielles Organ des JN-Bundesvorstandes. Holger APFEL ist einer der Redakteure.

„Der Terrorstaat reißt sich die Maske vom Gesicht. Hinter der Fassade von Menschenrechten, Selbstbestimmungsrecht und Wohlstand tritt die Fratze der Unterdrückung und Manipulation in all ihrer Verlogenheit hervor. Demokratische Grundrechte, freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit sind Phrasen“

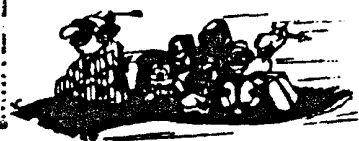
Herkömmliche Aktionsformen würden deshalb wohl der Vergangenheit angehören. Angesichts der Pogromstimmung gegen deutsche Nationalisten sei zur wirkungsvollen Bekämpfung des Establishments und des Systems verstärkt auf spektakuläre, massive und provokative Aktionen überzugehen:

„Wer will uns in Zukunft daran hindern, mittels konspirativ geplanter regionaler Aktionen im überraschenden Moment zuzuschlagen?“

Die Vernetzung der rechtsextremistischen Szene in Europa hat für die JN, die bereits seit langem Kontakte ins westeuropäische Ausland unterhalten, große Bedeutung. So kamen auf einem „Europäischen Kongreß der Jugend“, der von APFEL organisiert worden war und zu dem er eingeladen hatte, am 10. Dezember in Klingenberg (Bayern) 200 Teilnehmer aus Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, Luxemburg und Kroatien zusammen. In der Einladung hieß es:

„Der Kongreß soll deutlich machen, daß der Nationalismus in Europa die Notwendigkeit zur Bildung einer europäisch-nationalistischen Einheitsfront erkannt hat. Die europäischen Nationalisten werden in dieser Front ein gemeinsames Europa der freien Völker erkämpfen. Zusammen muß im politischen Kampf gegen One World-Strukturen, lebensfeindliche Ideologien, die multinationalen Konzerne und kleinkarrierte Chauvinisten vorgegangen werden. Der revolutionäre Wille dazu findet seinen Ausdruck im Kongreßmotto ‚Europas Jugend kämpft für ein Europa freier Völker‘.“

**Wir wünschen unseren
ausländischen Mitbürgern**



**eine gute
Heimreise**



**Junge
Nationaldemokraten**

In einem Rundbrief an alle JN-Mitglieder vom 21. Dezember behauptet APFEL,

„daß wir JN auf dem besten Weg sind, den Kristallisationskern des

jungen, nationalistischen Aufbruchs zu bilden. Daß diese Tatsache den etablierten Systempolitikern und dem Staatsschutz nicht gefällt, ist uns allen klar! Auch in den kommenden Monaten werden wir unseren politischen Kampf kontinuierlich weiterführen und mit Sicherheit nicht vor irgendwelchen Muskelspielereien der Herrschenden ... kriechen“.

Am 4. Juni feierten die JN in Dortmund ihr 25jähriges Bestehen. 140 Personen nahmen teil, darunter auch Vertreter rechtsextremistischer Organisationen aus den Niederlanden und Frankreich.

Deutsche Volksunion (DVU)

Mitgliederstärkster Bereich im deutschen Rechtsextremismus sind die sich selbst „national-freiheitlich“ nennenden Organisationen des Münchener Verlegers Dr. Gerhard FREY. Der von Dr. FREY absolutistisch geführte „national-freiheitliche Gesamtkomplex“ besteht aus dem 1971 gegründeten Verein „Deutsche Volksunion“ (DVU) mit seinen sechs Aktionsgemeinschaften

- Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.),
- Ehrenbund Rudel,
- Aktion Oder-Neiße (AKON),
- Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF),
- Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur und
- Volksbewegung gegen antideutsche Propaganda (VOGA)

sowie der Partei „Deutsche Volksunion“ (DVU), die 1987 unter dem Namen „Deutsche Volksunion – Liste D“ (DVU-Liste D) gegründet wurde. Kraft Satzung sind die Mitglieder des Vereins und der Aktionsgemeinschaft

ten auch Mitglieder der Partei, sofern sie dieses nicht ausdrücklich ablehnen. Die DVU zählt bundesweit rd. 20.000 Personen, in Niedersachsen rd. 2.000 zu ihren Mitgliedern. Der Bundesvorsitzende Dr. FREY spricht selbst von 30.000. Die überwiegende Zahl der Mitglieder ist politisch inaktiv. Das liegt im Interesse FREYs, der sich dadurch nicht innerparteilicher Opposition aussetzt.

FREYs Sprachrohr sind die Zeitungen „Deutsche National-Zeitung“ und „Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger“, die wöchentlich in einer Auflage von rd. 100.000 Exemplaren erscheinen. Fremdenfeindliche Agitation gegen Ausländer, insbesondere gegen Asylbewerber sowie Sinti und Roma, bestimmen die Schlagzeilen. NS-Verbrechen werden systematisch relativiert. Ein in den USA eröffnetes Holocaust-Museum bezeichnete die

DWZ/DA als „Erlebnispark“ des Deutschenhasses. Das „Disneyworld“ des Schreckens vermarkte deutsche Schuld. Seltsamerweise gebe es aber nirgendwo Stätten der Erinnerung an all die ungesühnten Untaten der US-Geschichte.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wird als das Ergebnis einer verfälschten Geschichtsschreibung und einer Umerziehung diskreditiert:

„Bald ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nimmt die systematische Umerziehung des deutschen Volkes ihren Fortgang. Täglich werden neue



Die Republikaner (REP)

Lügen in der Meinungsindustrie ohne jede Rücksicht auf die wahren Gegebenheiten gegen Deutschland aufgetischt unter Konstruktion einer auch alle künftigen Generationen der Deutschen umfassenden ‚Kollektivverantwortung‘. Nach der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden politischen Strafrechtsordnung sind zwar Minderheiten vielfältig geschützt, nicht aber das deutsche Volk, seine Geschichte, seine Soldaten, seine Gefallenen usw., die jedermann nach Belieben straffrei verleumdend und verteufeln kann.“ (DWZ/DA 12/93)

Repräsentanten des demokratischen Staatswesens werden in fast jeder Ausgabe der Zeitschriften verleumdet. Insbesondere der Bundespräsident ist Ziel solcher Attacken („Herzogs doppelte Moral in Israel“).

Enge Verbindungen unterhielt die DVU auch 1994 zur „Liberaldemokratischen Partei Rußlands“ des Wladimir Schirinowskij, den FREY regelmäßig als seinen Freund bezeichnete. Zur Großkundgebung der DVU am 24. September in der Nibelungenhalle in Passau unter dem Motto: „Deutsche und Russen – Freunde für immer!“ wollte Schirinowskij mit einer Delegation nach Deutschland einreisen. Visa für ihn und seine Begleiter wurden verweigert.

In Niedersachsen entwickelte die DVU 1994 nur geringe Aktivitäten. Die Münchener Parteileitung untersagte eine Teilnahme an den Landtagswahlen, da die Landesorganisation offenkundig die notwendige Zahl von Unterstützer-Unterschriften (2.000) für die Landesliste nicht erreicht hätte.

Die REP wurden am 26. November 1983 durch zwei ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete in München gegründet. Nach internen Auseinandersetzungen um die politische Richtung der Partei wurde am 16. Juni 1985 der frühere stellvertretende Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks Franz SCHÖNHUBER zum Parteivorsitzenden gewählt. SCHÖNHUBER verfolgte einen rechtspopulistischen Kurs, bemühte sich dabei zunächst um Abgrenzung zum traditionellen organisierten Rechtsextremismus. Mitglieder des Bundesvorstandes, die eine Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten befürworteten oder selbst eine rechtsextremistische Vergangenheit hatten, mußten die Partei verlassen. Während SCHÖNHUBER die parteiinternen Richtungskämpfe 1990 und in den folgenden Jahren fast unbeschadet überstand, trug seine Kontaktaufnahme zu dem Vorsitzenden der rechtsextremistischen DVU, FREY, wesentlich zu seinem Ende als Parteivorsitzender im Dezember 1994 bei. Das Treffen mit FREY führte die Partei in eine bis dahin nicht bekannte innerparteiliche Krise. Zahlreiche Mitglieder traten aus. Wahlniederlagen führten darüber hinaus bei zahlreichen Anhängern zu Enttäuschungen und Inaktivitäten. Dennoch konnte die Einheit der Partei auf dem Bundesparteitag am 17./18. Dezember in Sindelfingen (Baden-Württemberg) formal bewahrt werden.

Der Mitgliederstand ging von 23 000 im Jahre 1993 auf 20.000 zum Ende des Jahres 1994 zurück. In Niedersachsen hat die Partei ca. 700 Mitglieder.

Beobachtungen durch die Verfassungsschutzbehörden

Das Bundesamt und die Landesbehörden für Verfassungsschutz haben am 15. Dezember 1992 die Voraussetzungen für eine Beobachtung der REP grundsätzlich bejaht. Grundlage dieser Entscheidung waren Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden von Nordrhein-Westfalen und Hamburg, die die Partei bereits seit 1989 bzw. 1990 mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten. Aus diesen Erkenntnissen war nach Ansicht der Verfassungsschutzbehörden eindeutig ersichtlich, daß tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen der REP vorlagen*). Die REP setzten sich zur Wehr und versuchten durch Anrufen der Verwaltungsgerichte in verschiedenen Ländern, so auch in Niedersachsen, die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln durch die Verfassungsschutzbehörden zu verhindern. Das Verwaltungsgericht Hannover untersagte dem niedersächsischen Landesamt am 29. November 1993 die Beobachtung der REP mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Die gerichtlichen Auseinandersetzungen sind im Verfassungsschutzbericht 1993 ausführlich dargestellt worden.

In zweiter Instanz hat das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg am 24.

*) Ausführlich sind die tatsächlichen Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen bei den REP im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 1993 dargestellt worden.

August 1994 die Berufung des Landes Niedersachsen gegen das Urteil des VG Hannover vom 29. November 1993 zurückgewiesen. Auf die vom Land eingelegte Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision hat das Bundesverwaltungsgericht am 9. Januar 1995 den Beschluß wegen eines schwerwiegenden Verfahrensfehlers aufgehoben und den Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Obergerverwaltungsgericht zurückverwiesen. Aufgrund des im Beschwerdeverfahren vorgelegten Materials und der inzwischen erfolgten Änderung des Verfassungsschutzgesetzes ist das Innenministerium davon überzeugt, daß das Obergerverwaltungsgericht nunmehr der Beobachtung der REP mit nachrichtendienstlichen Mitteln zustimmen wird.

Beteiligung an Wahlen

Die REP beteiligten sich in Niedersachsen an der Landtagswahl am 13. März, an der Wahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni und an der Wahl zum Deutschen Bundestag am 16. Oktober. Die Aktivitäten in den Wahlkämpfen waren gering. Zur Landtagswahl fanden zwei Wahlveranstaltungen statt, und zwar am 28. Januar in Salzgitter-Bad und am 11. Februar in Hannover. Bei der Wahl zum niedersächsischen Landtag wurden in 55 von 100 Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt.

Im Landesdurchschnitt erreichte die Partei 3,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. In den Wahlkreisen Celle, Salzgitter-Stadt, Hannover-Land und Hannover-Stadt betrug der Anteil der auf die REP entfallenden Stimmen über fünf Prozent. Bei der Europawahl erreichten die REP in Niedersachsen einen Stimmenanteil von 2,4 Prozent, in den einzelnen Wahlkreisen zwischen 1,1 und 3,6 Prozent.

Wen soll man wählen?

Die Alternative zu den Altparteien ist da!

Vergleichen Sie selbst:

Ergebnisse bisheriger Politik

Ziele der **REPUBLIKANER**

Ausländer- und Asylpolitik

Der innere Frieden ist in Gefahr!

Nach jahrelangem massenhaften Mißbrauch des Asylrechts kommt es in unseren Städten immer häufiger zu multikulturellen bürgerkriegsähnlichen Unruhen. Die in 30 Jahren gewachsene freundschaftliche Verbundenheit zwischen ausländischen und deutschen Arbeitnehmern droht Schaden zu nehmen.

**Es drohen Zustände wie in
Los Angeles oder Sarajevo**

Deutschland muß deutsch bleiben

Wir fordern:

- Begrenzung des Ausländeranteiles an der Gesamtbevölkerung
- Unverzügliche Abschiebung aller unberechtigten Asylbewerber
- Sofortige Ausweisung aller straffällig gewordenen Ausländer
- Keine Doppel-Staatsbürgerschaft

Wer durch Einbürgerung zur Integration bereit ist und sich voll und ganz für Deutschland entscheidet, soll uns willkommen sein. Wer sich einem anderen Volk und einer fremden Kultur stärker verbunden fühlt, verdient unseren Respekt, kann dann aber selbstverständlich nicht alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers für sich in Deutschland einfordern!

Rechts- und Sicherheitspolitik

Die innere Sicherheit ist in Gefahr!

Nach jahrelanger Hinnahme politisch motivierter Gewalttaten, Aufweichung des Strafrechts, Verharmlosung der Ausländer-Kriminalität, bei unzureichenden Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität (Mafia) und den Rauschgifthandel wird unsere personell und technisch unterlegene Polizei im Stich gelassen und zum Prügelknaben politischen Versagens gemacht

Sicherheit durch Recht und Ordnung

- Verschärfung des Strafrechts
- Entschädigung der Opfer
- Wiedergutmachung des durch die Straftat angerichteten Schadens durch Arbeit des abgeurteilten Straftäters
- Personelle und technische Verstärkung der Polizei
- Sofortige Ausweisung aller ausländischen Rauschgift-Händler

Arbeits-, Sozial- und Familienpolitik

Der soziale Frieden ist in Gefahr!

Trotz millionenfacher Arbeitslosigkeit strömen noch immer illegale Arbeitskräfte in unser Land.

Trotz Kinderarmut und drohender Vergreisung unseres Volkes soll jetzt auch noch das ohnehin unzulängliche Kindergeld gekürzt werden.

Deutsche Familien besitzen offenbar keine Lobby!

Deutsche Aufgaben vorrangig lösen

- Arbeitsplätze vorrangig für Deutsche
- Gerechte Entlohnung der Familienarbeit
- Keine materielle und rentenrechtliche Besserstellung der Kinderlosigkeit
- Gleichstellung von Familienarbeit mit sonstiger Erwerbstätigkeit
- Nur bei gesunden Familienstrukturen können die Renten gesichert und der Generationenvertrag erfüllt werden.

Zur Bundestagswahl traten die REP in 23 der 30 Wahlkreise mit Direktkandidaten an. Die Landesliste wurde von dem Landesvorsitzenden angeführt. Ein Prozent der Erststimmen und 1,2 Prozent der Zweitstimmen wurden für die REP abgegeben. Den höchsten Stimmenanteil mit je 1,7 Prozent erreichten die Kandidaten in den Wahlkreisen Hannover-Stadt I und Celle-Uelzen. Die Wahlergebnisse in Niedersachsen waren für die Partei enttäuschend. Insbesondere von der Wahl zum Niedersächsischen Landtag hatte sie sich mehr erhofft. Nicht nur bei den eigenen Anhängern war mit der Möglichkeit eines Einzuges in den Landtag gerechnet worden. Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigte schon die Auswirkungen der innerparteilichen Auseinandersetzungen auf Bundesebene und erste Anzeichen des beginnenden Niederganges.

Kooperationsversuch mit der Deutschen Volksunion (DVU)

Durch eine Pressemitteilung der REP vom 22. August wurde bekannt, daß der Vorsitzende Franz SCHÖNHUBER mit Dr. Gerhard FREY, dem Vorsitzenden der DVU, zusammengetroffen war. SCHÖNHUBER erklärte zwar, daß es ihm nicht um einen Zusammenschluß von REP und DVU gegangen sei, sondern lediglich um „eine Art Waffenstillstand“. Der aus den eigenen Reihen kommenden heftigen Kritik konnte er sich jedoch nicht entziehen. Verschiedene Landesverbände distanzieren sich deutlich von SCHÖNHUBER und dem DVU-Kontakt. Einzelne Funktionäre verließen die Partei, weil sie die Öffnung zum sonstigen Rechtsextremismus nicht mittragen wollten. Der Landesverband Niedersachsen verhielt sich abwartend und unentschlossen.

Nachstehend wird der Wortlaut der erwähnten Pressemitteilung dokumentiert:

„DIE REPUBLIKANER

– Der Bundesvorsitzende –

P R E S S E E R K L Ä R U N G

22.08.1994

Meinungsaustausch zwischen Franz Schönhuber und Dr. Gerhard Frey

Alarmiert durch Nachrichten, daß nun auch die CDU auf die Linie der doppelten Staatsbürgerschaft einschwenkt, das Abstammungsprinzip aufweichen will und somit Deutschland als Land der Deutschen in Frage gestellt wird, trafen die Vorsitzenden der DVU und der Republikaner, Dr. Gerhard Frey und Franz Schönhuber, zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Franz Schönhuber und Dr. Frey wenden sich mit aller Schärfe gegen die zunehmende Kriminalisierung und Terrorisierung der demokratischen Rechten. Sie weisen hierauf gerichtete rechtswidrige Machenschaften, etwa des bayerischen Innenministers Dr. Beckstein sowie der SPD-Innenminister Schnoor und Dr. Birzele, auf das entschiedenste zurück. In einer Zeit, in der Gespräche zwischen Gregor Gysi und Edzard Reuter als normal registriert, Ex-Kommunisten von den Medien hochgepöppelt werden und die rote Volksfront die Bundesrepublik umzukrempeln droht, wollen die beiden Parteivorsitzenden ein Zeichen setzen.

Beide Vorsitzende sind sich darin einig, daß der linken Volksfront eine rechte Abwehrkraft entgegengesetzt werden muß, zu der die CDU/CSU mit Exponenten wie Süßmuth, Geißler, Blüm, Pflüger und Glück weder willens noch in der Lage ist.

Einig waren sich die etablierten Parteien in der Anwendung des Prinzips divide et impera uns gegenüber. Deshalb wollen die beiden Parteivorsitzenden unter Beachtung bestehender und verbindlicher Parteibeschlüsse ihren Parteien empfehlen, Auseinandersetzungen einzustellen und zu einem Verhältnis zu gelangen, das insbesondere bei Wahlen eine Selbstblockade verhindert.

Dr. Frey und Franz Schönhuber verurteilen bedingungslos jede Mißachtung der Rechtsordnung – insbesondere die immer mehr um sich greifende Gewalt – als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Sie warnen weiter vor den auf der sogenannten rechten Szene herumvagabundierenden Kleinstgruppierungen, Ligen und Vereinigungen, die nach bestehenden Erkenntnissen nichts anderes als die trojanischen Esel der sogenannten Verfassungsschutzämter darstellen.

Über die zukünftigen Formen des Verhältnisses der beiden Parteien entscheiden jedoch nicht die Vorsitzenden. Dies ist Sache der jeweiligen Parteibasis und wird bei den kommenden Parteitag zu Diskussion gestellt und entschieden werden.

Wenn es wie jetzt um entscheidende Weichenstellungen für unser Land geht, muß es in Kauf genommen werden, daß die Gegner jeglicher Form den Patriotismus auf diesen Meinungsaustausch mit Unterstellungen und Verdrehungen reagieren werden. Die CSU sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß ihrer früheren Parteispitze

die engen Beziehungen zwischen führenden CSU-Politikern wie dem einstigen Innenminister Dr. Seidl sowie dem Kultusminister Professor Maunz und Dr. Frey durchaus bekannt waren.

*(Franz Schönhuber)
(Dr. Gerhard Frey)“*

Richtungskämpfe

Bis zum Parteitag am 17./18. Dezember entbrannte bei den REP ein innerparteilicher Machtkampf, bei dem es weniger um die politische Richtung als vielmehr um die Führung der Partei ging. Es entstanden zwei Lager, das eine um SCHÖNHUBER, das andere um die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Alexander HAUSMANN und Dr. Rolf SCHLIERER. Die Anhänger SCHÖNHUBERs betrachteten die REP als eine Sammlungsbewegung des gesamten „rechten Lagers“. HAUSMANN und SCHLIERER traten dafür ein, die Partei zu einer rechtskonservativen, bürgerlichen Kraft rechts von der CDU/CSU zu formieren, mit dem Ziel, auch die Wähler der bürgerlichen Mitte zu gewinnen.

Die Stärkeverhältnisse beider Lager blieben bis zum Parteitag unklar. Eine „Nordkonferenz“, an der führende REP-Funktionäre aus Norddeutschland teilnahmen, sprach sich am 3. Dezember in Mellendorf bei Hannover für Alexander HAUSMANN aus. Die Teilnehmer einer Delegiertenkonferenz in Schwann (Württemberg) am 10. Dezember drängten SCHLIERER, für das Amt des Bundesvorsitzenden zu kandidieren.

Bundesparteitag in Sindelfingen

Der Bundesparteitag der REP fand am 17./18. Dezember in Sindelfingen (Baden-Württemberg) mit ca. 600 Delegierten und 200 Gästen statt.

Franz SCHÖNHUBER verzichtete auf eine erneute Kandidatur für das Amt des Bundesvorsitzenden. Er rechtfertigte seine Kontaktaufnahme zu Dr. FREY (DVU) und kritisierte seine Gegner innerhalb der Partei.

Die erwartete Auseinandersetzung zwischen den Flügeln der Partei blieb aus. Ebenso wurde eine Spaltung der REP vermieden. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde Dr. Rolf SCHLIERER gewählt. Auf ihn entfielen 335 von 598 abgegebenen Stimmen. Zu den fünf Stellvertretern des Bundesvorsitzenden wurden die stellvertretenden bzw. Landesvorsitzenden aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt gewählt:

Alexander HAUSMANN, der schärfste Gegner SCHÖNHUBERs, konnte keinen der Stellvertreterposten erlangen. Während SCHLIERER die Partei zu einem Neuanfang als „rechte demokratische Partei“ aufrief, zeigte die Rede des Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt, Dr. Rudolf KRAUSE, starke rechtsextremistische Tendenzen. Insgesamt waren die Delegierten um Geschlossenheit und Harmonie bemüht. Das konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die beiden Strömungen innerhalb der Partei fortbestehen.

Der Landesverband Niedersachsen spielte bei der Besetzung der Ämter auf Bundesebene keine wesentliche Rolle. Ein Mitglied wurde als Beisitzer in den Bundesvorstand, ein weiteres als Beisitzer des Bundesschiedsgerichts gewählt.

Künftige Entwicklung der REP

Der Bundesparteitag hat gezeigt, daß es innerhalb der Partei den Willen gibt, die unterschiedlichen Strömungen zusammenzuführen. Dr. SCHLIERER wird voraussichtlich versuchen,

eine Politik der Abgrenzung gegen das „rechte Lager“ und Hinwendung zur bürgerlichen Mitte zu betreiben. Dr. KRAUSE dagegen gilt als Befürworter der Idee einer „rechten Abwehrfront“ zusammen mit den sonstigen rechtsextremistischen Parteien. Er wird sich nicht einfach dem Bundesvorsitzenden Dr. SCHLIERER unterordnen, zumal er der einzige Vertreter der neuen Bundesländer in der engeren Parteiführung ist. Die bisherigen politischen Positionen Dr. KRAUSEs lassen darauf schließen, daß er die von SCHÖNHUBER geknüpften Kontakte zur DVU fortführt. Der DVU-Vorsitzende FREY veröffentlichte in der „Deutschen National-Zeitung“ einen politischen Nachruf auf SCHÖNHUBER und bezeichnete ihn darin als Opfer des „Putschisten-Trios SCHLIERER, KÄS und HAUSMANN“, die von der „berechtigten Furcht umgetrieben“ werden, „dem Vollblutprofi und Volksredner SCHÖNHUBER“ nicht das Wasser reichen zu können. Gleichzeitig erneuerte FREY sein Angebot, „den schrecklichen rechten Grabenkampf zu beenden“.

Ob es dem neuen Bundesvorsitzenden Dr. SCHLIERER gelingt, die Partei aus der Krise zu führen, wird sich 1995 zeigen. Sollte er bei diesem Versuch keinen Erfolg haben, ist mit der Abspaltung eines Flügels oder dem Austritt einer größeren Anzahl von Mitgliedern der Partei zu rechnen. Eine neue Aufwärtsentwicklung der REP ist gegenwärtig nicht zu erwarten. Unklar bleibt, ob SCHÖNHUBER noch auf die Meinungsbildung in der Partei Einfluß nehmen wird.

Linksextremismus

Überblick

Auch 1994 hielten die verschiedenen dem organisierten Linksextremismus zuzurechnenden Parteien und Organisationen an ihrem Ziel fest, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Sie orientieren sich dabei an unterschiedlichen ideologischen Konzeptionen. Ihre Aktionsformen sind breit gefächert: Sie reichen vom Terroranschlag auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens („sprengsätze dorthin bringen, wo die brd-eliten wohnen/arbeiten“) über Militanz insbesondere beim sogenannten Antifaschismuskampf bis hin zur Teilnahme an Wahlen. Wie Anschläge militanter Gruppen zeigen, ist die Gefährlichkeit der Bestrebungen des Linksterrorismus und dessen terroristischen Umfeldes auch in Niedersachsen hoch einzuschätzen.

Neben den Aktivitäten der linksterroristischen Gruppen und der militanten Autonomen zeichnet sich im sonstigen linksextremistischen Bereich weiterhin durch die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) eine organisatorische Neuorientierung ab. Diese Entwicklung ist geprägt von Bündnisbemühungen sowohl von Teilen der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) als auch u.a. des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) um die PDS. Angesichts der Stagnation und Isolierung dieser Gruppierungen versprechen sich diese Linksextremisten von einem Zusammenwirken mit der PDS bzw. mit bestimmten PDS-Arbeitsgemeinschaften eine neue politische Perspektive. Ausgrenzungsversuche der PDS gegen diese Einflußnahme und Infiltration werden dadurch erheblich erschwert, daß in bestimm-

ten Arbeitsgemeinschaften der PDS wie der „Kommunistischen Plattform in der PDS“ (KPF) linksextremistische Positionen vertreten werden. Die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde beobachtet deshalb die linksextremistischen Bestrebungen insbesondere der DKP und des BWK gegenüber der PDS und prüft anhand offenen Materials u.a. des PDS-Landesverbandes Niedersachsen und seiner Arbeitsgemeinschaften, ob dieses Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen enthält.

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die seit der Deeskalationserklärung des RAF-Kommandobereiches im Jahre 1992 begonnene Diskussion in dieser seit 1970 bestehenden terroristischen Gruppierung, auf deren Konto der Tod von 34 Menschen geht, hat auch 1994 angehalten und zum endgültigen Bruch zwischen den verschiedenen Flügeln der RAF geführt. Zur Zeit sind drei Richtungen der RAF erkennbar:

1. Die sogenannten Hardliner, zu denen die Inhaftierten um Brigitte MOHNHAUPT, Eva HAULE, Adelheid SCHULZ, Helmut POHL, Christian KLAR u.a. zählen, sind nicht bereit, den bewaffneten Kampf und gezielte Mordaktionen zu beenden.
2. Die Celler Inhaftierten Karl-Heinz DELLWO, Lutz TAUFER und Knut FOLKERTS setzen auf eine Neuorientierung revolutionärer Politik und begrüßen ausdrücklich die 92er Erklärung der Kommandoebene.
3. Die Kommandoebene mit Birgit HOGEFELD, die nicht den Hardlinern unter den RAF-Häftlingen angehört.

Auch im engeren Umfeld der RAF, das auf 250 Personen geschätzt wird, haben die Auseinandersetzungen tiefe Spuren hinterlassen, die in der fast 25jährigen Geschichte dieser Terrororganisation einmalig sind.

Trotz des Richtungsstreites in der RAF bleiben die von ihr ausgehenden Gefahren eine zentrale Bedrohung für die Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland.

Erklärung der RAF-Kommandoebene

Umfangreich nimmt die RAF-Kommandoebene in ihrer letzten, 18seitigen Erklärung vom 6. März 1994 zum Scheitern ihres Frontkonzeptes – Errichtung einer antiimperialistischen Front in Westeuropa – und zum bewaffneten Kampf Stellung. Aus diesen Versuchen sei keine relevante Kraft hervorgegangen. Daher hätten sie – die RAF-Mitglieder – von 1989 bis 1992 versucht, mit Diskussionen „neue bezüge zu genossInnen aufzubauen“. Die RAF bedauert, daß sie damit in der „radikalen linken“ nur auf geringe Resonanz gestoßen sei und habe daher im April 1992

„unabhängig von der situation der politischen gefangenen“

ihre „neue politik“ eingeleitet. Deren Ziel sei gewesen,

„einen prozeß in gang zu setzen, aus dem eine konzeption und organisation entwickelt werden kann, die stärker ist, als das, wie der widerstand – die raf inbegriffen – die ganzen letzten jahre vor 92 gewesen ist. (...) alle, die gefange-

nen und wir, hatten zu unserem schritt im april 92 gesagt, daß er von uns aus die verschiebung des gewichts in der auseinandersetzung auf einen politischen prozeß, diskussion und frische luft ... bedeutet, aus dem die Neubestimmung überhaupt erst möglich wird.“

Die Spaltung im RAF-Gefüge durch die Hardliner der RAF-Inhaftierten um Helmut POHL und Brigitte MOHNHAUPT wird von der Kommandoebene bedauert. Trotzdem werde sie nicht akzeptieren, „daß genossInnen im knast weggesperrt werden“.

Der Kampf um die Freiheit der „politischen gefangenen“ sei eine „selbstverständlichkeit für alle, die für eine herrschaftsfreie welt kämpfen“.

Zur Weiterentwicklung ihrer revolutionären Politik mit dem Aufbau einer „sozialen gegenmacht von unten“ erklärt die RAF unter anderem:

„wir brauchen eine emanzipatorische bewegung, die nicht nur dazu in der lage ist, die strategien der herrschenden zu bekämpfen, sondern die darüber hinaus eigene alternativen entwickeln kann, eine gesellschaftliche gegenkraft aufbaut, die aus dem bewußtsein kämpfen kann, der kälte und vernichtung durch das kapitalistische system eigene vorstellungen von menschenwürdigem leben entgegensetzen zu können. eine emanzipatorische bewegung muß die auseinandersetzung um alle unterdrückungsverhältnisse wie klassenwiderspruch, rassismus und sexismus führen, um im kampf zu ihrer aufhebung zu kommen. es

geht um den aufbau einer gegenmacht, die sowohl den willen hat als auch die fähigkeit entwickelt, ihre ziele gegen die macht des kapitals durchzukämpfen. (...) dieser prozeß wird hier nur wirklichkeit werden können, wenn der soziale inhalt in unseren kämpfen identifizierbar wird, ein emanzipatorischer kampf kann nicht nur das ‚gegen‘, die negation transportieren, sondern muß deren neusetzung entwickeln, dem irrsinn des kapitalismus, der barbarei des globalen marktes, der verwertung von mensch und natur muß der soziale sinn der an mensch und natur orientierten gegenentwürfe entgegengestellt werden und so den sozialen sinn revolutionärer kämpfe kenntlich machen.“

Ihre weitere Existenz als Guerilla wollen die Verfasser von der Entwicklung einer revolutionären Bewegung abhängig machen. In diesen Zusammenhang stellt die RAF die künftige Rolle des bewaffneten Kampfes. Der bewaffnete Kampf müsse in die Entwicklung einer „emanzipatorischen bewegung“ eingebunden sein. Damit schließt die RAF die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes nicht völlig aus. Sie macht diesen Schritt von der Entwicklung innerhalb der „radikalen linken“ abhängig.

Stellungnahme von Lutz TAUFER zur Spaltung im RAF-Gefüge

In der linksextremistischen Monatschrift „analyse und kritik“ vom 9. Februar 1994 nimmt Lutz TAUFER, Inhaftierter aus der RAF in der JVA Celle, zu dem Richtungsstreit im RAF-

Gefüge Stellung. Er hält in seiner Erklärung an der bisher vom Kommandobereich der RAF und seinen Celler Mitinhaftierten Karl-Heinz DELLWO und Knut FOLKERTS im Richtungsstreit vertretenen Linie fest und bezeichnet die Spaltung als Schritt zur „inzwischen nötigen Distanz“, schließt jedoch Diskussionen zwischen den Fraktionen der Inhaftierten und im Umfeld nicht aus.

Kritisch setzt sich TAUFER mit den Etappen der „RAF-Politik“ von 1977 bis 1992 auseinander, die von einer zunehmenden „Entpolitisierung“ der RAF gekennzeichnet seien. Während zu Zeiten BAADERS das Primat der Politik gegolten habe, sei insbesondere im Zuge der „Front-Ideologie“ die militärische Aktion zum „Begriff des Revolutionären schlechthin“ geworden. Durch diese Strategie habe sich die RAF zunehmend in die gesellschaftliche Isolation gebracht. Selbst durch die erfolgreichen Mobilisierungen während der Hungerstreiks 1984/85 und 1989 sei eine „Verbreitung und Vertiefung“ nicht entstanden. TAUFER kritisiert auch die Fixierung des revolutionären Kampfes „draußen“ auf die Situation der Gefangenen. Dieses habe ebenfalls dazu beigetragen, daß sich eine vom Mythos der Gefangenen emanzipierte revolutionäre Politik nicht habe entwickeln können;

„Wenn heute in anklagender Weise davon die Rede ist, der Kampf draußen solle sich doch unabhängig von der Lage der Gefangenen entwickeln, ist das eine richtige, aber späte Einsicht. Die Praxis aus 20 Jahren sieht nun wirklich anders aus!“

Er knüpft mit seiner Stellungnahme an seine Anfang 1993 verfaßte Veröffentlichung „Gesellschaft oder Ghetto“ an, in der er die Loslösung von den „Altbestimmungen revolutionärer Politik“ gefordert hatte. Gleichzeitig wirft er den Inhaftierten, die im Oktober 1993 die Spaltung verursachten, das Blockieren einer tatsächlichen Neubestimmung vor. TAUFER befürwortet in seiner Veröffentlichung nicht nur die Aussetzung bewaffneter Aktionen durch die RAF, sondern auch den politischen Gehalt der 92er Erklärungen der RAF-Kommandoebene als ausreichende Grundlage für eine Neuorientierung revolutionärer Politik.

Die seit 1989 von TAUFER und DELLWO verfaßten Schriften scheinen die Neugestaltung der RAF-Politik beeinflußt zu haben. Der zu lebenslänglicher Haft verurteilte TAUFER ist am 26. April 1995 nach Verbüßung von 20 Jahren aus der Justizvollzugsanstalt in Celle entlassen worden.

Hungerstreik der RAF-Inhaftierten

Am 27. Juli traten die in den Justizvollzugsanstalten Aichach, Frankfurt/M., Frankenthal, Köln, Bruchsal, Lübeck, Schwalmstadt und Stuttgart einsitzenden Inhaftierten aus der RAF HAPPE, MOHNHAUPT, HAULE, HEßLER, HOFMANN, KLAR, KRABBE, KUBY, MÖLLER, POHL, WAGNER und SCHULZ in einen befristeten Hungerstreik. Einen Tag später schloß sich die in der JVA Bielefeld einsitzende Birgit HOGEFELD dem Hungerstreik an, der am 3. August abgebrochen wurde.

Der Hungerstreik wurde von den Inhaftierten der RAF initiiert, die sich zuvor von der „neuen Politik“ der RAF distanziert und die „Spaltungserklärung“ von Brigitte MOHNHAUPT unterstützt hatten. Sie wollten mit ihrem Streik öffentlich auf sich aufmerksam machen, um Anhänger der RAF für ihren Kurs zu gewinnen. Mit der Durchführung gingen die Inhaftierten ein hohes politisches Risiko ein. Da die von ihnen angestrebte Mobilisierung nicht in dem von ihnen erhofften Maße stattgefunden hatte, bestätigte sich die von ihnen mehrfach geäußerte Befürchtung, „vergessen“ zu werden. Darüber hinaus wurde deutlich, daß diesen Inhaftierten im Rahmen des Neuorientierungsprozesses revolutionärer Politik nur noch untergeordnete Bedeutung zukommt.

Irmgard MÖLLER aus der Haft auf Bewährung entlassen

Am 1. Dezember wurde das ehemalige RAF-Mitglied Irmgard MÖLLER nach 22 Jahren Haft entlassen. Die weitere Vollstreckung ihrer lebenslangen Freiheitsstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. MÖLLER war im Mai 1979 wegen ihrer Beteiligung an einem Bombenanschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Bei dem Anschlag kamen drei US-Soldaten ums Leben. Irmgard MÖLLER ist die einzige Überlebende der Selbstmordaktion der RAF-Inhaftierten am 18. 10. 1977 in der JVA Stuttgart-Stammheim. Dabei nahmen sich Andreas BAADER, Gudrun ENSSLIN

und Jan Carl RASPE das Leben. Frau MÖLLER behauptete mehrfach, daß die Selbstmordaktion tatsächlich Mord durch den Staatsschutz gewesen sei.

Antiimperialistische Zelle (AIZ)

Seit 1992 hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine neue terroristische Gruppierung gebildet, die – unter wechselnden Bezeichnungen – für zahlreiche Anschläge verantwortlich zeichnet. Die Gruppierung wurde auch in Niedersachsen aktiv. In der Nacht zum 22. Januar 1995 verübte sie einen Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Köhler in Wolfsburg.

Die AIZ distanziert sich in ihren bisherigen Erklärungen ausdrücklich von der neuen Politik der RAF und verlangt statt dessen eine Fortsetzung der von der RAF zwischen 1970 und 1992 betriebenen terroristischen Aktionen. Dabei schließt sie Mord als Mittel der Politik nicht aus. Die Gefährlichkeit dieser Gruppe ist hoch einzuschätzen, mit weiteren Anschlägen, die sich auch gegen das Leben von Menschen richten können, ist zu rechnen.

Die Gruppe trat erstmalig mit Schreiben vom 22. April und 22. Mai 1992 öffentlich in Erscheinung. In diesen Erklärungen bekannte sie sich zu militanten Aktionen, die „nicht nur moralisch notwendig, sondern auch politisch sinnvoll“ seien. Auslöser der Erklärungen war zweifellos die im April 1992 vertretene neue Linie des RAF-Kommandobereiches.

Die sich später als „Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah“ und „Antiimperialistische Zelle“ bezeichnende Gruppe verübte erstmalig am 21. November 1992 einen Anschlag, der sich gegen die juristische Fakultät der Universität Hamburg richtete („Den BRD-,Rechts'-Staat angreifen“).

1994 gingen Anschläge in Düsseldorf und Bremen auf das Konto der AIZ:

- In der Nacht zum 5. Juni wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der CDU-Kreisgeschäftsstelle in Düsseldorf verübt. In einer Taterklärung greifen die Terroristen die ihrer Ansicht nach rassistische und faschistische Politik der CDU an und bezeichnen die Partei als Teil des BRD-Imperialismus. Die Waffenlieferungen an die Türkei, Abschiebungen von Ausländern und Verbot von deren Organisationen, zunehmende Polarisierung, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau werden angeprangert. Weiterhin wird Solidarität mit kurdischen, türkischen, palästinensischen „Genossen“ und mit den abgespaltenen „Gefangenen der RAF“ zum Ausdruck gebracht.
- In der Nacht zum 25. September wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des Landesverbandes der F.D.P. in Bremen versucht. Zum ersten Mal nahm die AIZ mit dieser Tat bewußt den Tod von Menschen in Kauf. In einer vor Ort aufgefundenen Taterklärung, die gleichlautend am 24. September in Celle aufgegeben auch verschiedenen Nachrichtenagenturen und Zei-

tungsredaktionen zugegangen war, richteten die Aktivisten scharfe Angriffe gegen „die herrschenden Parteien“ in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu werden neben CDU/CSU, SPD und F.D.P. ausdrücklich auch die Grünen gezählt. Sie bezeichnen den versuchten Anschlag als Beitrag zur „antiimperialistischen fundamentalopposition gegen den brd-staat“, der sich u.a. in der „militanten auseinandersetzung mit der von den herrschenden parteien vertretenen politik“ ausdrücke. So sei die F.D.P. die Partei in Deutschland, die seit der Gründung der Bundesrepublik am längsten von allen Parteien an der Bundesregierung beteiligt sei. Diese Partei lebe davon, daß sie ihre Klientel – die „wirtschaftseliten“ – als Regierungspartei bediene; sie sei grundsätzlich „auf ministerebene überrepräsentiert“. Auch in der aktuellen Bundesregierung sei die F.D.P. mit „5 schlüsselressorts vertreten“. Entsprechend trage sie die Verantwortung für die „gestaltung der außenpolitik der brd als imperialistische großmacht“ sowie für innenpolitische Mißstände wie die „ausgestaltung des kapitalistischen wirtschaftssystems“ zu einem „entfesselten kapitalismus“; sie sei auch verantwortlich für den Status der „gefangenen aus der roten armee fraktion als staatsgeiseln“.

Anschlag auf ehemaligen parlamentarischen Staatssekretär in Wolfsburg

In der Nacht des 22. Januar 1995 gegen 1.10 Uhr explodierte am Wohnhaus des ehemaligen Parlamen-

tarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und jetzigen Vorsitzenden der Deutsch-Marokkanischen Gesellschaft, Dr. Volkmar Köhler, ein Sprengsatz; es entstand Sachschaden im Eingangsbereich des Hauses. Ein weiterer Sprengsatz, der nicht zündete, befand sich unweit des Hauses. Am Tatort wurde ein 6seitiges Selbstbezeichnungsschreiben aufgefunden. In dem Papier versuchen die Verfasser, am Beispiel Marokkos aufzuzeigen, welche Bedeutung den Mittelmeeranrainerstaaten für die Stabilität und Abschottung der „wohlstandsfestung westeuropa“ zukomme. Dazu „erläutern“ sie „ein paar hintergründe bezüglich der zusammenarbeit der eu/der brd“ mit der „clique“ um den marokkanischen König Hassan als Teil eines neuen Partnerschaftsverhältnisses zwischen der EU und den „herrschenden eliten in marokko, in israel und in der türkei“.

In diesem Zusammenhang habe Dr. Köhler als „chef-lobbyist des marokkanischen terrorregimes im kreis der brd-eliten“ eine besondere Rolle; so sei Aufgabe der 1987 gegründeten Deutsch-Marokkanischen Gesellschaft, „die eliten beider länder so miteinander zu verknüpfen, daß eine kooperation zum vorteil der brd-konzerne und gleichzeitig zum vorteil der in marokko herrschenden clique möglich wird“.

Diese von Dr. Köhler unterstützte Entwicklung diene lediglich den Profitinteressen des Königshauses, „der dortigen großbourgeoisie und den neuen technokratischen eliten“ in Marokko; dagegen sei die Mehrheit der Bevölkerung in besonderem Maße von der Ausbeutung betroffen. Angehörige oppositioneller Bestrebungen, die

gegen diese innere Entwicklung ankämpften, würden systematisch verfolgt, gewaltsam unterdrückt, verhaftet und ermordet – nicht zuletzt mit Hilfe umfangreicher Waffenlieferungen der deutschen Rüstungsindustrie. Diese Repression richte sich zum einen gegen sozialrevolutionär-islamische Gruppen, zum anderen gegen den antiimperialistisch-kommunistischen Widerstand. Mit besonderer Brutalität würden Anhänger der kleinen militanten Gruppe „ilal amam“ verfolgt, die nicht nur für die Interessen des marokkanischen Volkes, sondern auch für das Recht der Sahrauis im Westsaharagebiet auf Selbstbestimmung kämpften. Auch diese „besatzungspolitik“ König Hassans habe Dr. Köhler „jahrelang unterstützt u. propagandistisch begleitet“.

Mit diesem Anschlag setzt die AIZ die in ihrer November-Erklärung formulierte Vorgabe, die BRD-Eliten an ihren Wohn- und Arbeitsplätzen anzugreifen, um: „unsere politik wird dahin gehend orientiert sein, dort militant/bewaffnet anzugreifen, wo die brd-eliten ihre arbeitsplätze bzw. ihre wohnsitze haben.“

Mit einem abschließenden Zitat von Ulrike MEINHOF aus der Schrift „Die Aktion des Schwarzen September in München“ von November 1972 will die AIZ die für sie nach wie vor bestehende Aktualität des alten RAF-Konzeptes unterstreichen.

Die Verfasser der Taterklärung verstehen ihren Anschlag u.a. als Beitrag zum Befreiungskampf der marokkanischen und sahrauischen Fundamentalopposition. Mit der Aktion wollen sie offenbar Skeptikern hinsichtlich der Möglichkeiten und Erfolgsaussichten

des bewaffneten antiimperialistischen Kampfes zeigen, daß solche Aktionen in der „imperialistischen Metropole“ nach wie vor möglich und notwendig seien:

„auch deshalb werden autonome antiimperialist/innen sprengsätze dorthin bringen, wo die brd-eliten wohnen/arbeiten“.

Auffällig ist, daß sowohl die Wolfsburger Erklärung als auch die bisherigen schriftlichen Veröffentlichungen nur marginale eigenständige politisch-ideologische Aussagen enthalten. Verlautbarungen der Gruppe zeigen marxistisch-leninistische Elemente mit häufigen Zitaten von Marx, Luxemburg und Lenin sowie deutliche internationalistische Bezüge zur Politik der PKK, der Dev Sol, der GRAPO/PCE(r) und der „ilal amam“.

Wenn auch diese Schriftstücke und die bisherigen Tatausführungen nicht an das Niveau von RAF-Operationen und -Erklärungen früherer Jahre heranreichen, so ist dennoch die Gefährlichkeit dieser Terroristen als sehr hoch einzuschätzen.

Revolutionäre Zellen (RZ) / Rote Zora

Nach einer längeren Phase starker Verunsicherung und Inaktivität, die auf Erfolge der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung des Terrorismus zurückzuführen ist, sind die Revolutionären Zellen (RZ) seit Ende 1993 wieder aktiv. Mit mehreren Anschlägen haben sie 1994 ihre Gefährlichkeit unter Beweis gestellt. Zentrales Thema

ist für sie die „staatliche Flüchtlingspolitik“. In ihrer Schrift „Mili's Tanz auf dem Eis“ hatten sie bereits im Dezember 1993 betont: „Der Angriff auf und die Zerstörung von Institutionen, die die Gewaltverhältnisse organisieren und reproduzieren, und die Bestrafung von Tätern ist unabdingbar.“

Eine führende Rolle nahm bei den RZ auch 1994 die Frauengruppe „Rote Zora“ ein, die sich zu verschiedenen Anschlägen bekannte. Sie hatte sich zuletzt 1988 einer „bewaffneten Aktion“ bezichtigt – dem versuchten Sprengstoffanschlag auf das Biotechnologische Zentrum der Technischen Universität Braunschweig am 27. Februar 1988.

Von den RZ verantwortete Anschläge wurden verübt in Frankfurt/M. (1. Januar), Nürnberg, Meilitz/Gera (beide 13. Juni) und in Leipzig (26. Oktober). Die Anschläge richteten sich nach eigenem Bekunden der Täter gegen staatliche Flüchtlingspolitik und insbesondere gegen das am 1. November 1993 in Kraft getretene Asylbewerberleistungsgesetz. Profiteure dieser Politik seien findige Unternehmer, die durch die Lieferung von Eßpaketen einen neuen Markt entdeckt hätten.

Die staatliche Flüchtlingspolitik steht nach Ansicht der „Roten Zora“ in Kontinuität zu rassistischen, sexistischen und sozialen Angriffen des „kapitalistischen Patriarchats“, das auch in den „Metropolen“ die Verwertbarkeit der Menschen zum Maßstab ihrer Existenzberechtigung mache.

Die Verfasserinnen hoffen auf Nachahmung ihrer Aktionen; wörtlich heißt es in dem Schreiben:

„Mit vielfältigen Aktionen – Kampagnen gegen Lager, Sondergesetze und Zwangsverpflegung, Aktionen gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, beginnende Organisie-

rung von Zuflucht und Kirchenasyl usw. – trägt eine Minderheit in dieser Gesellschaft dazu bei, diesen sexistischen, rassistischen, antisemitischen Konsens zu durchbrechen.“

In Niedersachsen führte diese Aufforderung zu einem Brandanschlag in der Nacht zum 18. November auf den Pkw des Leiters der „Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber“ (ZAST) Oldenburg/Blankenburg.

In einem Selbstbeziehungsschreiben, das am 21. November bei der Redaktion der „Nordwest-Zeitung“ einging, agitieren die Täter gegen die angeblich repressive staatliche Flüchtlingspolitik, deren aktiver „Exekutor“ der Geschädigte sei. Die „Zentralen Anlaufstellen“ seien Sammellager, in denen Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Umständen festgehalten würden, um sie möglichst effektiv zu erfassen, zu überwachen und für den weiteren Zugriff staatlicher Behörden bereitzuhalten:

„Dieser in den letzten Jahren ständig verschärfte Politik der massenhaften Internierung, Schikanierung und Abschiebung wollen wir mit unserer Aktion Widerstand entgegensetzen. Den Verantwortlichen muß klargemacht werden, daß sie bei der Umsetzung ihrer Pläne mit mehr als nur verbalem Protest zu rechnen haben. ... Keine Abschiebung, keine Lager, keine Lagerleiter!“

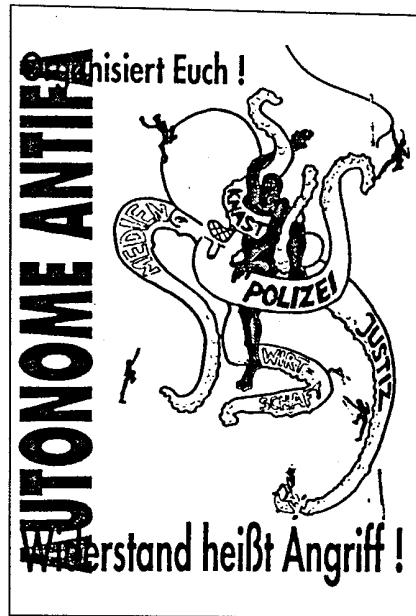
Von Anschlägen der RZ, der Roten Zora und ihrer Anhängerkreise ist aufgrund ihrer schriftlichen Erklärungen auch 1995 auszugehen.

Militante Autonome

Das gewaltbereite linksextremistische Spektrum in der Bundesrepublik Deutschland besteht ganz überwiegend aus den anarchistisch oder anarcho-kommunistisch orientierten Autonomen. Auf ihr Konto gingen auch 1994 wieder über 80 Prozent linksextremistisch motivierter oder zu vermutender Gewalttaten. Der Zulauf zu autonomen Gruppen hielt an. Über 5.000 Personen werden ihnen bundesweit zugerechnet. In Niedersachsen sind sie in allen größeren Städten vertreten. Die Göttinger Autonome Antifa (M) besitzt eine bundesweite Bedeutung.

Autonome verfügen nicht über ein einheitliches ideologisches Konzept. Sie folgen bruchstückhaften anarchistischen, bisweilen auch kommunistischen Vorstellungen. Ihre Forderungen zielen in der Regel nicht auf Veränderungen zum Nutzen der Gesellschaft insgesamt, sondern auf die eigene, selbständige („autonome“) Entfaltung der Persönlichkeit. Selbstbestimmtes Leben beschreiben Autonome u.a. als Freiheit von Lohnarbeit, von sozialen Zwängen und Rücksichtnahme. Einiges Band aller Autonomen ist der Haß auf Staat und Gesellschaft und ihre Bereitschaft, Gewalt anzuwenden. Hierzu formulierte die Göttinger Autonome Antifa (M) in ihrer Dokumentation „Demonstration in Adelebsen“, Göttingen 1993:

„Gewaltfrei“ ist ein ideologischer Begriff, der in totalem Gegensatz zu autonomer Politik steht. Niemals würde sich die Autonome Antifa (M) auf eine Politik der ‚Gewaltfrei-



heit“ einlassen, denn das käme einem politischen Selbstmord gleich.“

Die frühere Abgrenzung zwischen „Gewalt gegen Sachen“ und „Gewalt gegen Personen“ wurde bei Autonomen in den letzten Jahren zunehmend aufgegeben. So heißt es in der hannoverschen Szenezeitschrift „RAZZ“ (Nr. 44 vom März 1993):

„In unserer Militanz unterscheiden wir nicht zwischen ‚Gewalt gegen Sachen‘ und ‚Gewalt gegen Personen‘. Wir unterscheiden zwischen Beteiligten und Unbeteiligten.“

Ein zentrales Thema für alle Autonomen in der Bundesrepublik ist der sogenannte Antifaschismus-Kampf. Damit ist nicht nur die militante Auseinandersetzung mit „Faschisten“ gemeint, sondern der Kampf gegen

den Staat und seine Repräsentanten. In dem Sammelband „Antifa – Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis“ (Berlin 1994) betont die Göttinger Autonome Antifa (M), wer Faschismus bekämpfen wolle, müsse dessen Ursachen bekämpfen:

„Für uns ist Faschismus nur eine bestimmte Spielart des imperialistischen Machtapparates. ... Gegen Faschismus zu kämpfen, heißt also, das System zu bekämpfen, das eigentlich dahinter steht.“

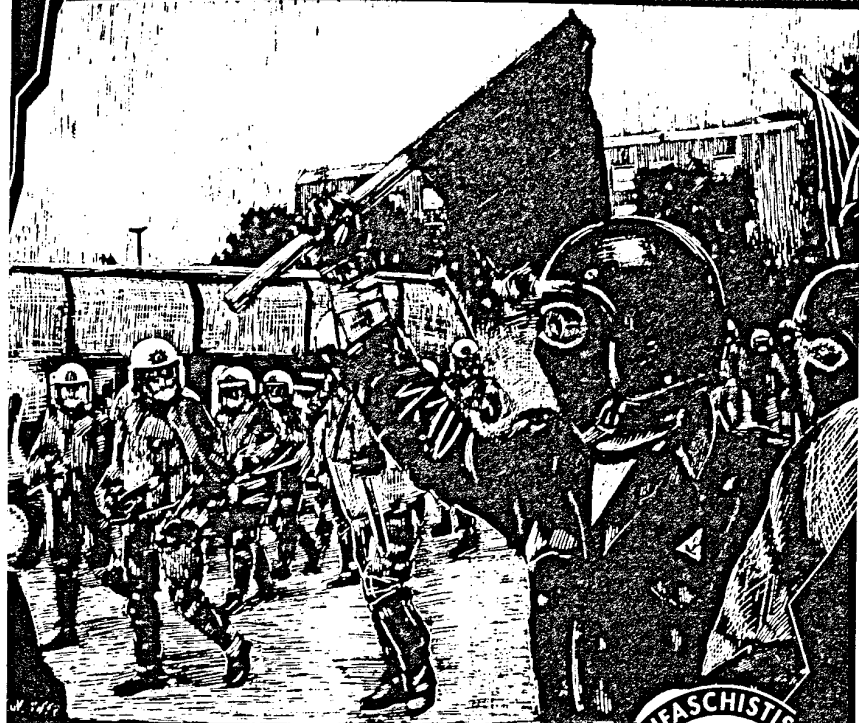
Als Reaktion auf polizeiliche Durchsuchungen wegen Verdachts von Straftaten nach §§ 129 und 129a des Strafgesetzbuches am 5. und 6. Juli hat die „Autonome Antifa (M)“ eine Broschüre mit dem Titel „... folgerichtig ist Antifaschismus kriminell“ herausgegeben, die denen gewidmet ist, die im Kampf gegen Faschisten und das imperialistische System staatlicher Verfolgung ausgesetzt seien. In ihrer Schrift behaupten die Autonomen u.a.: Spätestens seit der Annexion der DDR durch die BRD werde der staatliche Antifaschismus zur umfassenden Diskreditierung und letztlich Vernichtung des Antifaschismus eingesetzt. Damit wollten die Herrschenden jenen Bereich der Linken zerschlagen, in dem sich gegenwärtig die Gegnerschaft zum System am stärksten artikuliere und durch den Bündnisse bis ins bürgerliche Lager hinein geschlossen werden könnten. Der „Staatsschutzangriff“ auf die „Autonome Antifa (M)“ habe zum Ziel, deren Mitglieder zu kriminalisieren und die gesamte Gruppe zu illegalisieren. Maßgebend für die Repression sei offenbar die politische Arbeit der „Autonomen Antifa (M)“:

„Es sind drei Punkte, die in den nunmehr drei Jahre andauernden Ermittlungen immer wieder in den Begründungen der Staatsschützer und in den Medien auftauchen, um die Autonome Antifa (M) als antifaschistische Gruppe mittels eines Organisationsdeliktes zu illegalisieren:

1. Es wurde der Versuch unternommen, trotz der politischen Schwäche der Gesamtlinken perspektivisch die Isolation revolutionärer Politik zu überwinden und antiimperialistische Positionen in breitere Kreise zu tragen als in die Linke oder deren engeres Umfeld. Um dies zu ermöglichen, ist es eine notwendige Aufgabe, gerade in und mittels regionaler Arbeit Einfluß auf politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen zu nehmen. ... Im Bereich antifaschistischer Arbeit ist die Autonome Antifa (M) zu einem Faktor mit klaren politischen Konturen geworden, der entscheidend die antifaschistische Politik in Südniedersachsen bestimmt. Das bedeutet auch, daß, wer sich in Göttingen mit Antifaschismus im allgemeinen auseinandersetzt, am autonomen Antifaschismus nicht vorbeikommt. ...

2. Mitte 1991 wurde die Organisationsdebatte innerhalb des radikalen antifaschistischen Lagers angesprochen. ... Unerläßlich ist dabei, die Diskussion mit vielen linken Gruppen zu führen, zu denen sowohl die politischen Gefangenen gehören. ... als auch ehemalige Gefangene, mit denen ein politischer Austausch und eine Zusammenarbeit, zum Beispiel bei

“...folgerichtig ist
Antifaschismus
kriminell!”



*Broschüre zur Staatsschutzaktion
am 5./6. Juli 1994 in Göttingen
und zum Anti-Antifaschismus
des Staates*

Autonome Antifa (M)



gemeinsamen Veranstaltungen, stattfindet.

Unter anderem führten die Organisierungsbemühungen im antifaschistischen Bereich maßgeblich zur Gründung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation....

3. Im Zusammenhang mit dem Anfachen der Organisationsdebatte 1991 steht noch ein weiterer zentraler Punkt. Die Autonome Antifa (M) führt seit ihrer Entstehung eine intensive Auseinandersetzung mit Geschichte, insbesondere der Geschichte des antifaschistischen Widerstandes, revolutionärer Bewegungen und der ArbeiterInnenbewegung in Deutschland. Dazu gehört auch die Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD...."

Erneut tritt die „Autonome Antifa (M)“ in ihrer Schrift für „militante antiimperialistische Politik“ ein und betont:

„Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System!“

Ähnlich äußerten sich Autonome in Hannover, die am 17. November den Pkw eines Buchhändlers in Brand gesetzt hatten. In ihrer Erklärung bezeichnen die Täter den Geschädigten als „Faschisten“, der Alt- und Neonazis Literatur beschaffe. Dagegen sei antifaschistische Militanz gerechtfertigt. Beim Kampf gegen die Nazis auf die Hilfe des Staates zu hoffen, sie illusionär. Die Nazis hätten als Schläger- und Mordkommandos auf der Straße,

als Herrschaftsreserve und als Legitimation der oft propagierten „demokratischen Mitte“ eine wichtige Funktion für die herrschenden Cliquen in Staat und Wirtschaft. Auch die deutsche Justiz habe mit ihrer faschistischen Kontinuität nicht gebrochen. Dies zeige sich u.a. an der Behandlung der Gefangenen aus der RAF Irmgard MÖLLER. Neben dem Kampf gegen die Nazis bedeute autonomer Antifaschismus immer auch, die reaktionäre Entwicklung in Staat und Gesellschaft zu analysieren und aufzugreifen. Deren Unterdrückungsmechanismen seien miteinander verwoben, deshalb könnten die Kämpfe dagegen nicht prinzipiell voneinander getrennt werden:

„REVOLUTIONÄRER AUTONOMER ANTIFASCHISMUS MUß STELLUNG GEGEN SEXISMUS UND RASSISMUS BEZIEHEN. GENAU SO WIE ER ANTI-STAATLICH UND ANTIIMPERIALISTISCH/ANTI-KAPITALISTISCH GEPRÄGT SEIN MUß.“

Die Taterklärung endet u.a. mit der Parole:

„BILDET GRUPPEN – ORGANISIEREN WIR DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE.“

Der Tat bezichtigte sich eine

„AUTONOME ZELLE HALIM DENER (HALIM DENER WURDE AM 30.6.94 VON EINEM SEK-BULLEN VON HINTEN ERSCHOSSEN, WEIL ER PLAKATE DER IN DER BRD VERBOTENEN NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK) IN HANNOVERS INNENSTADT VERKLEBTE).“

Bundesweit wurde im Winter 1993/94 die linksextremistische Zeitschrift „ARRANCA!“ der Berliner Gruppe „Für eine linke Strömung“ (F.e.I.S.) verbreitet. Schwerpunkt der aufwendig gestalteten Publikation war das Thema „Linke und Militanz“.

Der Titel der Zeitschrift „ARRANCA!“ leitet sich aus dem Spanischen ab („starten, anfangen“). Die Initiatoren verstehen das Wort als Imperativ „leg endlich los!“:

„Wir legen los, weil wir es notwendig finden, für die Organisationsdiskussion jenseits der Vorschläge zum ‚Aufbau einer kommunistischen Partei‘ eine eigene Zeitung zu schaffen.“

In einer Einleitung schreibt die Redaktion: Die Beiträge zum Schwerpunktthema sollen die subjektive Seite von militantem Widerstand beleuchten, einen geschichtlichen Rückblick über verschiedene Konzepte des bewaffneten Kampfes vermitteln und die „inhaltlichen Grundlagen“ des Streits unter den RAF-Gefangenen aufzeigen.

Unter dem Pseudonym „Zettelknecht“ legt dazu ein Mitglied der Gruppe F.e.I.S. einen Grundsatztext vor: Die Gewaltdiskussion sei der Linken von außen aufgezwungen worden. Die Herrschenden hätten mit Gewalt keine Probleme; zur Verteidigung ihrer Privilegien nutzten sie alle Mittel, auch militärische. Die Linke müsse, wenn sie die Verhältnisse wirklich grundlegend verändern wolle, immer militant kämpfen, d.h. auch mit Mitteln, die ihr der Staat versage. Eine entscheidende Frage sei, ab wann und in welcher Weise bewaffnete Politik sinnvoll sei. Als Beispiele für weniger „sinnvolle“ Morde nennt der Autor die Erschießung Aldo Moros durch die „Roten Brigaden“ und die Erschießung

Hanns-Martin Schleyers durch die RAF. Die Bevölkerungsmehrheit habe diese Morde nicht begriffen, dem Staat hätten sie als Anlaß zu weiterer Unterdrückung gedient, der Apparat sei dadurch in keiner Weise geschwächt worden. Trotz solcher Kritik – so der Autor – müsse man sich hüten, in traditionell kommunistischer Manier von individuellem Terrorismus zu reden und sich von den bewaffneten Organisationen zu „entsolidarisieren“. Anders als die unentschlossen lavierenden kommunistischen Parteien unter der Fuchtel Moskaus hätten die Guerillas moralische Integrität ausgestrahlt. Im Baskenland und in Nordirland seien bewaffnete Organisationen Orientierungspunkte für breite Teile der Linken. Der Beitrag endet mit den Worten:

„Welche Alternative haben wir, als uns einem menschenfeindlichen System auf allen Feldern, und d.h. klar auch dem militärischen, zu stellen?“

(...)

Was von jetzt ab kommt, werden wir alle tragen müssen, nicht mehr nur 15 straighte KämpferInnen.“

Organisatorische Strukturen

Autonome sind – nach ihrem ursprünglichen Selbstverständnis – hierarchiefeindlich. Sie kennen keine verbindlichen Entscheidungsinstanzen, keine Einrichtung, von der aus Aktionen organisiert werden könnten. Autonome betreiben auch, anders als die meisten anderen linksextremistischen Gruppen, keine Nachwuchswerbung, keine Schulungsveranstaltungen für Neulinge und Interessenten. Wer auf-

genommen werden will, muß sich selbst um Kontakte und Akzeptanz bemühen. Organisationsform ist die – häufig wechselnde – Kleingruppe. Bei Demonstrationen treten sie in der Regel einheitlich schwarz gekleidet und verumumt als sogenannter „Schwarzer Block“ auf. Die Autonome Antifa (M) aus Göttingen bemerkt dazu (Demonstration in Adelebsen, Göttingen 1993):

„Der Schwarz Block ... dokumentiert, daß sich Autonome nicht den staatlichen Spielregeln unterwerfen. Es wird in der Form demonstriert, die dem eigenen Selbstverständnis entspricht – staatliche Gesetze werden nicht anerkannt und es wird somit am Gewaltmonopol gekratzt.“

Gegen das organisationsablehnende Selbstverständnis der Autonomen hat die Göttinger Autonome Antifa (M) im August 1991 ein „Diskussionspapier zur Autonomenorganisation“ bundesweit verbreitet. Dieses Papier setzte einen Diskussionsprozeß in Gang, der teils zustimmend auch aus dem RAF-Umfeld und von RAF-Inhaftierten, jedoch auch ablehnend aus dem Autonomenspektrum kommentiert wurde. Die Organisationsinitiative der AA (M) führte zur Gründung der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) Ende Juli 1992 in Wuppertal. Neben der Berliner Gruppe „F.e.I.S.“ ist die Autonome Antifa (M) nach wie vor richtungsweisend.

„Initiative zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation“ auseinandergebrochen

Nach dem Ausscheiden der Berliner Gruppe „Für eine linke Strömung“ (F.e.I.S.) und der „Initiative Linker Aufbruch“ (ILA), Gütersloh, ist die inner-

halb der autonomen/antiimperialistischen Szene entstandene „Initiative zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation“ offenbar auseinandergebrochen. So spricht die Lübecker Gruppe „AVANTI“, die selber an dem Projekt beteiligt war, in ihrer gleichnamigen Zeitschrift (Nr. 10/Winter 1994/95) vom Scheitern ihres Ansatzes. Dies sei jedoch kein Anlaß zur Resignation. Die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen – u.a. „Linke Einheit Gemeinsam Organisieren“ (LEGO), Bremen, und „Gruppe Revolutionärer Linker“ (GRL), Hamburg – sei nützlich gewesen und werde unabhängig von der „Initiative“ fortgesetzt. Zu den Gründen ihres Engagements erklärt die Gruppe „AVANTI“: Die „Initiative zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation“ sei aus der Kritik an der Organisationsfeindlichkeit und der mangelnden Lernfähigkeit der autonomen Bewegung entstanden. Die Überwindung von Zersplitterung und Unorganisiertheit sei eine der zentralen Voraussetzungen, damit die revolutionäre Linke aus ihrer Randständigkeit heraus wieder eine Perspektive für die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse entwickeln könne. Nur eine „Organisation“ könne effektiv in politische Auseinandersetzungen eingreifen und spontanen Bewegungen von Unzufriedenheit Orientierung und Kraft geben.

Gründe für das Scheitern des Organisationsansatzes sieht „AVANTI“ vor allem in folgenden Punkten:

- Trotz intensiver Bemühungen sei es nicht gelungen, eine gemeinsame politische Praxis zu entwickeln.

- Unter den an der „Initiative“ beteiligten Gruppen hätten erhebliche Differenzen über den Grad der angestrebten Organisierung bestanden.
- Politisch-inhaltliche Unterschiede – z. B. bei der Bewertung der Geschichte der sozialistischen Bewegungen in diesem Jahrhundert – hätten sich als unüberbrückbar erwiesen.

Trotz des Scheiterns der „Initiative“ betont „AVANTI“:

„Das Ziel der Bildung einer Organisation von RevolutionärInnen jenseits von autonomer Unverbindlichkeit und jenseits des Dogmatismus eines falsch verstandenen Marxismus bleibt für uns bestehen. (...) Deswegen wird der jüngst gescheiterte Organisationsansatz auch nicht das letzte Projekt dieser Art sein, an dem sich AVANTI beteiligen wird.“

Die „Initiative zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation“ war aus den sog. F.e.I.S.-Treffen entstanden (28. bis 31. Mai 1993 in Berlin, 24. bis 26. September 1993 in Mainz, 10. bis 12. Dezember 1993 in Lübeck, 11. bis 13. Februar 1994 in Nürnberg, 1. bis 3. April 1994 in Gütersloh und 18. Juni 1994 in Göttingen). An der „Initiative“ waren folgende Gruppen beteiligt:

- „Für eine linke Strömung“ (F.e.I.S.), Berlin,
- „Linke Einheit Gemeinsam Organisieren“ (LEGO), Bremen,
- „Autonome Antifa (M)“, Göttingen,
- „Initiative Linker Aufbruch“ (ILA), Gütersloh,
- „Gruppe Revolutionärer Linker“ (GRL), Hamburg,
- „AVANTI“, Kiel,
- „AVANTI“, Lübeck,
- „jarama!“, Mainz,
- „Revolutionäre PfadfinderInnen“, Mainz,
- „Organisierte Autonomie“, Nürnberg.

„Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ weiter gefestigt

Anders als die „Initiative“ konnte der zweite bundesweite Organisationsansatz innerhalb der autonomen/antimperialistischen Szene – die militante „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) – in der zweiten Jahreshälfte 1994 ihre Strukturen festigen und neue Anhänger gewinnen. Es ist möglich, daß sie sich zu einem Anziehungspunkt auch für Gruppen aus der „Initiative“ entwickelt. Der AA/BO gehören u.a. folgende Gruppen an, die teilweise auch in der Initiative mitgearbeitet hatten:

- „Autonome Antifa A & P“, Berlin,
- „Feministische Antifaschistisch-Revolutionäre Aktion“ (FARA), Berlin,
- „F.e.I.S.“, Berlin,
- „Rote Antifaschistische Initiative“ (RAI), Berlin,
- „Unabhängige Antifa Bielefeld“ (UAB),
- „Antifa Bonn/Rhein-Sieg“,
- „Antifa Jugend/Autonome Gruppe Braunschweig“,
- „Antifa-Bünde“, Bünde,
- „Autonome Antifa (M)“, Göttingen,

- „Antifaschistische Stadtteilkoordination Köln“ (ASK),
- „Antifa Mainz/Wiesbaden“,
- „Mufflons gegen Rechts“, Nürnberg,
- „Antifa Passau“,
- „Antifa Plauen“.



Autonome Antifa (M) und RAF

Als einen neuen Schwerpunkt ihrer Arbeit beschreibt die Autonome Antifa (M) in Göttingen in einer Selbstdarstellung zu Beginn des Jahres 1994 die „Arbeit mit ehemaligen RAF-Gefangenen“. Bereits 1993 hatte sie eine Veranstaltung mit dem Titel „Freiheit für alle Gefangenen aus RAF, Widerstand und Antifa! Keine Kriminalisierung des revolutionären Widerstands!“ organisiert. An ihr nahmen u.a. die ehemali-

gen RAF-Inhaftierten Gisela DUTZI und Günter SONNENBERG teil. Im April 1994 veranstaltete die Autonome Antifa (M) in der Nähe von Göttingen ein „Seminar zum bewaffneten/militanten Kampf in der BRD“. In einer Presseerklärung betonte die Autonome Antifa (M), das Seminar solle „Impulse für eine Weiterentwicklung des antifaschistischen und antiimperialistischen Kampfes geben“:

„Die Entwicklung zukünftiger revolutionärer Politik ist nur möglich durch die Vermittlung von Erfahrungen anderer GenossInnen und Gruppen auch außerhalb des antifaschistischen Spektrums in einer öffentlichen Diskussion, in der unsere Positionen an der Praxis meßbar und auch kritisierbar sind. Die Diskussion zwischen antifaschistischen GenossInnen und ehemaligen Mitgliedern bewaffnet/militant kämpfender Gruppen über die Geschichte und Perspektiven linker Politik und die Rolle von bewaffnetem und militantem Widerstand, die Bedeutung internationalistischer Politik und viele weitere Punkte wurde offen und kritisch geführt.“

Am 11. Juli stellte die Autonome Antifa (M) über einen Göttinger Anwalt Strafantrag und Strafanzeige gegen den Niedersächsischen Innenminister sowie Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes und der Generalstaatsanwaltschaft Celle. Sie verwahrten sich gegen Behauptungen, es gebe zwischen ihnen und der RAF Verbindungen:

„Ganz offensichtlich dient das Verbreiten dieser Legende dem aus-

schließlichen Zweck, Mitglieder der Autonomen Antifa (M) zu diskreditieren und – mit sämtlichen insoweit bestehenden Konsequenzen – mit Ermittlungs- und Strafverfahren zu überziehen ...“

Die Generalstaatsanwaltschaft in Braunschweig lehnte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens mangels zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für strafbares Verhalten gemäß § 152 Abs. 2 StPO ab.

Demonstration der Autonomen in Northeim

Am 4. Juni demonstrierten mehr als 2.000 Personen unter dem Motto „Dem organisierten Neonafschismus entgegenreten! – Kampf der FAP!“ gegen den FAP-Landesvorsitzenden Thorsten HEISE in Northeim.

Die Demonstration war das Ergebnis einer Initiative der Autonomen Antifa (M). Sie wurde auch von demokratischen Gruppierung unterstützt. Ein Schwarzer Block mit mehr als 700 Vermummten führte den Aufzug an. Starke Polizeikräfte verhinderten Angriffe auf das Wohnhaus von HEISE *). Autonome bewarfen Polizeibeamte mit Steinen und Flaschen.

In einer „Bewertung ...“ (RAZZ Nr. 59, Juli 1994) bezeichnete die Autonome Antifa (M) die Veranstaltung als Erfolg:

„Mit der Demo ist es uns gelungen, die Verankerung autonomer Politik in der Region Südniedersachsen ein

Stück weiter zu festigen und unsere Bündnisfähigkeit und politische Ernsthaftigkeit erneut unter Beweis zu stellen. Darüber hinaus sind durch die Auseinandersetzungen mit autonomen Inhalten und Aktionsformen wie Schwarzer Block etc. Diskussionen auch innerhalb bürgerlicher/etablierter Gruppierungen und Organisationen in der Region Südniedersachsen ausgelöst worden, von denen wir in Zukunft noch profitieren können. ...

Demonstrationen mit ausgerüstetem Schwarzen Block sind im bundesweiten Vergleich nur noch in Göttingen und Umgebung möglich, ohne daß ein übermächtiges Polizeiaufgebot solche Aktionen von vornherein unterbinden würde. Durch die konzeptionelle Politik hat sich eine politische Konstellation entwickelt, in der autonome Praxisformen von nahezu allen bürgerlichen Gruppierungen toleriert und mitgetragen werden. Dies ist zurückzuführen auf eine mittlerweile siebenjährige kontinuierliche politische Arbeit, auf vernünftige Konzepte, die eine konstruktive Weiterentwicklung autonomer Politik ermöglichen haben.“

Autonome in Hannover („Autonome Revolutionäre AntifaschistInnen i.d. Korn“) bewerteten die Demonstration anders. Sie behaupteten, das Konzept der Demo sei gescheitert und kritisierten ihre Göttinger Gesinnungsgenossen:

„Wenn mit der gleichen Genauigkeit, mit der der Rest der Demo geplant war und mit der Bünd-

**) In dem Haus hatten sich zahlreiche FAP-Anhänger versammelt. HEISE selbst war nicht anwesend, weil er kurz vorher wegen eines Überfalles auf eine Abiturfeier in Northeim in Haft genommen worden war.*

RAZZ

Zeitung für ein radikales Hannover

Juli 94
Nr 59

HALIM DENER, 15 JAHRE

GEFLOHEN

**VOR DEM VÖLKERMORD
DES TÜRKISCHEN STAATES
IN KURDISTAN**

ERMORDET

VON DER DEUTSCHEN POLIZEI

**KAMPF
DEM**

STAATSTERRORISMUS !



nispartnerInnen gesucht wurden, auch das Durchbrechen geplant worden wäre – was mensch erwarten kann –, dann wären wir vielleicht auch umgedreht, es gäbe dann jedoch nicht abermals das bittere Gefühl von der Antifa (M) verarscht worden zu sein.“
(RAZZ, Juli 94)

Nach Auffassung der hannoverschen Autonomen hätte man das Ziel der Demonstration, das Haus von HEISE zu erreichen, mit mehr Entschlossenheit durchsetzen müssen.

Gewaltsame Aktionen von Autonomen bei Wahlveranstaltungen in Niedersachsen

Auf einer Wahlveranstaltung der CDU am 8. Februar in der Göttinger Stadthalle blockierten ca. 120 Angehörige der örtlichen Autonomenszene den Haupteingang des Gebäudes, um Veranstaltungsteilnehmern den Zutritt zu verwehren. Nachdem die Autonomen von der Polizei abgedrängt wurden, zeigten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Schäubles Gesetze heißen Menschenhetze“ und skandierten u.a. die Parole „Deutsche Polizisten schützen die Rassisten“. Anschließend zogen ca. 70 Autonome durch die Göttinger Innenstadt. Sie zerstörten Fensterscheiben einer Filiale der Deutschen Bank und warfen Steine und Flaschen auf eingesetzte Polizeibeamte. Es entstand ein Sachschaden von ca. 10.000 DM.

Am 11. Februar veranstalteten die REP im Congress-Centrum in Hannover eine Wahlkundgebung. An einer von

demokratischen Parteien und Organisationen durchgeführten Gegen demonstration nahmen etwa 2.000 Personen teil, darunter ca. 500 Angehörige der Autonomen-Szene aus Hannover, Hamburg, Braunschweig und Göttingen. Nach der friedlich verlaufenen Demonstration versuchten die Autonomen zunächst, Besuchern der Wahlveranstaltung durch Tätlichkeiten und Versperren der Eingänge den Zutritt zum Congress-Centrum zu verwehren. Nach Einschreiten der Polizei warfen Randalierer Steine, Flaschen und Knallkörper gegen die eingesetzten Beamten und schossen mit Leuchtmunition. Insgesamt wurden 30 Personen (davon 25 Polizeibeamte) verletzt, 13 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen.

Ausschreitungen zum Tag der Deutschen Einheit

Zu schweren Ausschreitungen kam es aus Anlaß der Feiern zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober in Bremen. Autonome und andere Linksextremisten hatten unter dem Motto „Keine nationalistische Einheitsfeier am 3.10.“ mit Störversuchen und Gewalttaten Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung zu verhindern versucht. Etwa 800 teilweise vermummte Personen zerstörten in Kleingruppentaktik Geschäfte und setzten Autos in Brand. Mehrere Polizeibeamte wurden verletzt. 274 Personen wurden in Polizeigewahrsam genommen, darunter 54 aus Niedersachsen.

Zu den Bremer Feierlichkeiten hieß es:

„Mehr als tausend Gründe sprechen dafür, dem ‚ekelerregenden Propagandaspektakel‘ der Herrschenden eine entsprechende Antwort zu geben: Die bundesweite Demo am 3. 10. ist eine Antwort. Wir sehen hier eine Möglichkeit, die berechtigte Wut und den Zorn, den Protest und Widerstand gemeinsam auf die Straße zu tragen. Unser Ziel ist es, den reibungslosen Ablauf der nationalistischen Feiern zu verhindern. Sie sollen sich in ihrem Kongreßzentrum verschanzen müssen, so daß ihnen jede ihrer ‚feierlichen Reden‘ im Halse stecken bleibt. Unser Ziel ist es klarzumachen, daß und warum es für Millionen keinen Grund gibt, die ‚Einheit‘ zu feiern. Deshalb werden wir auf den Straßen sein, wollen das Kongreßzentrum belagern und blockieren, weil wir ihren Lügen keinen Glauben schenken, weil wir ihre Politik ablehnen und weil wir ihre Profit- und Gewinnsucht verachten.“

An Vorbereitungstreffen zur Planung der Störungen in Bremen hatten niedersächsische Vertreter autonomer Gruppen aus Braunschweig, Delmenhorst, Göttingen, Hannover, Helmstedt, Norden, Nordenham, Oldenburg, Stade, Uelzen und der Region Wendland teilgenommen.

Szeneblatt „INTERIM“ veröffentlicht Anleitung zur Sabotage an Bahnoberleitungen

Mit Blick auf den geplanten CASTOR-Transport (Transport abgebrannter Brennelemente) vom Kernkraftwerk Philippsburg (Baden-Württemberg) zum Zwischenlager in Gorleben veröffentlicht das Berliner autonome Szeneblatt „INTERIM“ in seiner Ausgabe

vom 17. November (Nr. 308) eine Anleitung zur Sabotage an Oberleitungen der Deutschen Bahn AG durch das Einhängen von Wurfankern. Die unbekannten Verfasser betonen, sie wollten damit der Forderung nach einem Stopp der Atomtransporte Nachdruck verleihen. Mit der vorgestellten Technik sei es möglich, ohne größeren Aufwand und ohne Risiko den Bahnverkehr auf bestimmten Strecken für mindestens einen halben Tag lahmzulegen. Dazu werde ein U-förmiger Haken, dessen Herstellung detailliert – mit Bildern – beschrieben wird, in die Oberleitung eingehängt; wörtlich:

„Die nächste E-Lok greift mit dem Stromabnehmer in den Haken und zieht ihn mit. Dabei reißen die Aufhängungen der Oberleitung ab, bis der Zug zum Stehen kommt oder die Oberleitung reißt. In der Regel sind einige hundert Meter Fahrdraht damit beschädigt. Meist ist durch die Wucht des Aufpralls auch der Stromabnehmer an der Lok verbogen. Dadurch, daß man die Kraft der Lok in Anspruch nimmt, gefährdet man sich nicht durch herabhängende Hochspannungsleitungen. Und man kann schon über alle Berge sein, ehe der eigentliche Schaden entsteht.“

Der Beitrag endet mit der Warnung:

„Da Anschläge auf die Bahn als schwerwiegend bewertet werden, muß viel Sorgfalt auf die Vermeidung von Indizien und Spuren ... verwendet werden.“

Am 14. November wurden im Zusammenhang mit geplanten CASTOR-Transporten zum Zwischenlager in Gorleben mehrere gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr im Großraum Hannover verübt. Unbekannte hängten Wurfanker, die den in „INTERIM“ beschriebenen Haken detailliert entworfen, in die Oberleitungen auf den Bahnstrecken Hannover-Bielefeld, -Braunschweig, -Göttingen, -Bremen, -Uelzen, Hildesheim-Göttingen und Bremen-Hannover. Die Oberleitungen wurden z.T. auf mehreren 100 Metern heruntergerissen; Triebfahrzeuge wurden schwer beschädigt. Es entstand Sachschaden von mehreren 100.000 DM.

Mit mehreren Selbstbezüglichungsschreiben bekannte sich eine Gruppe mit dem Namen „K. Ollektiv, Gorleben“ zu den Anschlügen, die ihre Fort-

setzung am 26. Januar 1995 mit einem Anschlag auf die Bahnlinie Hannover-Hamburg fanden. Bei Bienenbüttel im Kreis Uelzen wurde ein Wurfanker in die Oberleitung gehängt; es kam zu hohen Sachschäden.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die DKP sieht sich nach wie vor in der Tradition der 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verbotenen KPD. Dies wurde erneut deutlich auf einer Veranstaltung der DKP am 7. Januar in Berlin zur Erinnerung an die Ermordung der Mitbegründer der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein Sprecher der Partei betonte, daß die DKP sich weiter konsolidiere und in der großen Traditions-

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT

Stadtzeitung der **DKP** 18. Jahrgang Nr. 1/94

Sozialabbau, Rechtsentwicklung... und kein Ende?

Der wirtschaftliche Aufschwung kommt, sagen Kohl und der Bundesverband der Deutschen Industrie, reduzierend zur Bundestagswahl am 16. Oktober.

Einmal von, daß die Auftragsbücher und Kassen der Unternehmen sich langsam wieder füllen, wird die Menschen, die in diesen Betrieben arbeiten, hier also von diesen Betrieben entlassen werden, merken hieran nicht. Keine Neuentstellung, weil deren weiten Personalabbau in we-

sten dessen Kürzung von Sozialleistungen, weitere soziale Belastungen durch Bundesregierung und Unternehmen. Was haben wir von diesem Aufschwung? Nicht!

Nach dem 16. Oktober soll einiges anders werden, so Schäpping und Juchacz Fischer. Arbeit, Arbeit, Arbeit – so die Wahlkampfpolemik der SPD zur Europawahl. An Arbeit hängt viel für die Menschen in unserem Land. Aber wir Arbeit schaffen! Durch Stärkung des Standorts Deutschland, durch Modernisierung der Produktion, durch Investitionsanreize an

sozialen Situation im Lande, eine wirtschaftliche und sozialpolitische Alternative zur Kohl Regierung hat Schäpping nicht. Und die Grünen? Sie sagen, sich um die Lage der arbeitenden Menschen zu kümmern, das sei Sache der SPD. Im übrigen versuchen sie, durch Ausbreitung an SPD Positionen zum Bundeswahlkreis ins Ausland, zur Atomenergie koalitionsfähig zu werden, so jedenfalls Juchacz Fischer und andere, die das sagen haben.

Republikaner und DVU versuchen abzusichern. Sie profitieren von Not und Perspektivlosigkeit vieler Menschen. Heutzutage auf Ausländern, das heißt dann schon von den eigentlichen Ursachen im Lande ab, schafft ein Klima, wo es nicht um Lande und, sondern gegen Sozialen blockt.

Die DKP kandidiert zur Bundestagswahl am 16. Oktober nicht. Wir rufen auf, PDS-Linker Liste zu wählen. Auf den offenen

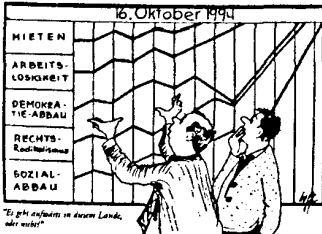
Listern der PDS kandidierenden Mitglieder unserer Partei. Mit manchem im Programm und Politik der PDS sind wir nicht einverstanden. Wir meinen, ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und auch Reformen nur begrenzt durchsetzbar und grundlegende Veränderungen braucht unser Land.

Die PDS ist die einzige sozialistische Partei im Bundestag. Sie hat Chancen wieder zurückzukommen. Ihre politischen Forderungen zur Bundestagswahl haben wir für richtig. Mit ihnen läßt sich Politik im Interesse der arbeitenden Menschen entwickeln.

Deshalb am 16. Oktober: Das Kreuz für die PDS-Linker Liste: Erst- und Zweitstimme.

Und im abgeordneten: Such selber engagieren, was tun gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rechtsentwicklung im Lande.

Denn ohne das bringt auch das Kreuz an der richtigen Stelle nicht viel.

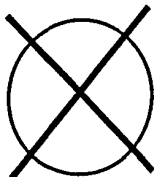


Es geht aufwärts in diesem Lande, oder nicht?

Im Industriebetrieb Hannover. Abbau überflüssiger Leistungen in fast allen Betrieben, Lohnsenkungen bei VW und in anderen Unternehmen, die diesen Namen verdienen. Auch in Zeiten der Aufschwung also für die arbeitenden und arbeitenden Menschen nichts Positives,

die Unternehmen – so die Antwort der SPD. Die unaufrichtigen Forderungen der Unternehmerverbände und der Bundesregierung weist die SPD zurück, aber keine Beschäftigungsprogramme, wie vom DGB gefordert, keine grundlegenden Maßnahmen für die Verbesserung der

Am 16. Oktober
PDS-Linker Liste
wählen!



linie der 75jährigen Geschichte der KPD stehe. Die DKP bleibe eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die sich den Werktätigen anderer Nationalität und anderer Länder im Geiste des proletarischen Internationalismus verbunden fühle. Intensiviert wurden von der DKP die Kontakte zur Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), insbesondere mit der Kommunistischen Plattform (KPF) in der PDS. Für die niedersächsische Landtagswahl am 13. März 1994 beteiligte sich die DKP neben dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) und der PDS mit Kandidaten an der „Linken Liste Niedersachsen“ (LLN). Bei dieser Wahl erhielt dieser Personenzusammenschluß landesweit 0,2 Prozent der Stimmen.

Insgesamt hat die DKP auf Bundesebene als eigenständige politische Organisation weiterhin an Bedeutung eingebüßt. Während ihr 1993 bundesweit noch etwa 6.000 Mitglieder angehörten, ist die Mitgliederzahl bis Ende 1994 auf unter 6.000 zurückgegangen. In Niedersachsen gehörten 1994 etwa 500 Personen der Partei an. In Hannover firmiert das DKP-Büro unter derselben Anschrift wie das Büro des Landes- und des Kreisverbandes Hannover der PDS Niedersachsen.

Auf der 6. Tagung des DKP-Parteivorstandes am 19./20. März in Essen wurde beschlossen, nicht nur bei der Europawahl am 12. Juni, sondern auch bei der Bundestagswahl am 16. Oktober auf eigene Wahlvorschläge zu verzichten. Stattdessen sollten die „Offenen Listen“ der PDS unterstützt werden.

Während der Tagung referierte der Sprecher der DKP, Heinz STEHR, über das Verhältnis DKP-PDS:

„Besondere Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktionen und Diskussionen sehen wir mit der PDS und anderen kommunistischen und sozialistischen Gruppierungen. Im größeren Deutschland betrachten wir die Existenz und Entwicklung der PDS als Chance für die Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten und anderen linken Kräften. Die PDS ist keine kommunistische Partei. Sie versteht sich nicht als Partei des Klassenkampfes mit revolutionärer Zielsetzung. Sie ist eine Sammlungspartei von verschiedenen Linkskräften. ... Die Unterschiede zwischen DKP und PDS in der Grundeinstellung zum Kapitalismus und zum Klassenkampf haben auch Unterschiede im Herangehen an aktuelle politische Fragen zur Folge. In der Politik der PDS mischen sich nach unserer Ansicht richtige Standpunkte und Forderungen oft mit Illusionen über den Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie, über den Klassencharakter des Staates und über die Reformmöglichkeit in diesem System.“

Sonstige linksextremistische Organisationen

Von anderen linksextremistischen Parteien und Organisationen gingen in Niedersachsen im Jahr 1994 nur geringe Aktivitäten aus. Zu den bedeutenderen Bestrebungen gehören

- Marxistische Gruppe (MG),
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD),
- Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK),
- Vereinigte Sozialistische Partei (VSP),
- Sozialistische Arbeitergruppe (SAG).

Der BWK-Landesverband Niedersachsen/Bremen hat sich am 18. September als „Arbeitsgemeinschaft“ der PDS angeschlossen: „Der Landesverband Niedersachsen/Bremen des BWK verschmilzt sich mit der ‚Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS/LL Niedersachsen/Bremen‘ zur ‚Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Niedersachsen/Bremen‘. Das Vermögen des Landesverbandes Niedersachsen/Bremen des BWK geht mit der Verschmelzung auf die ‚Arbeitsgemeinschaft Bundes Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Niedersachsen/Bremen‘ über.“

Nach einer Meldung der „tageszeitung“ vom 21. 2. 1995 prüft der PDS-Bundesvorstand, wie die weitere „Unterwanderung“ fast aller westdeutschen Landesverbände der PDS durch den BWK gestoppt werden kann. Das Bemühen des BWK, unter dem Dach der PDS die eigene politische Identität als „AG BWK bei der PDS“ zu erhalten und im Namen der PDS Spendenquittungen auszustellen, sei vom PDS-Schatzmeister abgelehnt worden. Der PDS-Landesverband Berlin habe die „BWK-Arbeitsgemeinschaft“ wegen der grundsätzlichen Unvereinbarkeit von BWK und PDS nicht als Arbeitsgemeinschaft in der PDS anerkannt.

Marxisten-Leninisten und revolutionäre Marxisten haben ihre organisatorischen Strukturen weitgehend stabilisiert. Die Mitgliederzahlen stagnieren, ein Zulauf von neuen Anhängern war nicht festzustellen. Bemühungen um den Aufbau einer einheitlichen kommunistischen Partei in Deutschland kamen auch 1994 nicht voran. Neue Hoffnungen auf eine politische Perspektive verbinden einige der in der Öffentlichkeit isolierten linksextremistischen Gruppierungen mit den Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit bzw. in der PDS.

Ausländerextremismus

Überblick

Die große Mehrheit der über sechs Millionen in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger lehnt verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen ab und akzeptiert die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Anhänger der marxistisch-leninistischen Kaderorganisation „Arbeiterpartei Kurdistans“, gegen die am 26. 11. 1993 vom Bundesinnenminister ein Betätigungsverbot erlassen worden war, zeichneten trotz dieses Verbotes für schwere und schwerste Gewalttaten verantwortlich. Auch auf das Konto der türkischen linksextremistischen Gruppierung Devrimci Sol gingen wieder mehrere Gewalttaten.

Ein Rückgang dieser politisch motivierten Gewalt ist angesichts der Konflikte in den Heimatländern nicht absehbar. Bei extremistischen Kurden muß davon ausgegangen werden, daß sie weiterhin in Deutschland Anschläge verüben werden.

In Niedersachsen war 1994 die Landeshauptstadt Ort mehrerer zum Teil gewalttätiger Demonstrationen aus Anlaß des Todes eines jungen Kurden aufgrund eines Schusses aus einer Polizeiwaffe.

Mittel- und langfristig werden militante islamistische Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind oder die durch Anwendung von Gewalt oder

darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, die Sicherheitsbehörden und die Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellen.

Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)

Die mit Abstand militanteste Organisation unter den ausländischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland ist die PKK. Sie strebt einen unabhängigen kurdischen Staat unter ihrer Führung an *). Geleitet wird die PKK (Partiya Karkeren Kurdistan) seit ihrer Gründung am 27. November 1978 von Abdullah ÖCALAN. Oberstes beschlußfassendes Organ ist das Zentralkomitee, dessen Entscheidungen für alle Untergliederungen verbindlich sind. Der Sitz des ZK ist vermutlich in Damaskus, wo sich ÖCALAN auch zeitweilig aufhalten soll. Die Zentrale in Europa befindet sich wahrscheinlich in Paris, von Köln aus scheinen die Aktivitäten in Deutschland gesteuert zu werden. Die PKK stellt sich als straff organisierte und konspirativ arbeitende Kaderorganisation dar, die sich fast ausschließlich aus türkischen Staatsangehörigen kurdischer Volkszugehörigkeit rekrutiert.

*) Die schätzungsweise 25 Millionen Kurden leben nicht in einem eigenen Staat, sondern besiedeln Gebiete im Osten der Türkei, im Irak, im Iran, in Syrien und im Süden der ehemaligen Sowjetunion. Unter ihnen gibt es zahlreiche Organisationen, die teilweise gewaltfrei mit propagandistischen, teilweise aber auch mit terroristischen und militärischen Mitteln einen Autonomiestatus in ihrem jeweiligen Siedlungsgebiet anstreben.

Die PKK verfügt über zwei international operierende Teilorganisationen

- Die Volksbefreiungsarmee Kurdistan (ARGK) und die

- Nationale Befreiungsfront Kurdistan (ERNK).

Während die ARGK als militärischer Arm den Krieg in der Türkei führt, ist die ERNK für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Propaganda zuständig. Die ERNK ist eng mit den sog. Y-Gruppen (Yekitiya = Union/Verband), die u.a. für Arbeiter, Jugendliche, Frauen, Intellektuelle und Studenten gegründet wurden, verflochten.

Trotz des durch das Bundesinnenministerium am 26. November 1993 erlassenen Betätigungsverbotes ist ein Rückgang der PKK-Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht festzustellen. Es scheint eher sogar zu einem Anwachsen der Anhängerzahl gekommen zu sein. Die Ursache dafür ist in den anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten der Türkei zu suchen. Kurdische Familien in der Bundesrepublik Deutschland schicken ihren Nachwuchs zur Unterstützung des PKK-Kampfes in die Türkei. Zahlreiche Todesopfer sind zu beklagen.

Auch das Spendenaufkommen für die PKK in der Bundesrepublik Deutschland ist ungebrochen. Schätzungen gehen von Beträgen von weit über 20 Mio. DM aus, die zur Unterstützung des Krieges jährlich aufgebracht werden.

Tod eines Kurden

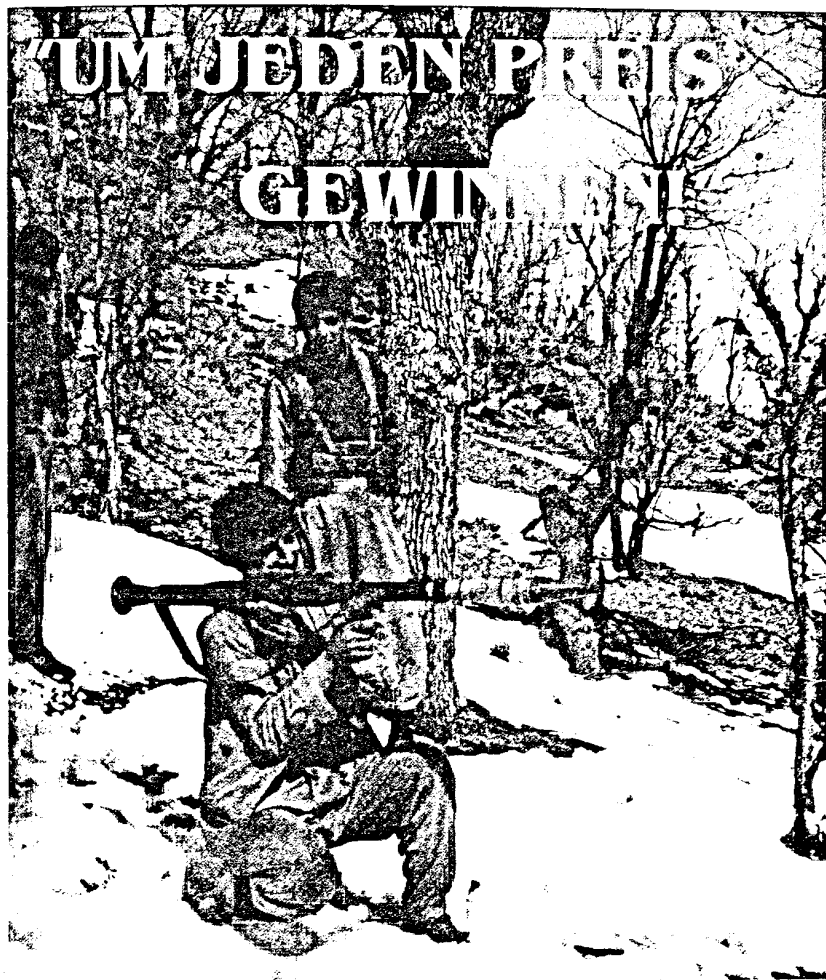
Während des Klebens von Plakaten der ERNK, gegen die der Bundesinnenminister ein Betätigungsverbot erlas-



KURDISTAN REPORT

Januar/Februar 1994
Nr. 65
Preis: 3.00 DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan



sen hatte, im Stadtzentrum von Hannover wurde am 30. Juni der 16jährige Kurde Halim Dener von der Polizei überprüft. Dabei löste sich ein Schuß aus einer Dienstwaffe, der Kurde wurde getötet. Dieser Todesfall, der ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegen einen beteiligten Polizeibeamten nach sich zog, führte zu zahlreichen Demonstrationen und gewalttätig verlaufenen Aktionen. Die der PKK nahestehende Tageszeitung „Özgür Ülke“ heizte die Stimmung an: „Die deutsche Polizei hat Kurden-Blut fließen lassen. Sie kann die Demonstrationen von Kurden nicht mehr ertragen und hat daher am Ende auch noch einen Mord begangen.“ Die ERNK drohte offen: „Falls sich Deutschland bei den Kurden nicht entschuldigt, wird mit denselben Mitteln geantwortet.“

- In der Nacht zum 2. Juli wurden in Hannover Polizeiautos beschädigt und Fenster von Polizeidienststellen eingeschlagen. Ähnliche Gewalttaten wurden in Hamburg, Kassel, Offenbach, Saarbrücken, Osnabrück, Oldenburg und Braunschweig begangen.
- Zu einer spontanen Demonstration, die friedlich verlief, trafen sich am 2. Juli 500 Teilnehmer in Hannover.
- Am 3. Juli verübten PKK-Anhänger vor allem in Norddeutschland weitere Anschläge auf Polizeieinrichtungen.

Zu einem Trauerzug und einer Großkundgebung kamen am 9. Juli 16.000 Kurden nicht nur aus der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch aus westlichen Nachbarstaaten in Hannover zusammen. Obwohl PKK-Embleme und ERNK-Fahnen in großer Zahl gezeigt wurden, griff die Polizei aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nicht ein. Der im übrigen friedliche

Verlauf der Veranstaltung rechtfertigte die taktische Zurückhaltung der Polizei angesichts der aufgeheizten Stimmung. In PKK-Kreisen wurde die Demonstration als Erfolg gefeiert. Man habe damit das Betätigungsverbot faktisch aufgehoben. Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung waren von der PKK-Führung in Syrien im einzelnen geregelt worden.

Deutsche Autonome, die den Protest der PKK für ihre Zwecke funktionalisieren wollten, blieben isoliert. Ein Block von 300 Vermummten wurde durch kurdische Ordner kontrolliert.

Offenbar ermutigt durch die Juli-Veranstaltung wollten sich am 24. September Kurden aus ganz Europa zu einem Festival unter dem Titel „Halim Dener – III. Internationales deutsch-kurdisches Kulturfestival“ im Niedersachsenstadion Hannover treffen. Der Anmelder, die PDS/Linke Liste, rechnete mit 50.000 Besuchern. Von der Polizeidirektion Hannover wurde das Treffen jedoch untersagt, das dann im niederländischen Landgraaf bei Maastricht stattfand. In einem dort vor 50.000 Anhängern vorgeführten Video-Film kritisierte PKK-Chef ÖCALAN das Verbot der Veranstaltung in Hannover und machte deutsche Politiker mitverantwortlich für den Krieg der Türkei gegen die Kurden.

Weitere PKK-Aktionen

Vom 21. bis zum 28. März fand die Aktionswoche der ERNK aus Anlaß des Newroz-Festes am 21. März statt. Bundesweit kam es zu teilweise gewaltsamen Aktionen.

- Mit Selbstverbrennungen protestierten am 21. März bei Mannheim zwei junge Kurdinnen gegen das PKK-Verbot und die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland in die Türkei. Der Tod der beiden Frauen, die in Veröffentlichungen als Märtyrerinnen bezeichnet wurden, führte zu zahlreichen Protestaktionen, so auch in Göttingen.
- „Gegen den Völkermord an den Kurden“ sollte auf einer Demonstration am 21. März in Hannover protestiert werden. Die Veranstaltung wurde verboten. Bei der Durchsetzung des Verbotes kam es zu erheblichen Gewalttätigkeiten. Mehrere Menschen wurden verletzt. 60 Personen wurden festgenommen, weil sie Steine und Brandsätze gegen Polizeibeamte schleuderten.
- Ebenfalls verboten wurde eine Newroz-Feier am 2. April in Hannover, zu der 3.000 Teilnehmer erwartet worden waren. Durch ein großes Polizeiaufgebot konnten Ausschreitungen verhindert werden.
- Als einen großen Erfolg wertete die PKK die Veranstaltung am 25. Juni im Frankfurter Waldstadion, zu der rund 50.000 Personen, unter ihnen rund 1.000 aus Niedersachsen, zusammengekommen waren.
- Am 28. Juli 1994 veranstalteten der PKK nahestehende Organisationen eine Auftaktkundgebung in Bonn für eine Fahrradtour von Bonn nach Genf. Ziel der Fahrradtour sollte die Konferenz der UN-Menschenrechtskommission zum Thema „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ am 27. August in Genf sein. Im Verlauf der Veranstaltung kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die 119 Personen vorläufig festnahm.

Anhängerzahlen

Die PKK ist nach marxistisch-leninistischem Vorbild als Kaderpartei organisiert. Die große Zahl von Anhängern und Unterstützern, die allein in der Bundesrepublik Deutschland bei weit über 50.000 Personen liegt, könnte dazu führen, daß sich die PKK in absehbarer Zeit ungeachtet des in Deutschland erlassenen Betätigungsverbotes von einer Kader- zu einer Mitgliederpartei entwickelt. Im Dezember 1993 nahm der Europavertreter der ERNK, Kani YILMAZ, in einer Sonderausgabe des „Kurdistan Report“ zur Situation der PKK in Deutschland nach ihrem Betätigungsverbot Stellung:

„Allein in Deutschland gibt es 200.000 kurdische Familien, die mich jeden Tag aufnehmen können. Alle ihre Häuser sind für mich Vereine. Unser Meer ist das Volk selbst. Und wir führen unsere Aktivitäten Tag und Nacht in diesen 200.000 Vereinen. Auch dieses Interview zum Beispiel führen wir in den Wohnräumen eines kurdischen Patrioten. Morgen werden wir eine andere Sitzung in dem Haus eines anderen Patrioten durchführen. Es gibt sowieso keine Möglichkeit, dies zu verhindern.“

Auch wenn die von YILMAZ genannte Zahl von Sympathisanten der PKK in der Bundesrepublik aus propagandistischen Gründen stark überhöht ist, darf nicht verkannt werden, daß der Zulauf zur PKK seit ihrem Betätigungsverbot nicht nachgelassen hat. Die Stimmung auch unter politisch

nicht sonderlich interessierten Türken kurdischer Volkszugehörigkeit hat sich in aggressiver Form zugespitzt. Sie richtet sich sowohl gegen die türkische Regierung, der die alleinige Schuld am Krieg im Osten der Türkei gegeben wird, als auch gegen die Bundesrepublik Deutschland, der Unterstützung vorgeworfen wird. Es ist davon auszugehen, daß der Zulauf zur PKK, die nach Ansicht vieler Kurden tatsächlicher Interessenwahrer der Belange des kurdischen Volkes ist, auch 1995 anhalten wird.

In Niedersachsen sind gegenüber 1993 mehr als 25 Prozent neue Anhänger zur PKK gestoßen. Die Zahl insgesamt dürfte bei rund 1.000 Personen liegen. Ein Zentrum der Aktivitäten der PKK ist Celle.

Finanzierung

Wichtigste Einnahmequelle der PKK sind Spenden ihrer Landsleute. Dabei kommen jährlich weit über 20 Millionen DM zusammen. Während einerseits Gelder überwiegend mit Drohungen („Spendengelder-Erpressungen“) eingetrieben werden, blieb andererseits 1994 die Bereitschaft bei vielen Kurden ungebrochen, freiwillig die PKK zu unterstützen. Zahlungen werden in Größenordnungen von 50 DM bis über 10.000 DM geleistet.

Die häufigen Behauptungen der türkischen Regierung, die PKK finanziere ihren Kampf im wesentlichen durch Einkünfte aus dem Rauschgift-handel, können nicht generell bestätigt werden. Zwar gibt es Hinweise darauf, daß Drogendealer kurdischer Volkszugehörigkeit einen Teil ihrer Gewinne der PKK zur Verfügung

stellen, doch liegen bislang keine Erkenntnisse darüber vor, daß sie im Auftrag der PKK ihrem Drogenhandel nachgehen.

Prognose

Die Verwüstungen der Infrastruktur und der Lebensgrundlagen der Menschen im kurdischen Teil der Türkei durch die türkische Armee wird der PKK weitere Anhänger und Unterstützer zuführen. Parallel dazu wird sie in der Bundesrepublik Deutschland, die von ihrem Parteichef ÖCALAN verschiedentlich als „Kriegsfeind Nummer zwei“ (nach der Türkei) bezeichnet wurde, weiter aktiv sein, um insbesondere unter den rund 500.000 Landsleuten Spenden einzutreiben. Das sicherheitspolitische Problem, das die militante PKK für die Bundesrepublik Deutschland darstellt, läßt sich von den deutschen Sicherheitsbehörden allein nicht lösen. Vielmehr sind internationale Anstrengungen zur Lösung der Kurdenfrage notwendig. Der PKK-Chef ÖCALAN selbst schloß 1994 friedliche Lösungen nicht aus. In der türkischen Tageszeitung „Özgür Gündem“ führte er u.a. aus:

„Es müssen Verhandlungen stattfinden. ... Die Lösung liegt in einem demokratischen Klima, in dem kein Zwang herrscht. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, unter Bedingungen ohne Zwang alle möglichen Ideen zu diskutieren und eine politische Alternative zu entwickeln. Das ist im Grunde auch nicht mehr als die Inanspruchnahme des Rechts, eine sichere Politik

machen zu können. Wenn ein sicheres Klima in der Türkei geschaffen wird, stelle ich keinerlei Forderungen im Zusammenhang mit der kurdischen Frage. Ich will in einem Klima, in dem nicht die Waffen sprechen, Politik machen. ... Es sollen Verhandlungspartner zusammenkommen, die in der Lage sind, die Probleme zu lösen, wir werden sie unterstützen. Aber beide Seiten müssen ihren guten Willen deutlich machen. Ich wiederhole noch einmal, daß ich bereit bin, unendlich meinen guten Willen zu zeigen, aber ich werde auf keinen Fall zulassen, daß die demokratischen und nationalen Rechte eines Volkes mit Füßen getreten werden und sogar seine Existenz verleugnet wird. Wenn es notwendig ist, werde ich deshalb auch unerbittliche Gewalt anwenden, aber ich bin auch bereit, auf demokratischste politische Weise meine Aufgabe zu erfüllen."

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Die 1983 wegen schwerer Gewalttaten vom Bundesinnenminister verbotene Vereinigung Devrimci Sol blieb auch 1994 in der Bundesrepublik Deutschland aktiv. Sie unterwarf sich dabei konspirativen Regeln. Die öffentliche Sicherheit ist durch Aktivisten dieser marxistisch-leninistischen Organisation gefährdet. Die zunehmende Militanz und die Brutalität, mit der Angriffe ohne Rücksicht auf Unbeteiligte geführt werden, lassen erkennen, daß die Devrimci Sol-Aktivisten nicht bereit sind, sich den Gesetzen des Gastlandes unterzuordnen oder von staatlichen Maßnahmen beeindruckt zu lassen.

Der seit März 1993 in der Devrimci Sol stattfindende Machtkampf setzte sich auch 1994 fort. Zwei verfeindete Fraktionen stehen sich gegenüber:

- die KARATAS-Gruppe, die sich nach dem bisherigen Führer Dursun KARATAS benannt hat, und die
- YAGAN-Gruppe, die den Namen des am 6. März 1993 von der türkischen Polizei getöteten Funktionärs Bedri YAGAN trägt.

KARATAS wird von den Anhängern des YAGAN-Flügels u.a. vorgeworfen, die Organisation nicht richtig führen zu können und für den Tod von Aktivisten verantwortlich zu sein.

Am 6. November wurde ein Mitglied des KARATAS-Flügels von YAGAN-Anhängern in Bergisch Gladbach durch Schüsse getötet. Ähnliche Vorfälle hatte es bereits 1993 in Niedersachsen (am 13. August wurden in Sarstedt ein Funktionär des YAGAN-Flügels und ein unbeteiligter deutscher Schüler schwer verletzt) und in Berlin (am 1. Mai wurde ein YAGAN-Anhänger durch einen Schuß getötet) gegeben.

Am 9. September wurde Dursun KARATAS bei seiner Einreise nach Frankreich von der französischen Polizei festgenommen. Gegen ihn und seine Begleiter wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Am 26. Januar 1995 wurde KARATAS gegen Meldeauflagen aus der Haft entlassen. Er tauchte unter und wird seitdem mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Der Generalbundesanwalt in Karlsruhe hatte bereits im Mai 1993 ein

Ermittlungsverfahren gegen KARATAS wegen des Verdachts der Anstiftung zum Mord eingeleitet. Er wird verdächtigt, als Anführer der Devrimci Sol Todesurteile gegen abtrünnige Mitglieder ausgesprochen und Tötungsbeehle erteilt zu haben.

Im Oktober gab der KARATAS-Flügel seine Umwandlung in eine Partei mit dem Namen Revolutionäre Volksbefreiungspartei / -front (DHKP-C) bekannt. Mit dieser Partei soll die Tradition des revolutionären Kampfes der Devrimci Sol bewahrt sowie die politischen und militärischen Ziele der 1972 aufgelösten „Mutterorganisation“ THKP-C weiter verfolgt werden.

Die beiden Flügel der Devrimci Sol sichern ihre Finanzierung mit kriminellen Spendengelderpressungen. Nach sichergestellten Unterlagen ist es 1994 zu Geldeintreibungs-Aktionen in mehreren niedersächsischen Städten gekommen.

In Niedersachsen ist der KARATAS-Flügel insbesondere im Großraum Hannover aktiv. Er kann etwa 100 Anhänger mobilisieren. Die überwiegend im Raum Braunschweig-Salzgitter lebenden YAGAN-Gefolgsleute, deren Organisation in THKP-C (Türkische Volksbefreiungspartei/-front) umbenannt ist, spielten eine geringere Rolle.

Islamische Extremisten

Der Islam gehört zu den großen Weltreligionen mit rund 1,2 Milliarden Gläubigen. In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa zwei Millionen Muslime. Der Islamismus ist die extremistische oder fundamentalisti-

sche Ausprägung des Islam. Er propagiert einen islamischen Gottesstaat, in dem alle staatliche Gewalt von Allah ausgeht, das islamische Gesetz, die Scharia, gilt, und das Leben des Einzelnen nach den Regeln des Koran zu verlaufen hat. Diese islamistische Ordnung und die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland sind miteinander unvereinbar. Islamistische politische Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, werden vom Verfassungsschutz beobachtet.

Fast alle islamistischen Organisationen, die im Nahen Osten und in Nordafrika aktiv sind, haben auch in Deutschland organisatorische Strukturen aufgebaut. Zwar geht von ihnen zur Zeit noch keine konkrete Bedrohung der inneren Sicherheit durch Gewalthandlungen aus. Mittel- und langfristig ist ihre Gefährlichkeit allerdings nicht zu unterschätzen. Zu den drei nachfolgenden bedeutsamen Organisationen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die nachstehenden Erkenntnisse zusammengestellt.

Muslimbruderschaft (MB)

Als „Mutterorganisation“ für die sunnitisch-arabischen Islamisten fungieren in Deutschland vor allem die „Islamischen Zentren“ (IZ) der international tätigen Muslimbruderschaft (MB). Die

MB wurde 1928 von Hassan al-BANNA in Ägypten gegründet. Von dort aus verbreitete sie sich in nahezu alle arabischen Staaten und Länder, in denen sunnitische arabische Muslime leben. Die beiden größten Zentren in Deutschland sind die Zentrale des ägyptischen Zweigs der MB in München (IZ-München) und das IZ-Aachen, das vom syrischen Zweig der MB geprägt ist. Ideologisch unterscheiden sich beide Zentren kaum. Angehörige der MB sind im Bundesgebiet bislang nicht gewalttätig aufgetreten. Ihre Aktivitäten bestehen in der Durchführung von religiösen Veranstaltungen sowie des Jahreskongresses, zu dem auch geladene Gäste aus dem Ausland anreisen. Die MB verbreitet Publikationen, in denen sie insbesondere die Unterdrückung des Islam kritisiert. Schwerpunkte sind derzeit „Palästina“, „Bosnien“ und Algerien. Über den „Deutschsprachigen Muslimkreis im Islamischen Zentrum München e.V.“, der sich aus zum Islam konvertierten Deutschen zusammensetzt, versucht die MB, auch Einfluß auf die deutsche Bevölkerung zu gewinnen. Diese Bemühungen zeigten bislang allerdings keinen nennenswerten Erfolg.

Die islamischen Zentren sind oder waren zumindest in einer frühen Phase der Strukturierung im Bundesgebiet auch Anlaufstelle für alle weiteren regionalen Zweige der MB wie der algerischen Islamischen Heilsfront (FIS) oder der tunesischen „En-Nahda“. Mitglieder der MB gründeten 1982 den Islamischen Bund Palästina (IBP), der sich als Vertretung der palästinensischen Islamischen Widerstandsbewegung (HAMAS) im Bundesgebiet versteht.

Harakat Al-Muquawama Al-Islamiya (HAMAS)

Die Islamische Widerstandsbewegung HAMAS trat mit Beginn der gegen die israelische Besetzung gerichteten INTIFADA im Jahre 1987 öffentlich auf. Ihr Ziel ist die Machtübernahme der Islamisten durch die Errichtung eines palästinensischen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästina/Israel. Ihre Gegnerschaft zum Friedensprozeß in Nahost machte sie durch zahlreiche Anschläge deutlich, u.a. im Gaza-Streifen und im Westjordanland im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gaza-Jericho-Abkommens. Führende Repräsentanten der HAMAS halten sich in Jordanien und anderen arabischen Staaten auf. Die im Islamischen Bund Palästina organisierten HAMAS-Anhänger in Deutschland betreiben durch die Verbreitung von Publikationsmaterial intensive Öffentlichkeitsarbeit im Bundesgebiet. Gemeinsam mit türkischen Islamisten führten HAMAS-Anhänger am 27. Februar in Berlin eine Großdemonstration als Reaktion auf das Massaker in Hebron durch (am 25. Februar hatte ein jüdischer Siedler mehr als 20 palästinensische Besucher der Moschee in Hebron getötet).

Auch die HAMAS verfügt nicht über Organisationsstrukturen in Niedersachsen.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Die schiitisch-extremistische libanesisch Hizb Allah (Partei Gottes) wurde im Jahre 1982 auf Betreiben des Iran gegründet. Die Organisation ent-

wickelte sich dank massiver iranischer Unterstützung rasch zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten.

Seit 1989 war zunächst weltweit ein relativer Rückgang terroristischer Hizb Allah-Aktionen gegen westliche Ziele festzustellen, was vor allem auf die wirtschaftliche Interessenlage des Iran als dem wichtigsten Unterstützer der Organisation zurückzuführen sein dürfte. Der scheinbar gänzliche Verzicht der Organisation auf Terroranschläge außerhalb des Libanon wurde aber mit dem Tod des Hizb Allah-Generalsekretärs Abbas MUSSAWI bei einem Angriff israelischer Truppen im Februar 1992 im Süd-Libanon unterbrochen. Es folgten schwere Anschläge auf israelische Einrichtungen in Istanbul, Ankara und Buenos Aires.

Vor dem Hintergrund des Massakers von Hebron am 25. Februar, der Entführung des Hizb Allah-Funktionärs Mustafa DIRANI am 21. Mai aus dem Libanon und des Luftangriffs der israelischen Armee auf Ausbildungslager der Hizb Allah am 2. Juni im Südlibanon wurden Vergeltungsaktionen der Hizb Allah auch gegen jüdische Ziele außerhalb des Libanon befürchtet. Unvermindert fortgesetzt hat sich ihre Anschlagstätigkeit auf israelische Ziele im Südlibanon, die die Hizb Allah unter der Bezeichnung „Islamischer Widerstand“ durchführt. Vertreter der Hizb Allah, die grundsätzlich jegliche Kompromisse mit Israel ablehnen, bezeichneten den Tag, an dem das Gaza-Jericho-Abkommen unterzeichnet wurde, in verschiedenen Presseerklärungen als „den schwärzesten Tag in der Geschichte der islamischen Nation“ und kündigten an, den „Kampf gegen die Zionisten“ unvermindert fortzusetzen.

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Hizb Allah-Anhänger agieren ebenfalls unter der Bezeichnung Islamischer Widerstand. Sie bemühen sich seit 1991 um die Konsolidierung ihrer Organisation. Aus dem Libanon anreisende Funktionäre instruieren die hiesigen Zweigorganisationen und schwören die Anhänger auf die jeweils aktuelle politische Linie ein.

In Niedersachsen haben sich Anhänger der Hizb Allah in mehreren – konspirativ abgeschotteten – Ortsgruppen bzw. Stützpunkten organisiert. Einer ihrer Schwerpunkte ist Hannover. Hier wurden im März etwa 200 Personen mobilisiert. Besuche hochrangiger Funktionsträger unterstrichen die überörtliche Bedeutung der Ortsgruppe Hannover. Auch in weiteren niedersächsischen Städten sind Anhänger der Organisation aktiv. So werden nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes auch derzeit noch Hizb Allah-Anhänger, die zumindest mittelbar an einem Terroranschlag beteiligt waren und in ein Land des Nahen Ostens geflüchtet sind, von einer niedersächsischen Ortsgruppe finanziell unterstützt.

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB/A.F.I.D.)

Der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB) strebt eine islamische Republik Türkei nach dem Vorbild des Iran durch Revolution an. Er ruft öffentlich zum Sturz der Regierung auf. Der ICCB sieht sich als Interessenvertretung der islamischen Vereinigungen in Europa mit dem Ziel und der Verpflichtung, dem Islam auch die weltliche Herrschaft zu sichern.

Feindbilder des Vorsitzenden des ICCB, Cemalettin KAPLAN *), sind Kapitalismus, Demokratie, Laizismus und Parteiensysteme. Im April 1992 proklamierte er den „Föderativen Islamstaat Anatolien“ (A.F.I.D.) als Heimat der türkischen Muslime.

Am 8. Mai ernannte sich KAPLAN während einer Großveranstaltung in einer Moschee in Köln mit rund 2.000 Teilnehmern zum Kalifen der islamischen Nation, also zum rechtmäßigen Nachfolger des Propheten Mohammed.

Das Ereignis fand unter Türken starke Beachtung. Der frühere türkische Staatspräsident Evren bezeichnete in einem Zeitungsinterview KAPLAN als einen Moscheeprediger, „der Glut und Galle über den laizistischen Staat erbricht und einen heiligen Krieg gegen die Türkei vorbereitet“. Anhänger KAPLANs kritisierten die Selbsternennung zum Kalifen als Anmaßung. Viele von ihnen verließen den Verband und gründeten eine eigenständige Organisation.

Zwei der bisher dem ICCB angehörenden Vereine schlossen sich der „Vereinigung der Neuen Weltsicht e.V.“ (AMGT) an. Die AMGT – nach eigenen Angaben hat sie 30.000 Mitglieder in Europa – unterstützt die Politik der „Wohlfahrtspartei“ (RP) in der Türkei. Ihr Führer Necmettin ERBAKAN möchte auf parlamentarischem Wege ohne Gewaltanwendung eine islamische Republik errichten.

Die AMGT betont, nicht extremistisch zu sein und die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland zu respektieren. Sie lehnt Gewalt und

Terror zur Durchsetzung politischer Ziele ab. Bisher wurde allerdings nicht deutlich, daß sich die AMGT von der häufig geäußerten antijüdischen Haltung ihrer Anhänger, die in der Verherrlichung des „Heiligen Krieges“ zur Vernichtung des Staates Israel gipfelt, ernsthaft distanziert.

„Union islamischer Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.)

Viele außerhalb des Iran lebende Anhänger des Regimes der islamischen Republik Iran sind in der „Union islamischer Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.) organisiert. Die Organisation verfügt als Dachverband der islamisch-iranischen Studentenvereine über zahlreiche Zweigstellen in mehreren europäischen Ländern, so auch in Deutschland. Sie wird vom Iran aus bzw. von iranischen diplomatischen Vertretungen und dem iranischen Nachrichtendienst im Ausland gesteuert. Zu den Hauptaufgaben der U.I.S.A. gehört die Propagierung der Revolutionsideen Khomeinis, die Ausspähung und Bestrafung aktiver iranischer Oppositioneller. In Niedersachsen sind Mitglieder der U.I.S.A. in allen wichtigen Hochschulstandorten aktiv.

*) KAPLAN ist im Mai 1995 im Alter von 69 Jahren verstorben.

Spionageabwehr

Überblick

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts sind im ehemaligen Ostblock über 30 Nachrichtendienste entstanden, deren Aufklärungseinheiten sich in unterschiedlicher Intensität mit der Ausforschung der Bundesrepublik Deutschland befassen. Dabei ist das frühere nachrichtendienstliche Vorgehen wegen der sich enger gestalten- den politischen Zusammenarbeit von West und Ost einer vorsichtigeren Handlungsweise gewichen. Ein hoher Prozentsatz der nachrichtendienstlichen Ausspähung beschränkt sich heute auf die sogenannte offene Abschöpfung. Es werden jedoch weiterhin nachrichtendienstliche Aktivitäten insbesondere der russischen Nachrichtendienste festgestellt, die unter Einsatz konspirativer Methoden stattfinden.

Russische Nachrichtendienste

Das wiedervereinigte Deutschland steht wegen seiner zentralen Lage sowie seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung für die russischen Nachrichtendienste als Aufklärungsziel in Europa nach wie vor an vorderster Stelle.

Im Bereich der Außenpolitik besteht ein erhebliches Interesse, frühzeitig politische Standpunkte der Bundesrepublik zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie zu den Problemen, die das Verhältnis von Staaten der ehemaligen UdSSR untereinander betreffen, zu erfahren.

Im sicherheitspolitischen Bereich konzentrieren sich die Aufklärungsbemühungen der russischen Nachrichtendienste auf die Entwicklung der westlichen Verteidigungsbündnisse NATO und Westeuropäischen Union (WEU).

Ein Betätigungsfeld von besonderer Bedeutung ist der Schutz russischer Wirtschaftsbelange. Die russischen Nachrichtendienste beobachten ausländische Konkurrenzunternehmen und versuchen, durch nachrichtendienstliche Aktivitäten günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der russischen Wirtschaft auf den Weltmärkten zu schaffen. Dieses gilt für die Sicherung der Interessen sowohl staatlicher als auch nicht-staatlicher russischer Unternehmen. Die Aktivitäten russischer Nachrichtendienste sind vor allem im Bereich der technologischen Spionage verstärkt worden. Nachrichtendienstliche Operationen zur Beschaffung wirtschaftlicher sowie wissenschaftlich-technischer Informationen und Hochleistungstechnologie mit zivilen und militärischen Anwendungsmöglichkeiten („dual use products“) stehen an erster Stelle.

In der militärischen Nachrichtenbeschaffung hat weiterhin der Auftrag zur Beschaffung von Informationen aus den traditionellen Aufklärungsreichen Militär, Politik, militärische Einsatzplanung sowie Infrastruktur und Bewaffnung im Bereich der Bundeswehr und der NATO Vorrang. Von Interesse sind die Entwicklung der Bundeswehr, die Truppenbewegungen und die Unterbringung der Soldaten in den neuen Bundesländern sowie die Nutzung von Objekten, Waffen und Gerätschaften der ehemaligen NVA durch die Bundeswehr.

Nach dem Abzug der Westgruppe der russischen Armee aus Deutschland stehen den russischen Nachrichtendiensten die klassischen Trefforte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht mehr zur Verfügung. Sie haben deshalb die Territorien anderer Länder, insbesondere Polens und Tschechiens mit einbezogen. Persönliche Treffen zwischen Führungsoffizier und Agent finden nur noch in Ausnahmesituationen, auf jeden Fall aber in längeren Zeitabständen statt. Ebenso sind Deckadressen in den neuen Bundesländern aufgegeben und durch neue Anschriften, in der Regel in Moskau, ersetzt worden. Als Verbindung zwischen Führungsstelle und Agenten dienen der klassische Agentenfunk, die Benutzung von Geheimschreibpapier und tote Briefkästen.

Als Operationsbasis in Deutschland nutzen die russischen Nachrichtendienste weiterhin die sogenannten Legalresidenturen in ihren offiziellen Vertretungen, wie der Botschaft, den Handelsvertretungen und Konsulate. Die Personalentwicklung in diesem Bereich zeigt, daß die russischen Nachrichtendienste ihre Legalresidenturen auf hohem Niveau halten und als unverzichtbaren Bestandteil ihres Aufklärungskonzepts betrachten.

Neben den Legalresidenturen gewinnt die Gründung von Firmen, die ganz oder anteilig Russen gehören, an Bedeutung. Die Nachrichtendienste sind bestrebt, manche dieser sogenannten „Joint Ventures“ für ihre Zwecke zu nutzen.

SWR

Der russische Auslandsaufklärungsdienst SWR (Slushba Wneschnej Raswedki) mit ca. 16.000 Mitarbeitern ist weiterhin mit der Aufklärung im zivilen Bereich befaßt. Er betreibt in Deutschland Spionage in den traditionellen Aufklärungsbereichen Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik, Wissenschaft und Technik sowie im Bereich der Wirtschaft. Dabei hat vor allem die Informationsbeschaffung im wirtschaftlichen Bereich besondere Bedeutung.

GRU

Der russische militärische Auslandsnachrichtendienst GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlanija) hat ca. 12.000 Mitarbeiter. Seine Zuständigkeit liegt in der Aufklärung der Bundeswehr und der NATO sowie in der Ausforschung der Bereiche Rüstungstechnik und Militärtaktik. Inzwischen gibt es Hinweise, daß die GRU auch in Teilbereichen der Wirtschaftsaufklärung tätig ist.

FSK

Das Ende 1993 aufgelöste russische Sicherheitsministerium (MBR) wurde Anfang 1994 durch den Föderalen Dienst Spionageabwehr FSK (Federalnaja Slushba Kontrraswedki) abgelöst. Dieser Dienst hat ca. 75.000 Mitarbeiter.

Als Inlands-Abwehrrdienst ist der FSK vor allem für zivile und militärische Spionageabwehr, für Terrorismusbekämpfung sowie für Spionageabwehr im wirtschaftlichen Bereich

zuständig. Der FSK war bis Ende August 1994 vor allem bei den bis dahin in den neuen Ländern der Bundesrepublik stationierten russischen Truppen vertreten.

Wichtig für die Spionageabwehr des Bundes und der Länder ist die Tatsache, daß der FSK Informationen über deutsche und andere westliche Sicherheitsbehörden zu beschaffen versucht.

Der FSK hat sich auch mit der Sicherung der Interessen staatlicher und nicht-staatlicher russischer Unternehmen zu befassen. Es ist zu vermuten, daß der FSK unter dieser Prioritätensetzung offensive Wirtschaftsspionage gegen den Westen betreiben wird, um die internationale Konkurrenzlage der russischen Wirtschaft zu verbessern.

Nachrichtendienste Ost- und Südosteuropas

Von den übrigen osteuropäischen Nachrichtendiensten waren 1994 keine gravierenden nachrichtendienstlichen Aktivitäten gegen die Bundesrepublik zu verzeichnen. Weil diese Dienste jedoch weiterhin eigene nachrichtendienstliche Aufklärungseinheiten unterhalten, ist auch hier in Zukunft Aufmerksamkeit der Spionageabwehrbehörden des Bundes und der Länder geboten.

Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens

Die sogenannten Krisenländer gewinnen für die Spionageabwehr der Bundesrepublik Deutschland zunehmend an Bedeutung. Zu diesen Ländern werden in erster Linie Irak, Iran, Syrien und Libyen gezählt. Die Nachrichtendienste dieser Länder verfolgen das Ziel, mit der konspirativen Beschaffung von Informationen aus dem poli-

tisch-wirtschaftlichen und militärischen Bereich Rückstände im Weltniveau auszugleichen, aber auch in den Besitz Embargo-geschützter Waren zu kommen. Vielfach geht es ihnen um die Förderung militärischer Nuklearprogramme bis hin zur Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln.

Die Verhinderung des Exports sensibler Güter, die nachrichtendienstlich in der Bundesrepublik Deutschland beschafft sind und deren Ausfuhr nachrichtendienstlich gesteuert wird, ist Aufgabe der Spionageabwehr in den Verfassungsschutzbehörden, wobei mit anderen Sicherheitsbehörden eng zusammengearbeitet wird. Der Begriff sensitive Exporte ist der Oberbegriff für illegale Exportvorgänge, die verschiedenen internationalen Verträgen und Rechtsnormen zuwiderlaufen. Das sind z.B.:

- der Atomwaffensperrvertrag von 1968;
- die Konvention zum Verbot von bakteriologischen und Toxinwaffen aus dem Jahre 1972;
- die Konvention zum Verbot von Chemiewaffen (1993);
- das Missile Technology Control Regime MTCR von 1987 (Kontrolle von Trägersystemen = z.B. Raketen);
- Handelsbeschränkungen und Embargo-Vereinbarungen, die z.B. Irak und Libyen betreffen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Nachrichtendienste der Krisenländer ist die Ausforschung und Bekämpfung politischer Gegner im Ausland.

In diesen Ländern agieren in der Regel ein militärischer Nachrichtendienst und ein ziviler Auslandsaufklärungsdienst, die in ihren Auf-

klärungszielen kaum noch Unterschiede aufweisen. So sind z.B. Angehörige dieser Geheimdienste auch im Ausland häufig gemeinsam an denselben legalen Residenturen tätig.

Weitere Stützpunkte für die gegnerischen Nachrichtendienste in Deutschland sind Firmen, die mit ihren Kapitalverflechtungen deutliche Beziehungen in den Nahen und Mittleren Osten aufweisen. Auch halbstaatliche Einrichtungen dieser Länder, wie Fluggesellschaften mit Teilen des Personals sind nachrichtendienstlich tätig.

Ferner ist zu beobachten, daß verstärkt Studenten und Wissenschaftler als nachrichtendienstliches Potential genutzt werden. Insbesondere, wenn sie sich mit der Forschung und Entwicklung sensibler Hochtechnologien befassen, sind sie ideale Quellen für die Informationsbeschaffung.

Nachrichtendienstliche Aufarbeitung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)

In den Jahren 1993 und 1994 konnte das Bundesamt für Verfassungsschutz unter Beteiligung der Verfassungsschutzbehörden der Länder neues Material der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auswerten.

Ziel der Spionageabwehr war es in erster Linie, durch die Enttarnung einer Vielzahl ehemaliger Agenten und Kontaktpersonen eine künftige Nutzung dieses Personenkreises durch andere Nachrichtendienste auszuschließen.

● Seit dem 7. Oktober 1994 ist das Urteil des OLG Celle vom 18. Januar 1994 gegen Wilhelm B. rechtskräftig. Dieser war wegen Landesverrats in Tateinheit mit Bestechlichkeit zu einer Freiheitsstrafe von 9 Jahren verurteilt worden. Wilhelm B. hatte als in der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde tätiger Erster Kriminalhauptkommissar der Abt. IX der Hauptverwaltung Aufklärung des ehemaligen MfS von 1977 bis zur Jahreswende 1989/90 fortlaufend Erkenntnisse aus dem Arbeitsbereich der Spionageabwehr, u.a. Gegenoperationen mit überwundenen MfS-Agenten, verraten.

● Anfang 1994 wurde der ehemalige Sicherheitsbeauftragte der Niederlassung einer internationalen Elektronikfirma in Niedersachsen vom Kammergericht Berlin wegen Landesverrats im besonders schweren Fall zu einer Freiheitsstrafe von 12 Jahren verurteilt. Er hatte sich dem MfS 1975 zur Mitarbeit angeboten und lieferte bis 1980 aus seinem Arbeitsbereich etwa 35.000 Blatt verschiedener militärischer Geheimdokumente, die bei mehreren nachrichtendienstlichen Treffs an das MfS übergeben wurden. Zur Unterstützung seiner Tätigkeit war der Verurteilte mit nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln und falschen Ausweisungspapieren ausgestattet worden. Für seine Agententätigkeit hat er vom ehemaligen MfS ca. 70.000 DM erhalten. Das Gericht sprach in seinem Urteil von einem der schwersten Verratsfälle in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

● Vom Oberlandesgericht Celle wurde im Juli die Geheimregistratorin im Niedersächsischen Innenministerium und ihr als Kurier tätiger Ehemann wegen Landesverrats zu einer Frei-

heitsstrafe von jeweils fünf Jahren verurteilt. Außerdem wurden von ihrem Agentenlohn DM 100.000 eingezogen. Das Ehepaar war 1951 aus der DDR geflüchtet und Mitte der 60er Jahre vom MfS angeworben worden. Als Verwalterin der Geheimregistratur hatte die Ehefrau Zugang zu Unterlagen über NATO-Übungen, militärische Spereinrichtungen in Niedersachsen, dem Zivilen Alarmplan für den Verteidigungsfall und Akten zur Terrorismusbekämpfung. Diese Schriftstücke nahm sie nach Dienstschluß mit in ihre Wohnung, wo sie von ihrem Ehemann fotografiert wurden. Bei zahlreichen Treffen mit MfS-Offizieren wurden die Filme übergeben. Sie wurden vom MfS auch an den sowjetischen Geheimdienst KGB weitergeleitet.

● In dem Strafverfahren gegen Angehörige der Stasi-„Residentur Mitte“ in Hannover vor dem Oberlandesgericht Celle ist eine mitangeklagte frühere Mitarbeiterin der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde Ende November wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Agentenlohn in Höhe von DM 30.000 wurde eingezogen. Die Verurteilte war 1973 von dem Leiter der „Residentur Mitte“ zur Annahme einer Beschäftigung in der Verfassungsschutzabteilung des Niedersächsischen Innenministeriums veranlaßt worden. Sie lieferte seitdem eine Fülle von Informationen über Mitarbeiter dieser Behörde, aber auch über andere Personen der Landespolitik und -verwaltung, die ihr zu Ohren gekommen waren.

Hilfe für Betroffene

Das Strafgesetzbuch enthält Regelungen, die dem von einer nachrichtendienstlichen Ansprache durch einen fremden Geheimdienst betroffenen Bürger eine Hilfe sein können. Schon „geworbene Personen“ haben nach wie vor die Möglichkeit, sich aus der nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen, indem sie sich den Strafverfolgungsbehörden offenbaren. Die Gerichte können dann die Strafe mildern oder von einer Bestrafung absehen, wenn ein Betroffener „tätige Reue“ übt. Von einem Anwerbsversuch fremder Geheimdienste betroffenen Personen – auch denen, die für das frühere MfS tätig waren – wird deshalb geraten, sich vertrauensvoll an die für ihr Bundesland zuständige Spionageabwehrbehörde zu wenden. In Niedersachsen ist dies das

Niedersächsische Landesamt
für Verfassungsschutz
Postfach 44 20
30044 Hannover
Tel.: 05 11 / 6 70 90.

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete

Im Haushaltsplan 1994 waren für den Verfassungsschutz 248 Stellen ausgewiesen, von einem Überhang von vier nicht im NLFV beschäftigten Bediensteten abgesehen. In dieser Zahl sind auch die Stellen für Bedienstete enthalten, die nicht mit verfassungsschutzspezifischen Aufgaben betraut sind – sogenanntes Indendanturpersonal. Nach Abzug dieser Funktionen liegt die Zahl der Stellen für originäre Aufgaben des Verfassungsschutzes bei 176.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes betrug 1994 im Endergebnis 22.996.900 DM. Davon entfielen 4.649.300 DM auf Sachausgaben und 18.347.600 DM auf Personalausgaben.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten; sie müssen hierzu auch gemeinsame, automatisierte Dateien unterhalten (§ 6 BVerfSchG). Zu diesem Zweck wurde Anfang der siebziger

Jahre NADIS als EDV-gestütztes Verbundsystem eingerichtet. Jede Verfassungsschutzbehörde hat ihre relevanten Daten einzugeben und kann die Daten aller NADIS-Teilnehmer nutzen.

NADIS ist ein elektronisches Aktenregister, das darüber Auskunft gibt, ob dem Verfassungsschutz eine Organisation oder Person bekannt ist und ggf. wo und unter welchem Aktenzeichen die dazu angelegte Akte geführt wird. Das Informationssystem besteht also aus einer Objekt- und einer Personen-datei. Letztere enthält neben dem Namen mehrere zur Identifizierung einer Person erforderliche Angaben (z.B. Wohnanschrift, Kfz). Jede Speicherung enthält das Aktenzeichen, aus dem sich ergibt, welche Verfassungsschutzbehörde für die Speicherung der Information verantwortlich ist und zu welchem Sachgebiet die Speicherung erfolgte.

Inhaltliche Angaben über die in den betreffenden Akten enthaltenen Erkenntnisse sind im NADIS nicht enthalten. Diese müssen bei der aktenführenden Verfassungsschutzbehörde abgefragt und von dort schriftlich mitgeteilt werden. Vor ihrer Übermittlung erfolgt insoweit eine nochmalige Relevanzprüfung.

In den Akten der Verfassungsschutzbehörden, deren Aktenzeichen im NADIS gespeichert sind, werden viele Informationen gespeichert, die nichts mit einer „Observation“ oder „Belastung“ zu tun haben. Beispielsweise werden auch Personen oder Institutionen, die durch Terroristen gefährdet sind, sowie Zielpersonen fremder Nachrichtendienste erfaßt. Auch die

Aktenzeichen aller Sicherheitsüberprüfungen, die ganz überwiegend mit dem Ergebnis „kein Sicherheitsrisiko“ enden, sind im NADIS gespeichert.

Zur Verhinderung von unbefugter Nutzung und sonstigen Mißbräuchen des NADIS sind sowohl das System selbst als auch der Zugriff zu den Daten technisch besonders gesichert. Alle Datenverarbeitungsschritte werden aus Sicherheits- und Datenschutzgründen automatisch protokolliert.

Die Speicherungen im NADIS werden zeitlich begrenzt und regelmäßig auf ihre noch bestehende Notwendigkeit überprüft. Das gesamte Verfahren unterliegt in Niedersachsen der Kontrolle durch das Innenministerium und den Datenschutzbeauftragten. Das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz schreibt die Abkehr von der früheren primär personenbezogenen Erfassung von Auswertungsergebnissen im Extremismusbereich vor. Es sollen grundsätzlich nur noch Organisationsdaten und nur noch die unverzichtbaren Personendaten (z.B. Funktionäre, militante Aktivisten, bedeutende Geldgeber) erfaßt werden.

Die Zahl der vom NLFV vorgenommenen personenbezogenen Speicherungen im NADIS belief sich am 31. 12. 1994 auf insgesamt 21.500. 16.572 Speicherungen bezogen sich auf Sicherheitsüberprüfungen; 4.380 betrafen die originären Aufgabenbereiche (Rechts- und Linksextremismus, Terrorismus, Ausländerextremismus sowie Spionageabwehr).

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Nach § 3 Abs. 2 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes ist die Öffentlichkeit auch über die Anwendung der nachrichtendienstlichen Mittel durch das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz zu unterrichten.

Die nachrichtendienstlichen Mittel, die das Landesamt für Verfassungsschutz einsetzen darf, sind in § 6 Abs. 1 des Gesetzes abschließend geregelt. Es sind:

1. Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen,
2. Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten,
3. Observationen,
4. Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Filmen, Videografieren) außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG,
5. Verdeckte Ermittlungen und Befragungen,
6. Heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel,
7. Heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG,
8. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen,
9. Verwendung fingierter biographischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden),
10. Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen,
11. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG, d.h. nach Anordnung durch Innenminister(in) mit Zustimmung der G 10-Kommission des Niedersächsischen Landtages.

Wegen des abschließenden Charakters dieses gesetzlichen Kataloges mußten auch solche nachrichtendienstlichen Mittel aufgeführt werden, deren Anwendung nach der erklärten Absicht der Landesregierung derzeit nicht beabsichtigt, sondern für besondere Situationen vorbehalten ist. Dazu gehören beispielsweise der Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten, das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereiches des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen. Demgemäß wurden im Berichtszeitraum diese nachrichtendienstlichen Mittel nicht angewendet.

Den Vorrang hat grundsätzlich die Informationsbeschaffung mit offenen Mitteln, da eine Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 6 Abs. 4 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes nur unter bestimmten Bedingungen zulässig ist, die aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz folgen. Demgemäß wurden auch 1994 die notwendigen Informationen vorrangig ohne Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel beschafft. Wo sich extremistische Organisationen allerdings konspirativ verhalten, so daß ihre wahren Zielsetzungen und ihre Strukturen nach außen hin nicht oder nicht zureichend bekannt sind, müssen nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden. Gleiches gilt für terroristische und Spionage-Aktivitäten.

Das am häufigsten eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel war auch im Berichtszeitraum, ebenso wie bei allen anderen Verfassungsschutzbehörden, die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen.

Die nachrichtendienstlichen Mittel wurden im Bereich des politischen Extremismus (Rechts- und Linksextremismus sowie Ausländerextremismus) und vor allem Terrorismus in jeweils abgestufter, auf die Wichtigkeit und Gefährlichkeit der betreffenden Organisation abgestellter Weise eingesetzt. Der gesunkenen Bedeutung des Linksextremismus (mit Ausnahme des Linksterrorismus und der sonstigen gewaltanwendenden Organisationen) und der weiterhin anhaltenden Gefährlichkeit des Rechtsextremismus, insbesondere der gewaltanwendenden Gruppierungen des Neonazismus entsprechend, blieb auch 1994 der erhöhte Bestand an Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen im Rechtsextremismus erhalten.

Observationen wurden im wesentlichen im Bereich des Rechtsextremismus und des ausländischen Terrorismus durchgeführt.

Legenden, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen mußten, wie schon immer, zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere der mit nachrichtendienstlichen Mitteln operierenden, ständig benutzt werden.

Überwachungen des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG wurden, der Schwere des Eingriffes angemessen, wie auch schon in den vergangenen Jahren mit größter Zurückhaltung eingesetzt. Über Anträge der Verfassungsschutzbehörde entscheidet der Innenminister, im Falle der Verhinderung sein Vertreter. Zusätzlich ist die sog. „G 10-Kommission“, die vom Landtag eingesetzt wird und die in ihrer Entscheidung unabhängig ist, über jede Maßnahme zu unterrichten. Sie entscheidet abschließend über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen in jedem Einzelfall.

Im Bereich der Spionageabwehr wurden nachrichtendienstliche Mittel nur in sehr geringem Umfang eingesetzt, da im wesentlichen offene Ermittlungen geführt werden konnten. In diesem geringen Umfang wurden geheime Informantinnen und Informanten eingesetzt, Observationen vorgenommen sowie die bereits erwähnten Tarnmittel verwendet.

Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

1994 wurden 38 Auskunftsersuchen an das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz oder das Niedersächsische Innenministerium gerichtet. In 12 Fällen waren beim Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Erkenntnisse gespeichert; 6 Anfragen wurden entsprechend beschieden. In

den übrigen 6 Fällen erging eine Entscheidung nach § 13 Abs. 2 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes; die Betroffenen wurden an den Landesbeauftragten für Datenschutz verwiesen.

Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Der Niedersächsische Landtag hat am 24. März 1995 das von der Landesregierung am 9. November eingebrachte Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) vom 3. November 1992 mit breiter Mehrheit verabschiedet. Mit der Novelle wurden vor allem Konsequenzen gezogen aus den Entscheidungen des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts im Rechtsstreit mit den REP.

Entgegen der Auffassung der Landesregierung sah das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht in der sog. Aggressionsklausel des § 4 Abs. 1 Satz 2 eine Erhöhung der Eingriffsschwelle für eine gezielte Informationserhebung durch den Verfassungsschutz. Wegen der über den Rechtsstreit mit den REP weit hinausgehenden grundsätzlichen Bedeutung dieser Rechtsauffassung ist die sog. Aggressionsklausel gestrichen worden, um extremistische Bestrebungen mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen zu können. Des weiteren ist nunmehr im Gesetz selbst eine Definition der Voraussetzungen verankert, unter denen der Verfassungsschutz zielgerichtet Informationen erheben darf. Aufgrund der präzisen rechtsstaatlichen Vorgaben wird es auch künftig eine „Gesinnungsschnüffelei“ nicht geben.

Ein weiterer Schwerpunkt der Novelle liegt in der Erweiterung des Aufgabenkatalogs um die mit Verfas-

sungsrang ausgestatteten Schutzgüter „Völkerverständigung“ (Art. 9 Abs. 2 GG) und „friedliches Zusammenleben der Völker“. Wie bereits in Nordrhein-Westfalen und Hamburg soll mit dieser gesetzlichen Regelung der Erfahrung Rechnung getragen werden, daß die bisherigen Beobachtungsstatbestände nicht die Gruppierungen vornehmlich des rechtsextremistischen Spektrums erfaßten, die sich durch Aktivitäten im Inland in ihren Zielvorstellungen oder in ihrem Verhalten gegen die elementaren Grundsätze des Zusammenlebens der Völker richten. So kann es zum Beispiel im Interesse einer Partnerschaft zwischen gleichberechtigten Völkern in Europa nicht toleriert werden, wenn politisch motivierte Gruppierungen eine Revision der Grenzen mit den östlichen Nachbarstaaten fordern und dabei gleichzeitig jene Nationen als ethnisch „minderwertig“ darstellen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes genoß auch 1994 hohe Priorität. Insbesondere Themen zum Rechtsextremismus und zur Fremdenfeindlichkeit standen im Mittelpunkt dieser Öffentlichkeitsarbeit. Neben Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen wurde vor allem die Wanderausstellung zum Thema „Demokratie gegen rechts“ fortgeführt. Im Rahmen der Pressearbeit wurden zahlreiche Auskünfte und Interviews an lokale, regionale und überregionale Medien gegeben.

Die Wanderausstellung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes „Demokratie gegen rechts“ ist in ihrer Form die erste umfassende Darstellung der Erscheinungsformen und der Hintergründe des Rechtsextremismus und insbesondere des Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wurde unter großem Besucherinteresse bislang in folgenden Orten gezeigt: Braunschweig, Hannover (Niedersächsischer Landtag und Jugendamt der Landeshauptstadt), Hann. Münden, Lüneburg, Osnabrück, Norderney, Goslar, Oldenburg, Tostedt, Emden, Aurich und Hankensbüttel. Rund 17.500 Interessenten, vor allem Schülerinnen und Schüler, besuchten die Ausstellung. Die Auswertung der Fragebogen zur Ausstellung ergab eine sehr gute bis gute Bewertung bei rund 75 Prozent der abgegebenen Antworten. 80 Prozent hielten die Aufklärung durch die Ausstellung als „dringend notwendig“ oder „bereits überfällig“.

Vorträge

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes standen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für mehr als 100 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen im Jahr 1994 zur Verfügung. Dabei wurden insbesondere Informationen zum Rechtsextremismus, Neonazismus und zur Fremdenfeindlichkeit gegeben. Im Rahmen der stärkeren Transparenz der Behörde wurden auch 1994 mehrere Besuchergruppen im Dienstgebäude des Verfassungsschutzes über gesetzliche Grundlagen, Aufgaben, Arbeitsweise und Kontrolle des Verfassungsschutzes informiert.

Anhang

**Gesetz
über den Verfassungsschutz im Lande
Niedersachsen
(Niedersächsisches Verfassungsschutz-
gesetz – NVerfSchG).**

**Vom 3. November 1992
(Nds. GVBl. S. 283)**

**in der Fassung vom 4. April 1995
(Nds. GVBl. S. 89).**

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften

- § 1 Zweck und Auftrag des Verfassungsschutzes
- § 2 Zuständigkeit
- § 3 Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 4 Begriffsbestimmungen

Zweiter Abschnitt Befugnisse, nachrichtendienstliche Mittel, Datenverarbeitung

- § 5 Allgemeine Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 6 Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln
- § 7 Weiterverarbeitung; Mitteilung an Betroffene
- § 8 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 9 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen

- § 10 Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Dateien
- § 11 Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Akten
- § 12 Dateibeschreibungen

Dritter Abschnitt Auskunft

- § 13 Auskunft an Betroffene

Vierter Abschnitt Informationsübermittlung

- § 14 Grenzen der Übermittlung personenbezogener Daten
- § 15 Übermittlung von Informationen an das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 16 Registereinsicht durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 17 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 18 Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes
- § 19 Übermittlung personenbezogener Daten an die Öffentlichkeit
- § 20 Übermittlungsverbote, Minderjährigenschutz
- § 21 Pflichten der empfangenden Stelle
- § 22 Nachberichtspflicht

Fünfter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle

- § 23 Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
- § 24 Zusammensetzung
- § 25 Kontrollrechte des Ausschusses
- § 26 Verfahrensweise
- § 27 Hilfe von seiten der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Sechster Abschnitt

Schlußvorschriften

- § 28 Geltung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes
- § 29 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz
- § 30 Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes
- § 31 Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen
- § 32 Inkrafttreten

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Zweck und Auftrag des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder. Er erfüllt diesen Auftrag durch

1. die Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1,

2. die Unterrichtung der Landesregierung und die Mitwirkung an der Aufklärung der Öffentlichkeit über diese Bestrebungen und Tätigkeiten,
3. die Wahrnehmung der in diesem Gesetz geregelten sonstigen Mitwirkungsaufgaben sowie
4. den in diesem Gesetz oder in anderen Rechtsvorschriften vorgesehenen Informationsaustausch mit anderen Stellen.

§ 2

Zuständigkeit

(1) Verfassungsschutzbehörde ist das Landesamt für Verfassungsschutz als obere Landesbehörde. Das Landesamt für Verfassungsschutz untersteht dem Innenministerium.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz und polizeiliche Dienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Lande Niedersachsen nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden. Ihre Befugnisse bestimmen sich dabei nach den Vorschriften dieses Gesetzes.

(4) Hat sich das Bundesamt für Verfassungsschutz wegen beabsichtigter eigener Maßnahmen im Lande Niedersachsen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz ins Benehmen gesetzt (§ 5 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes), so unterrichtet das Landesamt für Verfassungsschutz das Innenministerium unverzüglich über die von ihm abgegebene Stellungnahme.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf andere Verfassungsschutzbehörden nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen, über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Innenministerium regelmäßig und umfassend über seine Auswertungsergebnisse. Die Unterrichtung soll die zuständigen Stellen in die Lage versetzen, Art und Ausmaß von Bestrebungen und Tätigkeiten nach Abs. 1 zu beurteilen und die erforderlichen Abwehrmaßnahmen zu treffen. Ferner soll sie es dem Innenministerium ermöglichen, die Öffentlichkeit durch zusammenfassende Berichte über Bestrebungen und

Tätigkeiten nach Absatz 1 aufzuklären. In diesen Berichten sind die Summe der Haushaltsmittel für das Landesamt für Verfassungsschutz sowie die Gesamtzahl seiner Bediensteten anzugeben; ferner ist darin allgemein über die Anwendung der Mittel nach § 6 Abs. 1 zu berichten. Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt ergänzend durch eigene Maßnahmen an der Aufklärung der Öffentlichkeit mit; es kann dabei zugleich über die Wahrnehmung seiner Aufgaben unterrichten.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

Besteht die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz an einer Sicherheitsüberprüfung nach Satz 1 Nr. 1 oder Nr. 2 lediglich in der Auswertung bereits vorhandenen Wissens

der Beschäftigungsstelle, der Strafverfolgungs- oder der Sicherheitsbehörden, so genügt es, daß die betroffene Person von der Einleitung der Überprüfung Kenntnis hat. Andernfalls ist ihre Einwilligung erforderlich. Besteht für die betroffene Person eine dienst- oder arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Pflicht, die Einwilligung zu erteilen, so ist sie darauf hinzuweisen. In die Sicherheitsüberprüfung darf der Ehegatte oder der Verlobte der betroffenen Person oder die Person, mit der sie in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, einbezogen werden, wenn die einzubeziehende Person darin einwilligt hat.

§ 4

Begriffsbestimmungen

(1) Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 sind politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß. Für einen Personenzusammenschluß handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluß handeln, sind Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes: solche, die darauf gerichtet sind, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihnen gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes:

solche, die darauf gerichtet sind, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;

3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung: solche, die darauf gerichtet sind, einen der in Absatz 3 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

(3) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte,
6. der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

(4) Eine Gefährdung auswärtiger Belange im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3 liegt nur dann vor, wenn die Gewalt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland angewendet oder vorbereitet wird und sie sich gegen die politische

Ordnung oder Einrichtungen anderer Staaten richtet oder richten soll.

(5) Gewalt im Sinne dieses Gesetzes ist die Anwendung körperlichen Zwanges gegen Personen und die gewalttätige Einwirkung auf Sachen.

(6) Sammlung von personenbezogenen Daten ist das Erheben im Sinne des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes.

Zweiter Abschnitt

Befugnisse, nachrichtendienstliche Mittel, Datenverarbeitung

§ 5

Allgemeine Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben und weiter verarbeiten, soweit dieses Gesetz oder andere Rechtsvorschriften nicht besondere Regelungen treffen. Voraussetzung für die Sammlung von Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 ist das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen, den Verdacht einer der in § 3 Abs. 1 genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten rechtfertigen.

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit deren Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben, es sei denn, daß die Erhebung für Zwecke des Landesamtes für Verfassungsschutz nicht bekannt werden darf. Die Betroffenen sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben hinzuweisen. § 3 Abs. 3 Satz 4 gilt entsprechend.

(3) Ist zum Zwecke der Sammlung von Informationen die Weitergabe personenbezogener Daten unerlässlich, so dürfen schutzwürdige Interessen der betroffenen Person nur im unvermeidbaren Umfang beeinträchtigt werden.

(4) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu; es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden. Bei der Sammlung und Verarbeitung von Informationen hat es von mehreren geeigneten Maßnahmen diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 6

Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur heimlichen Informationsbeschaffung, insbesondere zur heimlichen Erhebung personenbezogener Daten, nur folgende nachrichtendienstliche Mittel anwenden:

1. Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen, vorbehaltlich Satz 2;
2. Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten;
3. Observationen;
4. Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Filmen und Videografieren) außerhalb des Schutzbereiches des Artikels 13 des Grundgesetzes;
5. verdeckte Ermittlungen und Befragungen;

6. heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel;
7. heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereichs des Artikels 13 des Grundgesetzes;
8. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen;
9. Verwendung fingierter biographischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden) mit Ausnahme solcher beruflicher Angaben, die sich auf die in Satz 2 genannten Personen beziehen;
10. Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;
11. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz.

Personen, die berechtigt sind, in Strafsachen aus beruflichen Gründen das Zeugnis zu verweigern (§§ 53 und 53 a der Strafprozeßordnung), darf das Landesamt für Verfassungsschutz nicht von sich aus nach Satz 1 Nr. 1 zur Beschaffung von Informationen über Sachverhalte in Anspruch nehmen, auf die sich ihr Zeugnisverweigerungsrecht bezieht.

(2) Die Mittel nach Absatz 1 dürfen nur angewendet werden, wenn

1. sich ihr Einsatz gegen Personenzusammenschlüsse, in ihnen oder für sie tätige Personen oder gegen Einzelpersonen richtet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder

Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 vorliegen,

2. sich ihr Einsatz gegen Personen richtet, von denen auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, daß sie für eine der in Nummer 1 genannten Personen bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben,
3. ihr Einsatz gegen andere als die in den Nummern 1 und 2 genannten Personen unumgänglich ist, um Erkenntnisse über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder über Bestrebungen zu gewinnen, die sich unter Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 genannten Schutzgüter wenden,
4. durch sie die zur Erforschung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 erforderlichen Quellen in den in Nummer 1 genannten Personenzusammenschlüssen gewonnen werden können oder
5. dies zum Schutz der Bediensteten, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz vor Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder vor sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht erforderlich ist.

(3) Bei der Anwendung der Mittel nach Absatz 1 dürfen keine Straftaten begangen werden. Es dürfen nur folgende Straftatbestände verwirklicht werden:

1. § 84 Abs. 2, § 85 Abs. 2, § 86 Abs. 1, §§ 86 a, 98, 99, 129 a, 267, 271 und 273 des Strafgesetzbuches,

2. §§ 23, 27 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 3 Buchst. b und c und § 28 des Versammlungsgesetzes sowie

3. § 20 des Vereinsgesetzes.

Dabei darf weder auf die Gründung einer strafbaren Vereinigung hingewirkt noch eine steuernde Einflußnahme auf sie ausgeübt werden. Erlaubt sind nur solche Handlungen, die unter besonderer Beachtung des Übermaßverbots unumgänglich sind.

(4) Eine Informationsbeschaffung mit den Mitteln nach Abs. 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, die Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist; dies ist in der Regel anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch ein Ersuchen nach § 15 Abs. 3 gewonnen werden kann. Die Anwendung eines Mittels nach Absatz 1 darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen, insbesondere nicht außer Verhältnis zu der Gefahr, die von der jeweiligen Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 ausgeht oder ausgehen kann. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(5) Der Einsatz verdeckt ermittelnder Beamtinnen oder Beamten, das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel sowie die Anwendung sonstiger Mittel nach Abs. 1, die in ihrer Art und Schwere

einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, bedürfen im Einzelfall der Zustimmung der Innenministerin oder des Innenministers, im Falle der Verhinderung der Vertreterin oder des Vertreters. Dies gilt auch für die längerfristige Observation. Der Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ist in der nächsten nach der Anordnung stattfindenden Sitzung zu unterrichten.

(6) Tarnpapiere und Tarnkennzeichen dürfen auch zu dem in Absatz 2 Nr. 5 genannten Zweck hergestellt und verwendet werden. Die Behörden des Landes, der Gemeinden und der Landkreise sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz technische Hilfe für Tarnungsmaßnahmen (Absatz 1 Satz 1 Nr. 10) zu leisten.

(7) Die näheren Voraussetzungen für die Anwendung der Mittel nach Absatz 1 und die Zuständigkeit für ihre Anordnung sind in Dienstvorschriften des Innenministeriums umfassend zu regeln. Vor Erlaß solcher Dienstvorschriften ist der Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes rechtzeitig zu unterrichten.

§ 7

Weiterverarbeitung; Mitteilung an Betroffene

(1) Die mit Mitteln nach § 6 Abs. 1 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur für den Zweck weiterverarbeitet werden, zu dem sie erhoben worden sind. Eine Verarbeitung für andere Zwecke ist nur zulässig, wenn das zur Erhebung verwendete Mittel auch für den anderen Zweck hätte angewendet werden dürfen.

(2) Die durch Maßnahmen nach § 6 Abs. 5 Satz 1 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur nach Maßgabe des § 7 Abs. 3 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz weiter verarbeitet werden.

(3) Maßnahmen nach § 6 Abs. 5 Satz 1 und 2 sind den Betroffenen nach ihrer Beendigung mitzuteilen, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Informationsbeschaffung geschehen kann. Ist die Mitteilung auch zehn Jahre nach Beendigung einer Maßnahme noch nicht möglich, so kann sie unterbleiben. Der Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ist spätestens drei Jahre nach Beendigung der Maßnahme zu unterrichten, sofern eine Mitteilung an die Betroffenen nicht erfolgt ist.

§ 8

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, daß die betroffene Person an Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 beteiligt ist, und dies für die Beobachtung der Bestrebung oder Tätigkeit erforderlich ist,
2. dies für die Erforschung und Bewertung gewalttätiger Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 oder von Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlich ist oder
3. dies zur Schaffung nachrichtendienstlicher Zugänge zu Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 erforderlich ist.

In Akten dürfen über Satz 1 Nr. 2 hinaus personenbezogene Daten auch gespeichert, verändert und genutzt werden, wenn dies sonst zur Erforschung und Bewertung von Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 erforderlich ist.

(2) Zur Erfüllung der Mitwirkungsaufgaben nach § 3 Abs. 3 dürfen in Dateien personenbezogene Daten nur über diejenigen Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. In Akten dürfen darüber hinaus alle sonstigen für die Ermittlung und Bewertung von Sicherheitsrisiken erforderlichen personenbezogenen Daten gespeichert werden. Die zur Erfüllung der Mitwirkungsaufgaben nach § 3 Abs. 3 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur für Zwecke der Sicherheitsüberprüfung weiter verarbeitet werden. Eine Verarbeitung für andere Zwecke ist nur nach Maßgabe des § 7 Abs. 3 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz zulässig.

(3) Personenbezogene Daten dürfen nur dann in Dateien gespeichert werden, wenn sie aus Akten ersichtlich sind.

(4) Die Speicherung von personenbezogenen Daten aus der engeren Persönlichkeitssphäre in Dateien ist unzulässig.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

§ 9

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen

gen des § 8 Daten über das Verhalten Minderjähriger aus der Zeit vor Vollendung des 16. Lebensjahres in Akten, die zu ihrer Person geführt werden, nur speichern, verändern oder nutzen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die betroffene Person eine der in § 2 Abs. 1 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. In Dateien dürfen Daten über das Verhalten Minderjähriger nur gespeichert, verändert oder genutzt werden, wenn

1. die oder der Minderjährige zu dem Zeitpunkt, auf den sich die Daten beziehen, das 16. Lebensjahr bereits vollendet hatte und
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 oder einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 bestehen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen verfolgt wird.

(2) Die nach Absatz 1 gespeicherten Daten über Minderjährige sind nach zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der Fortdauer der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, daß nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Informationen über die Beteiligung der Betroffenen an Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 angefallen sind.

§ 10

Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Dateien

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; es

hat sie zu ergänzen, wenn sie unvollständig sind und dadurch schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt sein können.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn

1. ihre Speicherung unzulässig war oder
 2. ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist.
- Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch sie schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Falle sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen weiter verarbeitet werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu ergänzen, zu löschen oder zu sperren sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 sind spätestens zehn Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten sachlich erheblichen Information zu löschen.

(4) In den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 2 und des Absatzes 3 Satz 2 tritt an die Stelle der Löschung der personenbezogenen Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz die Abgabe an die Archivverwaltung. Die Nutzung archivierter Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz ist ausgeschlossen, solange diese nicht allgemein zugänglich sind.

(5) Personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung

oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, dürfen nur für diese Zwecke oder zur Verfolgung von Straftaten nach dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz weiter verarbeitet werden.

§ 11

Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Akten

(1) Stellt das Landesamt für Verfassungsschutz fest, daß in Akten gespeicherte personenbezogene Daten unrichtig sind, oder wird ihre Richtigkeit von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken.

(2) Für Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, gilt § 10 Abs. 2 und 3 entsprechend. Im übrigen hat das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten zu sperren, wenn es bei der Einzelfallbearbeitung feststellt, daß ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden, und die Daten für die künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr weiter verarbeitet werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen.

(3) Sind Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz für dessen Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich, so tritt an die Stelle ihrer Vernichtung durch das Landesamt die Abgabe an die Archivverwaltung. Für Akten, die zu einer bestimmten Person geführt

werden, oder andere Akten, die personenbezogene Daten enthalten, gilt § 10 Abs. 4 Satz 2 entsprechend.

§ 12

Dateibesreibungen

(1) Für jede Datei beim Landesamt für Verfassungsschutz sind in einer Dateibesreibung festzulegen:

1. die Bezeichnung der Datei,
2. der Zweck der Datei,
3. Inhalt, Umfang, Voraussetzungen und Rechtsgrundlage der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Arten der Daten),
4. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
5. die nach dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen,
6. bei automatisierten Verfahren die Betriebsart des Verfahrens, die Art der Geräte, die Stellen, bei denen sie aufgestellt sind, sowie das Verfahren zur Übermittlung, Sperrung, Löschung und Auskunftserteilung.

Satz 1 gilt nicht für Dateien, die aus ausschließlich verarbeitungstechnischen Gründen vorübergehend vorgehalten werden.

(2) Dateibesreibungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Innenministeriums. Vor ihrem Erlaß ist die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz anzuhören.

(3) Die Speicherung personenbezogener Daten ist auf das erforderliche Maß zu beschränken. In angemessenen Abständen ist die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

(4) In der Dateibesreibung über personenbezogene Textdateien ist die Zugriffsberechtigung auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind,

dem die Textdateien zugeordnet sind; Auszüge aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörenden erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

Dritter Abschnitt Auskunft

§ 13

Auskunft an Betroffene

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen auf Antrag unentgeltlich Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten. Von der Auskunft können Angaben über die Herkunft der Daten und von Übermittlungen ausgenommen werden. Über Daten aus Akten, die nicht zur Person des Betroffenen geführt werden, wird Auskunft nur erteilt, soweit die Daten, namentlich auf Grund von Angaben des Betroffenen, mit angemessenem Aufwand auffindbar sind. Das Landesamt für Verfassungsschutz bestimmt Verfahren und Form der Auskunftserteilung nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) Die Auskunftserteilung kann nur abgelehnt werden, soweit

1. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde,
2. die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder wegen der berechtigten Interessen von Dritten geheimgehalten werden müssen oder
3. durch die Auskunftserteilung Informationsquellen gefährdet würden oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist.

Die Entscheidung trifft die Behördenleiterin oder der Behördenleiter unter Abwägung der in Satz 1 Nrn. 1 bis 3

genannten Interessen mit dem Interesse der antragstellenden Person an der Auskunftserteilung. Die Behördenleiterin oder der Behördenleiter kann eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter damit beauftragen, ebenfalls Entscheidungen nach Satz 1 zu treffen.

(3) Die Ablehnung einer Auskunft bedarf keiner Begründung, soweit durch die Begründung der Zweck der Ablehnung gefährdet würde. Die Gründe der Ablehnung sind aktenkundig zu machen. Wird der antragstellende Person keine Begründung für die Ablehnung der Auskunft gegeben, so ist ihr die Rechtsgrundlage dafür zu nennen. Ferner ist sie darauf hinzuweisen, daß sie sich an die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. Der oder dem Landesbeauftragten ist auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Stellt die Innenministerin oder der Innenminister, im Falle der Verhinderung die Vertreterin oder der Vertreter, fest, daß durch die Erteilung der Auskunft nach Satz 5 die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde, so darf die Auskunft nur der Landesbeauftragten oder dem Landesbeauftragten persönlich erteilt werden. Mitteilungen der oder des Landesbeauftragten an die antragstellende Person dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Mitteilung zustimmt.

Vierter Abschnitt Informationsübermittlung

§ 14

Grenzen der Übermittlung personenbezogener Daten

Wird nach den Bestimmungen dieses Abschnitts um die Übermittlung personenbezogener Daten ersucht, so dürfen nur solche Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde oder Stelle bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.

§ 15

Übermittlung von Informationen an das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Die Behörden des Landes, insbesondere die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeibehörden, sowie die der ausschließlichen Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unterrichten von sich aus das Landesamt für Verfassungsschutz über die ihnen bekanntgewordenen Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland erkennen lassen, die sich unter Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 genannten Schutzgüter wenden.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeibehörden übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezoge-

ner Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben die in Absatz 1 genannten Stellen um Übermittlung der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen, wenn diese nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Die Ersuchen sind aktenkundig zu machen.

(4) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die auf Grund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozeßordnung bekanntgeworden sind, ist nach den Absätzen 1 bis 3 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß jemand eine der in § 2 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten personenbezogenen Daten findet § 7 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz entsprechende Anwendung.

(5) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die auf Grund anderer strafprozessualer Zwangsmaßnahmen (§§ 94 bis 100 und 101 bis 111n der Strafprozeßordnung) bekanntgeworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für gewalttätige Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 oder von Tätigkeiten

nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 bestehen. Die nach Satz 1 übermittelten personenbezogenen Daten dürfen nur zur Erforschung solcher Bestrebungen oder Tätigkeiten genutzt werden.

§ 16

Registereinsicht durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Gewinnung von Informationen über gewalttätige Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 oder über Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 die von öffentlichen Stellen geführten Register, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Paßregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei, einsehen.

(2) Die Einsichtnahme ist nur zulässig, wenn

1. eine Übermittlung der Daten durch die registerführende Stelle den Zweck der Maßnahme gefährden würde oder
2. die betroffene Person durch eine anderweitige Informationsgewinnung unverhältnismäßig beeinträchtigt würde.

Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn ihr eine gesetzliche Geheimhaltungsvorschrift oder eine Pflicht zur Wahrung von Berufsgeheimnissen entgegensteht.

(3) Die Einsichtnahme ordnet die Leiterin oder der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle der Verhinderung die Vertreterin oder der Vertreter, an.

(4) Die durch Einsichtnahme in Register gewonnenen Informationen dürfen nur zu den in Absatz 1 genannten

Zwecken verwendet werden. Gespeicherte Informationen sind zu löschen und Unterlagen zu vernichten, sobald sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich sind.

(5) Über jede Einsichtnahme ist ein gesonderter Nachweis zu führen, aus dem ihr Zweck, das eingesehene Register und die registerführende Stelle sowie die Namen der Betroffenen hervorgehen, deren Daten für eine weitere Verarbeitung erforderlich sind. Diese Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Anfertigung folgt, zu vernichten.

§ 17

Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an inländische Behörden übermitteln,

1. wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes erforderlich ist,
2. wenn die empfangende Behörde die Daten benötigt, um
 - a) auf den Schutz vor Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 hinzu wirken,
 - b) eine erhebliche Gefahr im Sinne von § 2 Nr. 1 Buchst. c des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes abzuwehren
 - oder
 - c) eine Straftat nach Absatz 2 zu verfolgen, oder
3. wenn eine andere Rechtsvorschrift die Übermittlung vorsieht oder voraussetzt.

Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Die empfangende Behörde darf die übermittelten Daten, soweit

gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck weiter verarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden.

(2) Personenbezogene Daten dürfen nach Absatz 1 Nr. 2 Buchst. c zur Verfolgung folgender Straftaten übermittelt werden:

1. Verbrechen,
2. besonders schwere Fälle von Vergehen,
3. Vergehen, die im Mindestmaß mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bedroht sind,
4. Straftaten nach §§ 129, 146 Abs. 2, §§ 147, 148, 149, 152, 311 Abs. 4 und 5, § 311a Abs. 4 und § 311b Abs. 2 des Strafgesetzbuches sowie nach dem Betäubungsmittel- und dem Waffengesetz, dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen und dem Sprengstoffgesetz sowie
5. der strafbare Versuch einer solchen Straftat und die Teilnahme an ihr.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Dienststellen der alliierten Streitkräfte übermitteln, soweit dies im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 3 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183, 1218) erforderlich ist. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische

öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt ist. Eine Übermittlung darf auch erfolgen, wenn sie

1. zum Schutz von Leib oder Leben erforderlich ist oder
2. zur Erfüllung eigener Aufgaben, insbesondere in Fällen grenzüberschreitender Tätigkeiten des Landesamtes, unumgänglich ist und im Empfängerland gleichwertige Datenschutzregelungen gelten.

Die Übermittlung unterbleibt, wenn ihr auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der Betroffenen, insbesondere deren Schutz vor einer rechtsstaatswidrigen Verfolgung, entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Die empfangende Stelle darf die übermittelten Daten nur für den Zweck weiter verarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden. Sie ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, daß sich das Landesamt für Verfassungsschutz vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der Daten zu verlangen.

(5) Personenbezogene Daten dürfen an einzelne Personen oder an andere als die in den Absätzen 1 bis 4 genannten Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist und die Innenministerin oder der Innenminister, im Falle der Verhinderung die Vertreterin oder

der Vertreter, der Übermittlung zugestimmt hat. Das Landesamt für Verfassungsschutz führt über jede Übermittlung personenbezogener Daten nach Satz 1 einen gesonderten Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, ihre Veranlassung, die Aktenfundstelle und der Empfänger hervorgehen. Die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Anfertigung folgt, zu vernichten. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für den Zweck weiter verarbeiten, zu dem sie ihm übermittelt wurden. Er ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, daß sich das Landesamt für Verfassungsschutz vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der Daten zu verlangen.

§ 18

Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeibehörden von sich aus die ihm bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von folgenden Straftaten erforderlich ist:

1. die in § 74a Abs. 1 und § 120 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten,

2. Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielrichtung, des Motivs des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation anzunehmen ist, daß sie sich gegen die in § 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter wenden.

(2) Die Polizeibehörden dürfen zur Verhinderung von Straftaten nach Absatz 1 das Landesamt für Verfassungsschutz um Übermittlung der erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen.

§ 19

Übermittlung personenbezogener Daten an die Öffentlichkeit

Bei der Aufklärung der Öffentlichkeit einschließlich der Medien über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 dürfen personenbezogene Daten nur bekanntgegeben werden, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis der Darstellung, insbesondere von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen, erforderlich ist und das Interesse der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person überwiegt.

§ 20

Übermittlungsverbote, Minderjährigenschutz

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den Vorschriften dieses Abschnitts unterbleibt, wenn

1. die Informationen zu löschen sind,
2. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, daß die Informationen für die empfangende Stelle nicht erforderlich sind,

3. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, daß unter Berücksichtigung der Art der Informationen, insbesondere ihres Bezuges zu der engeren Persönlichkeitssphäre der betroffenen Person, und der Umstände ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person das Interesse der Allgemeinheit an der Übermittlung überwiegt,
4. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern oder
5. besondere Regelungen in Rechtsvorschriften, in Standesrichtlinien oder Verpflichtungen zur Wahrung besonderer Amtsgeheimnisse der Übermittlung entgegenstehen.

(2) Personenbezogene Daten Minderjähriger dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelt werden, solange die Voraussetzungen der Speicherung nach § 9 erfüllt sind.

(3) Personenbezogene Daten Minderjähriger über ihr Verhalten vor Vollendung des 16. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder an über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden. Dasselbe gilt für Informationen über Personenzusammenschlüsse, deren Mitglieder überwiegend Minderjährige sind, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

§ 21

Pflichten der empfangenden Stelle

Die empfangende Stelle prüft, ob die ihr nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, daß dies nicht der Fall ist, so hat sie die entsprechenden Unterlagen zu vernichten und gespeicherte Daten zu löschen. Die Vernichtung und die Löschung können unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informatio-

nen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 22

Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Stelle unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, daß der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist. Werden personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung gesperrt, so ist dies der empfangenden Stelle unter Angabe der Gründe, die zu der Sperrung geführt haben, unverzüglich mitzuteilen.

Fünfter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle

§ 23

Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

Die parlamentarische Kontrolle auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes übt unbeschadet der Rechte des Landtages und seiner sonstigen Ausschüsse ein besonderer, vom Landtag gebildeter Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aus.

§ 24

Zusammensetzung

(1) Der Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes soll aus mindestens sieben Abgeordneten des Landtages bestehen. Mitglieder der Landesregierung können dem Ausschuß nicht angehören.

(2) Jede Fraktion erhält mindestens einen Sitz. Die Verteilung aller Sitze bestimmt sich nach der Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag.

§ 25

Kontrollrechte des Ausschusses

(1) Das Innenministerium ist verpflichtet, den Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes umfassend über die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz im allgemeinen sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. Hierzu gehören auch:

1. die Fälle des Tätigwerdens von Verfassungsschutzbehörden anderer Länder im Lande Niedersachsen (§ 2 Abs. 3) sowie
2. die Stellungnahmen, die vom Landesamt abgegeben worden sind, wenn sich das Bundesamt für Verfassungsschutz mit ihm wegen beabsichtigter eigener Maßnahmen im Lande Niedersachsen ins Benehmen gesetzt hat (§ 5 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes).

(2) Der Ausschuß hat das Recht, Auskünfte des Innenministeriums einzuholen, von diesem Einsicht in Akten und andere Unterlagen sowie Zugang zu Einrichtungen des Landesamtes für Verfassungsschutz zu verlangen und Auskunftspersonen anzuhören. Er übt diese Rechte auf Antrag mindestens eines seiner Mitglieder aus.

(3) Soweit dies erforderlich ist, um vom Bund oder von einem Land erhebliche Nachteile abzuwenden, kann das Innenministerium die Erfüllung eines Verlangens nach Absatz 2 davon abhängig machen, daß die Akten oder sonstigen Unterlagen, in die der Ausschuß Einsicht nehmen will, oder die Verhandlungen, während derer Auskünfte erteilt, Einrichtungen des Landesamtes für Verfassungsschutz aufgesucht oder Auskunftspersonen angehört werden sollen oder die der Beratung hierüber dienen, nach der Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag für vertraulich erklärt werden. Genügt dies nicht, so kann das Innenministerium das Verlangen ablehnen; die Gründe dafür hat es vor dem Ausschuß darzulegen.

§ 26

Verfahrensweise

(1) Für die Verhandlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes gelten die Vorschriften der Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag. Jedoch bedarf ein Beschluß, durch welchen die Vertraulichkeit von Akten oder sonstigen Unterlagen oder von Verhandlungen des Ausschusses aufgehoben wird, einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen seiner Mitglieder. Ist zu einem solchen Beschluß das Einvernehmen der Landesregierung erforderlich und weigert diese sich, es zu erteilen, so hat sie die Gründe dafür vor dem Ausschuß darzulegen. Dient

die Vertraulichkeit dem Schutz von Informationen, deren Geheimhaltung in die Verantwortung einer Behörde des Bundes oder eines anderen Landes fällt, so bedarf die Aufhebung der Vertraulichkeit des Einvernehmens dieser Behörde.

(2) Der Ausschuß berichtet dem Landtag mindestens zum Ende des zweiten und des vierten Jahres einer jeden Wahlperiode über seine Tätigkeit.

(3) Der Ausschuß übt seine Tätigkeit auch über das Ende einer Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag den Ausschuß nach § 24 neu gebildet hat.

(4) Bedienstete des Landesamtes für Verfassungsschutz dürfen in dienstlichen Angelegenheiten Eingaben an den Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes richten. Solche Eingaben und die Verhandlungen des Ausschusses über sie sind vertraulich im Sinne der Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag.

(5) Über alle Eingaben, die die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz betreffen und an den Landtag oder einen seiner Ausschüsse gerichtet sind, entscheidet der Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes abschließend, es sei denn, daß der Einsender ausdrücklich eine Entscheidung des Landtages verlangt. Auf diese Möglichkeit ist der Einsender hinzuweisen.

(6) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz bleibt den hierzu besonders bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

§ 27

Hilfe von seiten der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz

(1) Der Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes hat auf Antrag von mindestens einem Viertel seiner Mitglieder die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz zu beauftragen, die Rechtmäßigkeit einzelner Maßnahmen, die das Landesamt für Verfassungsschutz durchgeführt hat, zu überprüfen. Die Befugnisse der oder des Landesbeauftragten richten sich nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes.

(2) Wird die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz nach § 13 Abs. 3 tätig, so kann sie oder er den Ausschuß von sich aus unterrichten, wenn sich Beanstandungen ergeben, eine Mitteilung an die betroffene Person aber aus Geheimhaltungsgründen unterbleiben muß.

Sechster Abschnitt Schlußvorschriften

§ 28

*Geltung des Niedersächsischen
Datenschutzgesetzes*

Bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 3 durch das Landesamt für Verfassungsschutz finden die Vorschriften des § 4 Abs. 1 sowie der §§ 9 bis 17 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes keine Anwendung.

§ 29

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz

Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz vom 16. Mai 1969 (Nieders. GVBl. S. 117), geändert durch Gesetz vom 16. Juni 1983 (Nieders. GVBl. S. 134), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Worte „der Minister des Innern“ durch die Worte „der Innenminister“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden die Worte „der Leiter der Verfassungsschutzabteilung des Ministers des Innern“ durch die Worte „der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 1 werden die Worte „Der Minister des Innern“ durch die Worte „Das Innenministerium“ ersetzt.
3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „Der Minister des Innern“ durch die Worte „Das Innenministerium“ ersetzt.
 - b) In Absatz 1 Satz 4 werden die Worte „der Minister des Innern“ durch die Worte „das Innenministerium“ ersetzt.
 - c) In Absatz 2 Satz 3 werden die Worte „den Minister des Innern“ durch die Worte „das Innenministerium“ ersetzt.

§ 30

Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes

§ 39 Abs. 2 Nr. 3 und § 47 Abs. 2 Nr. 3 des Niedersächsischen Beamtengesetzes in der Fassung vom 11. Dezember 1985 (Nieders. GVBl. S. 493), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an das Betreuungsgesetz vom 17. Dezember 1991 (Nieders. GVBl. S. 367), erhalten jeweils folgende Fassung:
„3. des Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz,“.

§ 31

Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen

Das Personalvertretungsgesetz für das Land Niedersachsen in der Fassung vom 8. August 1985 (Nieders. GVBl. S. 261), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. November 1991 (Nieders. GVBl. S. 293), wird wie folgt geändert:

1. Im Zweiten Teil erhält das Zweite Kapitel die Überschrift „Bedienstete des Landesamtes für Verfassungsschutz“.
2. § 89 erhält folgende Fassung:
„§ 89
Personalversammlung und andere Sonderregelungen
Für die Bediensteten des Landesamtes für Verfassungsschutz gelten folgende vom Ersten Teil abweichende Sondervorschriften:
 1. Personalversammlungen können in Teilversammlungen durchgeführt werden. Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz kann nach Anhörung des Personalrats bestimmen, daß Bedienstete nicht an Personalversammlungen teilnehmen, wenn dies aus dienstlichen Gründen dringend geboten ist.

2. Die Gewerkschaften üben die ihnen nach diesem Gesetz zustehenden Befugnisse gegenüber der Dienststelle, dem Personalrat und der Personalversammlung durch Vertreter aus, die Bedienstete der Dienststelle sind. Das gleiche gilt bei Anwendung des § 47 Abs. 2. Vertreter von Arbeitgebervereinigungen nehmen an Sitzungen des Personalrats und an Personalversammlungen nicht teil.
3. An die Stelle des § 67 Abs. 2 tritt folgende Regelung:
Dem Personalrat sind auf Verlangen die zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Dies gilt nicht für Unterlagen, deren Bekanntwerden die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde. Die Entscheidung hierüber trifft der Innenminister persönlich, im Falle seiner Verhinderung sein ständiger Vertreter. Personalakten dürfen nur mit Zustimmung des Bediensteten und nur von einem von ihm bestimmten Mitglied des Personalrats eingesehen werden.
4. Soweit nach den Vorschriften dieses Gesetzes die Stufenvertretung zuständig ist, tritt der Personalrat des Landesamtes für Verfassungsschutz an deren Stelle.
5. In den Fällen des § 73 Abs. 4 entscheidet an Stelle der Einigungsstelle der Innenminister oder sein ständiger Vertreter persönlich, in Personalangelegenheiten der Beamten (§ 78 Abs. 1) das Landesministerium.
- § 73 Abs. 6 ist nicht anzuwenden.

6. § 80 ist nicht anzuwenden, wenn die Beteiligung des Personalrates mit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verbunden wäre oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde. Die Entscheidung hierüber trifft der Innenminister persönlich, im Falle seiner Verhinderung sein ständiger Vertreter."

§ 32

*Inkrafttreten *)*

- (1) Dieses Gesetz tritt vierzehn Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz vom 12. Juli 1976 (Nieders. GVBl. S. 181), geändert durch Gesetz vom 24. März 1980 (Nieders. GVBl. S. 67), außer Kraft.

*) Das Gesetz trat am 21.11.1992 in Kraft. Die Novelle vom 4.4.1995 trat am 8.4.1995 in Kraft.

Licht-Blicke!



FAIRSTÄNDNIS

Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß

Ob mit kleinen Gesten oder großen Lichterketten: Immer mehr Bürger demonstrieren gegen den Fremdenhaß, den Rechtsextremisten schüren. Das sind Licht-Blicke, die Täter und Hintermänner ins Abseits stellen.

Gewalt gegen Fremde ist mit Verboten und Strafen allein nicht zu überwinden. Ebenso notwendig sind

Verständnis für die Fremden, ihre Sitten und Lebensweisen und Fairneß im Umgang miteinander.

Jetzt sind alle gefordert. Jeder einzelne kann sich im Betrieb oder in der Schule, in der Clique oder im Verein durch Wort und Tat für mehr Toleranz und Fairständnis gegenüber Fremden einsetzen. So machen wir aus Fremdenhaß ein Fremdwort.

Die Innenminister von Bund und Ländern

Herausgeber:
Niedersächsisches Innenministerium
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lavesallee 6, 30169 Hannover
Tel. (05 11) 120-62 58

Diese Broschüre darf, wie alle Broschüren
der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung in
Wahlkämpfen verwendet werden.

Herstellung: Sponholtz Druckerei, Hemmingen

Gedruckt auf ungebleichtem Recycling-Papier